

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



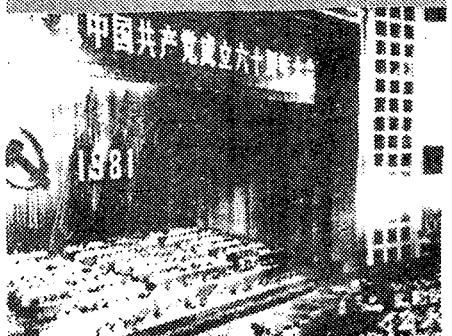
1. August 1981  
Jg. 2 Nr. 16

G 7756 D

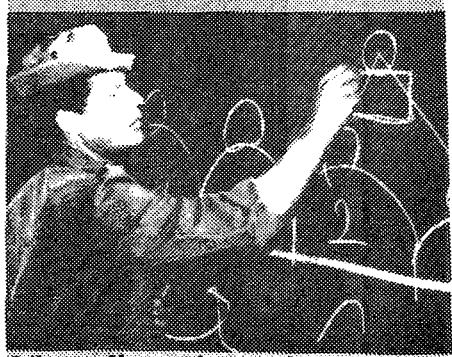
Preis:  
2 DM



Kriegsvorbereitungen: Die USA wollen die 7. Armee an der Ostgrenze der BRD aufmarschieren lassen Seite 8



KP Chinas: Verurteilung der Kulturrevolution — Absage an Massenbewegungen: keine Lösung für Probleme des sozialistischen Aufbaus Seite 13



Libyen: Kann Abstumpfung der Klassengegensätze die Unabhängigkeit sichern? Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

## Inhalt

<i>Ottawa und die Konjunktur:</i> Privater Verbrauch gesenkt, Exportoffensive eingeleitet, chauvinistische Propaganda überschlägt sich .....	Seite 3
<i>Der Weltmarkt schrumpft, die Konkurrenz wird härter</i> .....	Seite 4
<i>Schmidt, die Hochzinspolitik und „alle Haushalte der Welt“</i> .....	Seite 5
 <b>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</b> Seite 6	
<i>Türkei:</i> Militärjunta gibt BRD-Kapital grünes Licht für verstärkten Kapitalexport .....	Seite 7
<i>PVAP-Parteitag:</i> Reformen, aber keine Stärkung der Arbeiter .....	Seite 7
<i>Kriegsvorbereitungen:</i> Die USA wollen die 7. Armee an der Ostgrenze der BRD aufmarschieren lassen .....	Seite 8
<i>Demokratisches Kampuchea:</i> Internationale Konferenz isoliert Vietnam .....	Seite 9
<i>Haushalt 82:</i> Lohnsteuer und indirekte Steuer steigen, Matthöfer gegen Lohnsteuerindexierung .....	Seite 10
<i>DGB zum Haushalt 1982</i> .....	Seite 11
<i>Altentag:</i> Rentner stellen ihre Forderungen auf .....	Seite 12
<i>Nahost-Waffenstillstand:</i> Arafat: „Wir haben das Widerstandsrecht“ .....	Seite 12
<i>KP Chinas:</i> Verurteilung der Kulturrevolution — Absage an Massenbewegungen: keine Lösung für Probleme des sozialistischen Aufbaus .....	Seite 13
<i>Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas (Auszüge)</i> .....	Seite 14
„Erst Kollektivierung, dann Mechanisierung“: Mao gegen Liu .....	Seite 16
<i>Lage in der Volksrepublik China vor der Kulturrevolution</i> .....	Seite 17
 <b>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</b> Seite 18	
<i>Bundeswehr:</i> Zwecks „Vorververteidigung“: Truppenübungsplatz Mainschleife .....	Seite 19
<i>BBC NG:</i> Entlassungen im Werk Heidelberg .....	Seite 19
<i>MAN München:</i> Arbeitsintensität höher, Reallohn gesunken .....	Seite 20
<i>Härdle-Urteil:</i> Podiumsdiskussion in Heidelberg .....	Seite 20

*CDU-Innenminister:* Kurs für Innenministerkonferenz abgesteckt .....

Seite 21

*Niedersachsen:* Disziplinarrecht soll verschärft werden Seite 21

*Stadthaushalt Buxtehude:* Steigende Verschuldung, wachsende Gebühren, sinkende Gewerbesteuern .....

Seite 22

*Die Gewerbesteuer* .....

Seite 23

*Westberlin:* Senat demonstriert Einheit mit Besatzern ..

Seite 23

*Strafvollzug:* Resozialisierung live im Freigängerheim ..

Seite 24

*Bochum:* Forderung nach Kulturzentrum nicht erledigt Seite 24

*Stadtanierung:* München-Haidhausen: Für 65 Mio. DM saniert. Ergebnis: Weniger und teurere Wohnungen Seite 25

Seit 110 Jahren Spekulationsobjekt. Struktur eines alten Arbeiterviertels .....

Seite 26

*Stichwort:* Städtebauförderung .....

Seite 27

## **Internationale Nachrichten** Seite 28

*Brasilien:* Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung, Banken treiben Rekordzinsen ein .....

Seite 29

*Chile:* Forderungen der Gewerkschaftsbewegung .....

Seite 29

*Karibik:* „Mini-Marshallplan“ mit Schwierigkeiten ....

Seite 30

*Italien:* EG-Kommission will Lohnsenkung .....

Seite 30

*Irland:* Regierung verschlechtert Beziehungen zu London .....

Seite 31

*Südliches Afrika:* Zweite Koordinierungskonferenz in Zimbabwe .....

Seite 31

*Libyen:* Kann Abstumpfung der Klassengegensätze die Unabhängigkeit sichern? .....

Seite 32

*Gadhafi:* Das grüne Buch (Auszüge) .....

Seite 33

## **Aus Kultur und Wissenschaft** Seite 34

*Dallas:* Blut und Boden auf texanisch — die „Bild-Zeitung“ ist begeistert .....

Seite 34

*Die Zähmung des Wilden Westens* .....

Seite 34

*Taschenbücher zur Geschichte der USA* .....

Seite 34

*Jugenderinnerungen eines Sioux* .....

Seite 35

*Berufsfußball:* Muß der DFB seine Praktiken ändern? Ein erster Erfolg .....

Seite 35

„*Linke*“ und „*nationale Frage*“: Schon der Reaktion auf den Leim gegangen .....

Seite 36

*Beschäftigungsänderung April 80 auf Januar 81* .....

Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) und Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Grafischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

## Ottawa und die Konjunktur

# Privater Verbrauch gesenkt, Exportoffensive eingeleitet, chauvinistische Propaganda überschlägt sich

„Jeder der Sieben muß das eigene Haus aus eigener Kraft in Ordnung bringen“, resümiert das Institut der Wirtschaft die „Lehre von Ottawa“ und weist dezent auf die verschärfte Konkurrenz der imperialistischen Räuber hin: „Man kann nur hoffen, daß dies nicht zu Lasten der Nachbarn geschieht.“ Die Gipfelkonferenz war noch nicht vorbei, da erklärte Helmut Schmidt schon vor den Kamerassen, „alle Haushalte der ganzen Welt“ müßten sich einschränken, weil die hohen US-Zinsen Konjunktur und Beschäftigung untergraben würden. Und: Wären die hohen Zinsen nicht, müßte im Haushalt 82 weniger gestrichen werden.

Noch vor Jahresfrist waren es vor allem die Ölländer mit ihren Ölpreiserhöhungen, die der Kapitalistenpropaganda die Begründung für die beabsichtigte durchgreifende Senkung des

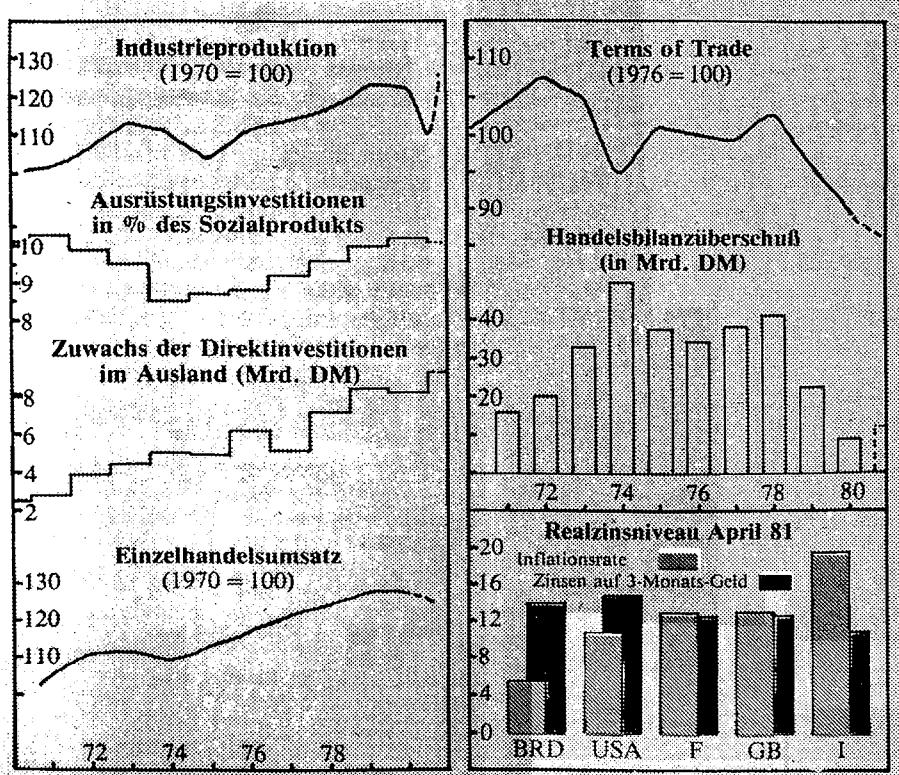
Reallohns und den Angriff auf die Sozialversicherungen lieferten. Jetzt sollen die – angeblich von den USA erzwungenen – hohen Zinsen weitere Argumente für den patriotischen Verzicht zugunsten der Expansionsinteressen der BRD-Kapitale liefern.

Doch schon viele Monate vor Ottawa und noch bevor die US-Hochzinsen und die Dollar-Aufwertung ab Herbst letzten Jahres ihre Wirkung entfalten, war die kurzlebige Wirtschaftskonjunktur der Jahre 78 und 79 in der BRD erlahmt und in Stagnation übergegangen. Gerade in den Branchen, die Güter für den Konsum der Massen produzieren, waren die Einbrüche am stärksten: Die Automobil- und die Elektrokapitalisten entließen Tausende von Arbeitern und legten ganze Betriebe oder Betriebsteile still. Der Wohnungsbau kam fast zum Erliegen. Fol-

gen des nachhaltigen Einbruchs im Konsum der Massen. Das Wachstum der Industrieproduktion in den ersten Monaten 81 konzentriert sich auf die Investitionsgüterindustrie und die Chemie und speist sich fast ausschließlich aus Auslandsaufträgen. Der Einzelhandel rechnet dagegen für dieses Jahr mit einem Umsatzerückgang.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die gegenwärtige Verwertungskrise der BRD-Kapitale durch hohe US-Zinsen und Dollar-Aufwertung verursacht worden ist. Und die Wirtschaftspolitik der US-Imperialisten ist auch nicht der entscheidende Faktor, der die Belebung des Geschäfts in der BRD verhindert. Denn von einem allgemeinen Kapitalmangel, der nach der Logik der bürgerlichen Ökonomen die Zinsen in die Höhe treibt, ist nichts zu spüren. Allein in den ersten Monaten 81 sind in der BRD über 31 Mrd. DM in Rententiteln (Anleihen/Schuldverschreibungen) angelegt worden. 15 Mrd. DM verschoben Finanzhaie aus anderen Ländern der EG innerhalb von zwei Monaten in die BRD – in der Spekulation auf die ökonomische Stärke des BRD-Imperialismus und der Erwartung auf eine baldige Aufwertung der Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS). 5,4 Mrd. DM kassierten westdeutsche Banken in den ersten vier Monaten 81 allein als Zinseinnahmen aus Auslandskrediten. Und die Profite der großen Monopole sind nach wie vor so hoch, daß sie im selben Zeitraum über 3 Mrd. DM in Fabriken und Aktien im Ausland anlegten. Was fehlt, ist nicht Kapital, sondern genügend profitable Anlagemöglichkeiten als produktives Kapital, was zu einer allgemeinen Belebung der Geschäftstätigkeit in der BRD führen würde.

Und auch das gilt nur bedingt: Denn, wie die Bundesbank feststellt, haben sich die industriellen Investitionen „auf hohem Niveau“, wie zu Zeiten kapitalistischer Hochkonjunktur Anfang der 70er Jahre, stabilisiert. Der Schwerpunkt liegt auf Rationalisierungs- und energiesparenden Investitionen. Außerdem weiten die Kapitalisten die Kapazitäten aus. Während in der Krise 74/75 die Investitionen drastisch zurückgingen, haben Konzerne wie Siemens, VW, Opel oder die Chemiemonopole jetzt trotz Krise und ungewisser Konjunkturaussichten in der BRD ihre gewaltigen Programme für die nächsten Jahre nicht gekürzt, die



Die Industrieproduktion verzeichnete in den ersten vier Monaten 81 ein deutliches Wachstum. Die jüngste Entwicklung ist aber eher überzeichnet, da für das letzte Quartal 80 und die ersten Monate 81 Monatsdaten zugrundegelegt wurden.

– Die Verschlechterung der Terms of Trade (Index der Ausfuhrpreise in % des Index der Einfuhrpreise) drückt vor allem aus, welche enormen Extraprofite die BRD-Imperialisten bis 1973 – und dann noch einmal bis zur Ölpreiserhöhung 1979 – aus der Auspünderung der rohstoffproduzierenden Länder gezogen haben. Der niedrige Dollarkurs verstärkte diese Wirkung noch, weil  $\frac{1}{3}$  aller BRD-Importe und die meisten Ölimporte in Dollar fakturieren.

Quellen: Jahrestatistiken 1980/81 des Sachverständigenrates; Monatsbericht der Bundesbank 6/81; Wirtschaftswoche 16/81.

# Der Weltmarkt schrumpft, die Konkurrenz wird härter

1980 fiel die Weltstahlproduktion gegenüber dem Vorjahr um 33 500 t (= 4,5%) auf 713 000 t. Noch kräftiger fiel die Stahlproduktion der führenden westlichen Imperialisten USA, Japan und EG. Ihr Anteil an der Weltstahlproduktion sank von fast 51% 1979 auf weniger als 48%. Eine der Hauptursachen dafür ist die Tatsache, daß immer mehr Länder der Dritten Welt, die vor wenigen Jahren noch fast vollständig von imperialistischen Importen abhängig waren, ihre eigene Stahlindustrie aufzubauen begonnen haben. So z.B. Mexiko, das seine Produktion in den letzten sieben Jahren fast verdreifacht haben konnte und dessen Staatskonzern Sintermex mit einem Investitionsprogramm von über 9 Mrd. \$ den Ausbau und die Modernisierung der bestehenden Anlagen und den Bau eines neuen Hüttenwerks betreibt. Umso erbitterter tobt die Konkurrenz der imperialistischen Stahlmonopole um Anteile am schrumpfenden Weltmarkt.

Vor wenigen Wochen erst kündigten die US-Imperialisten „strengere Kontrolle“ bei Stahlimporten u.a. aus Japan und der BRD an. Trotz Festlegung eines sogenannten Schwellenpreises für Importstahl zum Schutz des eigenen Marktes konnten sie nicht verhindern, daß beispielsweise die BRD-Stahlmonopole ihren Export von Werkzeugstahl in die USA seit Beginn 1980 verdreifachen konnten. Seit Herbst 1980 haben die USA über 40 Strafverfahren gegen überseeische Konkurrenten wegen „Umgehens der Schwellenpreise“ eingeleitet.

Vor allem aber innerhalb der EG nimmt die Konkurrenz die Form immer unverhüllterer Vernichtungskämpfe an. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) schätzt eine Überkapazität von 20 Mio. Jahrestonnen in der EG und gibt damit eine Zielvorgabe für die Vernichtung gewaltiger Produktionsanlagen und weitere Massenentlassungen. Andere Schätzungen sprechen sogar von 40 Mio., ca. 31,3% der EG-Stahlproduktion von 1980. Um die Auswirkungen für die Stahlarbeiter zu verdeutlichen: 1980 lag die Produktion von Rohstahl um knapp 5% unter der von 1976 – in diesen Jahren aber hatten die Stahlmonopole in der EG die Zahl der Lohnabhängigen um über 13% reduziert, mehr als 100 000 ent-

lassen bzw. nicht wieder ersetzt.

Zwar haben die Stahlmonopole im Rahmen der EG immer wieder Anläufe unternommen, ihre Konkurrenz untereinander zu dämpfen, indem sie „freiwillig“ oder auch „zwangswise“ durch Anwendung des Art. 58 des Montanunion-Vertrages Festlegungen über Produktions- und Lieferquoten trafen (s. Pol. Ber. 2/80). Zum 1.7. hat die EG-Kommision die Quoten, die im letzten Herbst in Anwendung des Art. 58 festgelegt wurden und die für 70% der Walzstahlproduktion gelten, noch einmal kräftig, d.h. um 27 bis 35% reduziert. Für die übrigen 30% der Walzprodukte trafen die westeuropäischen Stahlmonopole „freiwillig“ Vereinbarungen im Rahmen ihres Quasi-Kartells „Eurofer“. Doch wird die vermutlich einzige Auswirkung der Quotenfestlegung die Erhöhung der Stahlpreise bleiben: um 30–40 DM pro Tonne ab Juli und insgesamt 80–100 DM seit Herbst 80 auf durchschnittlich 765 DM/t, die nächste Erhöhung für Oktober ist bereits angekündigt.

Laut nämlich verlangen die westdeutschen Stahlmonopole nach Subventionierung aus Steuergeldern. Sie verweisen darauf, daß ihre Konkurrenten ebenfalls mit Steuergeldern geschmiert werden, von 60 DM pro Tonne Walzstahl in Frankreich bis 210 DM/t in Großbritannien. Zwar haben auch westdeutsche Stahlkapitalisten zig Millionen aus dem Staatshaushalt zugesteckt bekommen – wie kürzlich z.B. die Maxhütte 70 Mio. hauptsächlich vom Ministerium für Forschung und Technologie –, aber diese Größenordnungen sind ihnen angesichts ihres Investitionsprogramms, das sich bis 1987 auf fast 9 Mrd. DM beläuft, nicht der Rede wert. Sie verlangen, daß die Arbeiterbevölkerung in der BRD und Westberlin über die Steuer dafür aufkommt, daß sie die Ausbeutung der Stahlarbeiter kräftig steigern und die Konkurrenten aus dem Markt boxen können. Angesichts dieser – und bei den Konkurrenten entsprechender – Absichten läßt sich die Lage nach den Quotenregelungen nicht einmal als vorläufiges Stillhalteabkommen, sondern viel besser als Stellungskrieg bezeichnen. Die Aufteilung des Marktes hat gerade solange Bestand, bis jemand sich stark genug fühlt, sie zu ändern, und daran arbeitet ein jeder der Konkurrenten.

sie weitgehend aus ihren Riesengewinnen finanzieren. Diese Politik der BRD-Konzerne – trotz Krise in der BRD forcierte Investitionen – ist ausschließlich auf den Weltmarkt berechnet, auf eine neue Exportoffensive. Auf die riesigen Extraprofite, die sie auf dem Weltmarkt kassieren können, wenn sie gegenüber ihren Konkurrenten einen Vorsprung in der Senkung von Energie- und Rohstoffkosten, Produktionskosten und Lohnkosten erzielen. Die Exporterfolge der ersten vier Monate 81 – Export in die Opec-Länder + 27%, in andere Entwicklungsländer + 23%, SU + 12% – beruhen hauptsächlich auf der Verbilligung der BRD-Erzeugnisse durch die DM-Abwertung. Aber obwohl sie die kurzfristigen Exportvorteile aus der DM-Abwertung gern mitnehmen, ist das für die BRD-Imperialisten keine dauerhafte Antwort auf die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz. „Überdies hat man sich eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht von einer Abwertung, sondern in erster Linie von einer Senkung des inländischen Kostenniveaus – und von besseren Produkten zu wünschen“, betont der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten.

Diesen Weg haben die BRD-Imperialisten in den letzten Jahren schon beschritten. Die Realzinsen haben sie auf eine Höhe getrieben, die nicht mal in den USA erreicht wird. Ihre „Stabilitätspolitik“ zielte – lange vor Reagan – durch Hochtreiben der Zinsen auf Kapitalvernichtung und Umwälzung des Produktionsapparates im großen Maßstab, auf Verwandlung von Lohnbestandteilen in Kapital. Dabei haben sie Fortschritte, aber keine durchgreifenden Erfolge zu verbuchen. So moniert der Sachverständigenrat über die Lohnabschlüsse: „Die Lohnpolitik hat nicht zu Abschlüssen geführt, die die Beschäftigungsrisiken vermindern und die Investitionschancen vermehren.“ Jetzt halten die Kapitalisten die Lage für reif, eine nachhaltige Änderung durchzusetzen und damit ihre gefährdete Konkurrenzposition wieder deutlich zu festigen. Die US-Hochzinsen – auch wenn sie den Außenwert der Mark drücken und damit u.a. den Kapitalexport verteuern – und die höheren Energiepreise kommen ihnen dabei zeitweilig durchaus gelegen. Denn das verschärft den ökonomischen Zwang, den Produktionsapparat umzuwälzen, Energiekosten, Produktionskosten und Lohnkosten zu drücken und produktives Kapital zu vernichten, das nicht mehr den Durchschnittsprofit abwirkt.

Im 1. Quartal 81 machten 20% mehr Betriebe als im Vorjahr Pleite, in der Bauindustrie sogar 42%. Die relativen

# Schmidt, die Hochzinspolitik und „alle Haushalte der Welt“

Auszug aus dem Kommuniqué von Ottawa:

„4. Die Bekämpfung von Inflation und der Abbau von Arbeitslosigkeit müssen unser vorrangigstes Ziel sein, und diese miteinander verknüpften Probleme müssen gleichzeitig in Angriff genommen werden. Wir müssen weiterhin die Inflation dämpfen, wenn wir die höheren Investitionen und das anhaltende Wachstum sicherstellen wollen, von denen die dauerhafte Erholung des Arbeitsmarktes abhängt. Der ausgewogene Einsatz einer Reihe von Politik-Instrumenten ist erforderlich. Wir müssen bei unserer Bevölkerung größeres Verständnis für die Notwendigkeit des Wandels erwecken: Wandel in den Erwartungen in Bezug auf Wachstum und Ertrag, Wandel in den Beziehungen und Methoden zwischen den Sozialpartnern, Wandel in der Industriestruktur, Wandel in der Ausrichtung und im Umfang der Investitionen und Wandel im Energieverbrauch und in der Energieversorgung.“

5. Wir müssen in den meisten Ländern die öffentliche Kreditaufnahme dringend verringern. Sofern es die Umstände erlauben oder wir im Rahmen unserer Haushalte Änderungen durchführen können, werden wir produktive Investitionen und Innovationen in verstärktem Maße unterstützen. Wir müssen ferner die Rolle des Marktes in unseren Volkswirtschaften akzeptieren. Wir dürfen die Übergangsmaßnahmen, die möglicherweise zur Erleichterung des Wandels erforderlich sind, nicht zu ständigen Formen des Protektionismus

oder der Subventionierung werden lassen.

6. Wir betrachten ein niedriges und stabiles Geldmengenwachstum als wesentliche Voraussetzung für die Dämpfung der Inflation. Die Zinssätze müssen dabei ihre Rolle spielen, und sie werden wahrscheinlich dort hoch bleiben, wo große Inflationsbefürchtungen fortbestehen. Wir sind uns aber durchaus bewußt, daß Höhe und Bewegung der Zinssätze in einem Land die Stabilisierungspolitik in anderen Ländern erschweren können, weil sie ihre Wechselkurse und ihre Volkswirtschaften beeinflussen. Daher müssen sich die meisten von uns auch auf eine Eindämmung der Haushaltsdefizite durch Beschränkung der Staatsausgaben, wo erforderlich, stützen ...“

*Schmidt im Fernsehen am 22.7.81:*

„Weder haben wir die Absicht, Grausamkeiten zu verüben, noch brauchen wir Buhmänner, und wir werden schon gar nicht die Amerikaner zum Buh-



mann stampeln. Richtig ist aber, daß die Hochzinspolitik natürlich für alle Haushalte, auch für den deutschen Bundeshaushalt, auch für die deutschen Länder- und Gemeindehaushalte, daß die Hochzinspolitik für alle Haushalte der ganzen Welt eine Veränderung der Ausgangslage wie auch der ökonomischen Randdaten – wie die Professoren sagen – mit sich gebracht hat. Die hohen Zinsen sind zerstörerisch für Konjunktur und Beschäftigung. Infolgedessen besteht ein dringender Wunsch, von den hohen Zinsen herunterzukommen. Die Bundesbank wird aber Spielraum für eine Bewegung des Zinsniveaus nach unten nur dann bekommen, wenn es in Zukunft weniger Leute gibt, die auf den Kapitalmärkten Kredite nachfragen. Also muß der Staat mit seiner Kreditnachfrage, müssen die Länder und Gemeinden mit ihrer Kreditnachfrage etwas zurückgehen. Damit sie mit der Kreditnachfrage zurückgehen können, müssen sie mit ihren Ausgaben zurückgehen. Kredite sind ja bisher in Anspruch genommen worden, um Ausgaben zu finanzieren. So hängt das alles zusammen. Wenn das Hochzinsproblem nicht wäre, würden die Haushaltsprobleme für 1982, die mein Kollege Hans Matthöfer zu bewältigen hat, etwas leichter sein als so ... Es bedeutet jedenfalls Zurückhaltung für alle. Ich nehme an, daß es uns gelingen wird, wirklich alle heranzuziehen und nicht nur einige. Und wir haben das hier auf dem Gipfel auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß wir diese Konsequenz ziehen werden aus der Tatsache, daß die Hochzinspolitik auf absehbare Zukunft offenbar nicht beendet wird.“

Quellen: Wortlaut des Kommuniqués nach Handelsblatt v. 23.7.81; Äußerung Schmidts aus der Sendung „Bilanz“, ZDF am 22.7.81.

Konkurrenzvorteile der BRD-Imperialisten – hohe Arbeitsproduktivität, eine auf den erwarteten weltweiten Investitionsbedarf zugeschnittene Produktionspalette, niedrige Preissteigerungsrate – sind durch die DM-Abwertung schon gewachsen und würden dann doppelt und dreifach zählen. Das soll auch die Schlagkraft der Mark auf den internationalen Finanzmärkten wieder stärken; schon jetzt verlangen die BRD-Imperialisten eine Aufwertung der DM im EWS und spekulieren längerfristig auch auf eine erneute DM-Aufwertung gegenüber dem Dollar. Daher die durchaus zuversichtlichen Töne von Kapitalistenvertretern wie Otto Wolff („Spiegel“): „Ich bin davon überzeugt, daß die Mehrzahl meiner Kollegen nicht einmal gegen die ho-

hen Zinsen, die sie ja so beklagen, viel einzuwenden hat. Die Unternehmer haben die gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten besser erkannt als andere Interessengruppen.“

Die „anderen Interessengruppen“, das sind die Lohnarbeiter und ihre Familien und die Rentner, denen nach Matthöfers Devise „Mehr investieren als konsumieren!“ eine deutliche Senkung des Lohnstandards und die Verwandlung von Steuer- und Versicherungsgeldern in Kapital zugemutet wird. In dieses Konzept gehört auch die weitere Ausdehnung der industriellen Reservearmee und die Abspaltung einer Elendsschicht. Eine schnelle Konjunkturbelebung in der BRD ist für diesen Kurs nur von Nachteil, weil das gerade die Durchsetzung dieser

Angriffe erschweren würde. „Der private Verbrauch wird in diesem Jahr nicht die konjunkturstützende Rolle der vergangenen Jahre spielen. Und das ist eigentlich auch gut so.“ („Wirtschaftswoche“, 19.6.)

Wen wundert's bei diesen Absichten, daß die Stellungnahmen der Bourgeoisiepolitiker und Kapitalisten von Chauvinismus nur so triefen? Ob US-Hochzinspolitik, die „japanische Herausforderung“, die Ölländer, der wachsende Protektionismus – die bürgerliche Propaganda malt ein Schreckensgemälde der wirtschaftlichen Bedrohung von außen, das die kapitalistische Profitgier als innere Ursache der Krise verschwinden läßt und die Ausgebeuteten auf die weltweiten Ziele ihrer Ausbeuter einschwören soll.

## NATO-Manöver im Südatlantik

Welche Druckmittel wurden angesetzt, um Dänemark und Norwegen doch noch zur Teilnahme am NATO-Flottenmanöver „Ocean Venture 81“ – „Meeresunternehmen“ – zu bewegen? Gleich nach der ursprünglichen Absage der beiden Länder hatte die CDU mit drohendem Unterton von „politischer Torheit“ und „Erfolg Moskaus“ gesprochen; daß sich weder die USA noch die BRD zwecks Herstellung der NATO-„Disziplin“ vor wirtschaftlichen und politischen Erpressungen scheuen, ist dokumentiert. – In der ersten Hälfte des „Meeresunternehmens“ „schützen“ die USA gemeinsam mit Flottenverbänden aus fünf lateinamerikanischen Ländern die südatlantischen „Lebensadern“; die zweite Hälfte findet dann – ohne die lateinamerikanischen, dafür mit Flottenverbänden der meisten NATO-Mitglieder – im Nordatlantik, der Nord- und Ostsee statt. Die BRD beteiligt sich mit 2 Zerstörern, 15 Schnellbooten, 5 U-Booten, 5 Minensuchern, Flugzeugen, Hubschraubern. Diesmal noch in „ihrem Einsatzbereich Nord-/Ostsee“ – 1982 dann auch „südlich des Wendekreises des Krebses“?

## Portugal: Keine Reprivatisierung

Zum vierten Mal hat der Revolutionsrat einen von der Mitte-Rechts-Regierung vorgelegten und vom Parlament gebilligten Gesetzentwurf zurückgewiesen, der die Reprivatisierung von Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen vorsah, die nach dem Sturz der Militärdiktatur Salazar 1974 verstaatlicht worden waren.

### Ein neues Urteil des BAG

Das Bundesarbeitsgericht hat am 14.7. entschieden, daß eine Tarifpartei die Aufnahme von Verhandlungen verweigern kann, wenn ihr die personelle Besetzung der Tarifkommission des Gegners nicht gefällt. Praktisch richtet sich dieses Urteil gegen die Gewerkschaften. Nicht nur, daß die Kapitalisten das Recht zugesprochen bekommen zu entscheiden, wer die Interessen der Lohnabhängigen in Verhandlungen vertreten darf und wer nicht. Sie erhalten v.a. auch weitere Möglichkeiten, je nach Belieben Zeit zu schinden, was im Falle von Lohnauseinandersetzungen immer einen zinslosen Kredit bedeutet und allgemein ihre eigene Verhandlungsposition eher stärkt und die der Gewerkschaften schwächt.



In der fünfteiligen Reihe Politische Berichte/Arbeitshefte ist neu erschienen: Arbeitsheft 4, Bildungsreform von der Kinderkrippe bis zur Promotion. Die Reihe versucht, einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Politik der Revolutionären und der Linken seit Mitte der 60er Jahre zu liefern. Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 5000 Köln 1. Kamestr. 19.



Ihre Forderungen nach Kontrolle und Verbot sog. „Billig-Flaggen-Schiffe“ bekräftigte die ÖTV nach der Havarie des unter libyerianischer Flagge fahrenden und einem US-Reeder gehörenden Öltankers „Afran Zenith“ in Hamburg. 300 t Rohöl der Gefahrenklasse A I waren ausgelaufen, als die „Afran Zenith“ nach Ausfall der Antriebsaggregate auf Grund lief. Daß sie leckslag, erklärt die Bourgeoispresse eifrig mit „kein Glück“. Die ÖTV hat jedoch oft genug darauf hingewiesen, daß die Reeder, die Schiffe in „Billigflaggenländern“ registrieren lassen, fundamentale Sicherheitsbedingungen außer acht lassen. Außerdem lassen sie die Besatzungen bis zur völligen Erschöpfung arbeiten. Aus diesem Grund war erst im letzten Jahr ein „Billig-Flaggen-Tanker“ in Rotterdam entzweigebrochen.

unterzeichnete zwar das Gesetz, gibt aber in seiner Erklärung die Richtung an: „Bei meiner Entscheidung berücksichtigte ich auch, daß die Feststellung, ob ein Bundesgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, mit verbindlicher Wirkung für alle nur durch das Bundesverfassungsgericht getroffen werden kann.“ Die CDU/CSU wird somit im Normenkontrollverfahren mit Hilfe der CDU- und CSU-regierten Länder vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Die Anzahl der Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht hat sich in den letzten Jahren verdoppelt.

### Mehr arbeiten für weniger Lohn

Die nordrhein-westfälische Landesregierung plant im Rahmen des Haushalts 1982, dessen Entwurf am 21.7. vorgelegt wurde, ca. 7000 Stellen bei den Landesbehörden zu streichen, und zwar 3% aller Stellen im Bereich des Kultusministeriums und 2% der übrigen Stellen des Landes; ausgenommen ist die Polizei und der Strafvollzug. Die seit dem 1.1.1981 erzwungene Besetzungssperre jeder zweiten freien und freiwerdenden Stelle für sechs Monate soll verlängert und auf jede Stelle ausgeweitet werden, wobei innerhalb dieser sechs Monate der Nachweis erbracht werden muß, daß die Neubesetzung

unbedingt nötig ist. Die Kommunen und die unter Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften sind aufgefordert, gleiche Maßnahmen zu beschließen. Die Bundesregierung läßt u.a. verlauten, daß sie die Zeitspanne der bis jetzt nach je zwei Jahren etwas erhöhten Grundvergütung im öffentlichen Dienst auf vier Jahre auszudehnen gedenkt.

### 6 Jahre für behinderten Rollstuhlfahrer

**Heidelberg.** Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hatte gegen den behinderten Rollstuhlfahrer Hans-Dieter P. zehn Jahre Gefängnis und lebenslange Unterbringung in der Psychiatrie gefordert. Damit sollte ein neues Strafmaß gefunden werden gegen einen Angeklagten, der sich insbesondere auch aus seiner Behinderung heraus in vielen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staatsapparat befindet. Nach insgesamt 38 Verhandlungstagen, in denen das Gericht versuchte, die Verteidigung einzuschränken, sie der Prozeßverschleppung bezichtigte, wurde das Urteil gefällt: Sechs Jahre und drei Monate Gefängnis, wobei das Gericht die lebenslange Zwangsunterbringung verwarf, da die „kriminelle Gefährlichkeit des Angeklagten eher mit Alkoholkonsum einhergehe als mit seinem Geisteszustand.“ Von 60 Anklagpunkten, darunter Beleidigung, Diebstahl, Körperverletzung, wurden 55 abgeurteilt.

Türkei

## Militärjunta gibt BRD-Kapital grünes Licht für verstärkten Kapitalexport

Am 13. Juli meldete die „Frankfurter Allgemeine“, daß man nun endlich aus Äußerungen ziviler und militärischer Kreise der Türkei entnehmen könne, daß Revisionen an Gesetzen geplant seien, die dem ausländischen Kapitalexport in die Türkei den Weg öffnen. Schon im Mai hatte der Präsident der türkischen Industrie- und Handelskammer in der BRD versichert, daß über Investitionsanträge von Ausländern bei Projekten bis zu 50 Mio. \$ ganz „unbürokratisch“ innerhalb von 15 Tagen entschieden wird. Allein 1980 seien den BRD-Investoren Genehmigungen

Aber die Beteiligungen waren in der Regel niedrig, die Mehrheit des Kapitals wurde von der türkischen Privatindustrie oder dem Staat gestellt. Noch 1977 sah das türkische Gesetz Nr. 6224 über ausländische Investitionen vor, daß das Fremdkapital nur dort investieren konnte, wo der Fünfjahresplan des türkischen Staates Schwerpunkte bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes setzte. Außerdem waren die ausländischen Konzerne gezwungen, einen bestimmten Anteil ihrer Produkte zu exportieren. Die Regierung verlangte die Ausbildung von tür-

Die staatliche Industrie und die Schutzmaßnahmen des türkischen Staates gegen die Beherrschung durch Fremdkapital waren bis jetzt ein großes Hemmnis für die Imperialisten, die Türkei wirtschaftlich in den Griff zu bekommen. Sie sind Ergebnis einer Politik der Türkei zwischen den beiden Weltkriegen, die darauf ausgerichtet war, ein vom Imperialismus unabhängiges Land aufzubauen. Bis ca. 1940 haben die Imperialisten überhaupt keine Neuinvestitionen in der Türkei durchführen können. Und bis 1950 wurde das mit der Gründung der Türkischen Republik 1923 begonnene Programm der Nationalisierung ausländischer Unternehmen durchgeführt. Nach dem zweiten Weltkrieg begannen sich die USA als „Schutzmacht“ der Türkei aufzuspielen. Sie verfolgten den Plan, sich die Türkei als billigen Rohstofflieferanten zu halten. Mit der Begründung: „Der Wunsch eines Agrarstaates, Lokomotiven zu bauen, ... ist nicht zeitgemäß“ wurde ein Kredit für den Bau einer Lokomotivfabrik abgelehnt.

So wurde die Türkei planmäßig in Unterentwicklung gehalten. Noch heute machen die landwirtschaftlichen Produkte (vor allem Baumwolle, Tabak, Feigen, Nüsse und Sultaninen) mehr als 60% der Exporteinnahmen der Türkei aus. Die Industrie ist abhängig von Importen. Die türkische Autoindustrie benötigte 1976 für die Aufrechterhaltung ihrer Produktion Importe im Wert von rund 1 Mrd. US-Dollar.

Die dritte „Türkei-Hilfe“, an der die BRD mit 460 Mio. Dollar beteiligt ist, setzt als Voraussetzung, daß das Geld nicht in Ausbau des Eisenbahnnetzes, Ausbau der Hafenanlagen oder Zementfabriken in „entlegenen“ Gebieten angelegt wird.



60% der Exporteinnahmen der Türkei werden durch landwirtschaftliche Produkte erzielt.

gungen für Projekte im Wert von 10 Mrd. Türkische Lira (TL), das sind ca. 222 Mio. DM, erteilt worden. Der Gesamtwert der westdeutschen Direktinvestitionen im Jahre 1978 hatte überhaupt nur 138,2 Mio. DM betragen. Innerhalb von zehn Jahren, von 1968 bis 1978, hatten die westdeutschen Kapitalisten ihre Direktinvestitionen in die Türkei nur um 46,5 Mio. DM erhöht. Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum stiegen die Direktinvestitionen der BRD in Spanien um 2,6 Mrd. DM

Die BRD ist nicht nur der größte Handelspartner der Türkei, sondern hat auch den größten Anteil an Fremdkapital in der Türkei, gefolgt von den USA. Die großen Konzerne wie Siemens, AEG, Daimler-Benz, Mannesmann, Bosch, BASF, Bayer, Hoechst, insgesamt 24, haben alle ihre Beteiligungsgesellschaften in der Türkei.

kischen Experten und die Einführung neuer Technologien. Ausländisches Kapital durfte keine marktbeherrschenden Positionen einnehmen, und die Regierung unterstützte türkische Firmen, die dort investieren wollten, wo sich das Fremdkapital marktbeherrschende Positionen verschaffte. Darüber hinaus war und ist das ausländische Kapital behindert durch verhältnismäßig großen Anteil an verstaatlichtem Kapital, das einen großen Konkurrenzdruck ausübt. 1974 waren 34,4% der Arbeiter in der Maschinenbauindustrie in Staatsfabriken angestellt, sie produzierten 41% der Güter, und 33,1% der Investitionen in der Maschinenbaubranche wurden durch den Staat vorgenommen. Ebenso ist ein Teil der Chemieindustrie, der Elektroindustrie, der Stahlindustrie u.a. staatlich.

### PVAP-Parteitag Reformen, aber keine Stärkung der Arbeiter

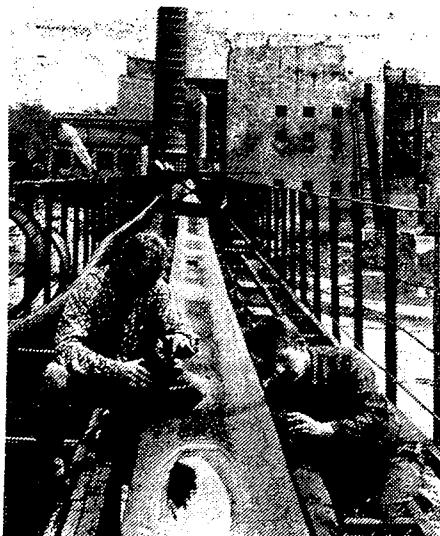
Die fast 2000 Delegierten des 9. a.o. Parteitages der PVAP haben eine verbesserte soziale Zusammensetzung des auf 200 Mitglieder erweiterten Zentralen Komitees und des auf 15 Mitglieder erweiterten Politbüros erreicht. Dem Konzept zur Reform und Sanierung der Wirtschaft, das unter Verantwortung des bisherigen Politbüros ausgearbeitet worden war, hatten sie nichts entgegenzusetzen. Sie haben damit der Regierung freie Hand gelassen zur Einführung von Elementen einer kapitalistischen Marktwirtschaft.

Ministerpräsident Jaruzelski hat in seiner Schlußrede umrissen, wie die

Regierung den Kurs der „gesellschaftlichen Erneuerung“ zu steuern gedacht. Die Preisreform soll durchgezogen werden. Sie besteht in Preiserhöhungen nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für Kohle, Gas und Strom. Jaruzelski erklärte, noch zu Beginn dieses Jahres hätte eine Erhöhung von durchschnittlich 66% ausgereicht, jetzt aber sei es mit weniger als 110% nicht getan. Jede Verzögerung erhöhe bloß die allgemeinen Kosten.

Die Reform der Preise werde aber nicht die erwarteten Ergebnisse bringen, wenn nicht gleichzeitig die Geldauszahlungen gebremst würden. Weitere Lohnerhöhungen seien schädlich: „Jede zusätzliche Geldsumme, die über den Gesamtwert der produzierten Waren hinaus gezahlt wird, verstärkt die Schwierigkeiten des inneren Marktes, verwüstet die Läden, hat ein schnelles Steigen der Preise auf dem freien Markt zur Folge.“ Die Methode, Lohnerhöhungen durch Streiks zu erreichen, müsse entschieden verworfen werden, da sie den Interessen des ganzen Volkes zuwiderlaufe.

Da mit dem Ende des Parteitages viel dafür spricht, daß die Regierung nicht die Absicht verfolgen wird, die gesellschaftliche Produktion nach den Bedürfnissen der Bereitstellung der nötigen Produktions- und Konsumtionsmittel zu planen und die Arbeiter auf



Reparatur in einer Zuckerfabrik in der Wojewodschaft Warszawa

der Ebene der Betriebe für eine Produktionssteigerung im Rahmen eines solchen Plans zu mobilisieren, sondern ihnen zum wiederholten Male die Beteiligung an der Planung und Verwaltung verweigern will, ist nicht abzusehen, wie die Arbeiter sich zu mehr Arbeit bei eingeschränkter Reproduktion, die sie unter anderen Bedingungen zeitweilig wohl auf sich nehmen würden, bereit erklären sollen. Auch über das Prinzip, daß Lohnerhöhun-

gen erst zur Debatte stehen, wenn die Betriebe Überschüsse oder Gewinne erzielen, ließe sich bei dem anhaltenden Mangel an Gütern reden, wenn die Arbeiter Aussichten hätten, über die Produktion zu verfügen. Die Zusage, daß sie in Zukunft den Betriebsleiter wählen können, gibt ihnen aber nicht die Macht zu bestimmen, was produziert wird. Daher steht zu befürchten, daß die Produktion in der nächsten Zeit nicht gesteigert werden kann.

Wenn gleichermaßen nicht abzusehen ist, wie die Produktivität in der Landwirtschaft, also in der Produktion von Lebensmitteln, gehoben werden kann ohne Stärkung des Privateigentums, wird Jaruzelski es schwer haben, den Arbeitern zu erklären, die versprochene Linderung der Versorgungsschwierigkeiten bestehe eben in

der Verteuerung des Wenigen, das überhaupt vorhanden ist.

Um die Forderungen der Arbeiterbewegung nach Selbstverwaltung der Betriebe und der gesellschaftlichen Einrichtungen zu unterdrücken, ist die Führung der PVAP bereit, sich mit den reaktionärsten Kräften zu verbünden. Die katholische Kirche soll nach einer Ankündigung Kalias in die Nationale Front neben den Gewerkschaften aufgenommen werden. Bisher verhandelte die PVAP hier mit der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei u.a. über die Politik gegenüber den Bauern bzw. den Kleinbürgern. Ohne Kampf gegen den Einfluß der Kirche werden sich die Gewerkschaften nicht halten können. Aber auch die PVAP verringert weiter ihre Chancen, Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu machen.

### Kriegsvorbereitungen

## Die USA wollen die 7. Armee an der Ostgrenze der BRD aufmarschieren lassen

Bereits im November 1980 überreichte der damalige US-Botschafter in der BRD Stoessel der Bundesregierung einen 8-Punkte-Forderungskatalog. Ein Teil der Forderungen – Bau von 55000 Wohnungen für US-Soldaten und Angehörige, Erweiterung der Depotanlagen für schweres Kriegsgerät usw., Kosten: 11 Mrd. DM – wurde seinerzeit zur Veröffentlichung freigegeben. Den Gesamtplan jedoch hielten US- wie Bundesregierung sorgsam geheim, und erst, als der Generalinspekteur der Bundeswehr Brandt Anfang Juli zu Verhandlungen in die USA reiste, wurden seine Umrisse bekannt:

Die USA wollen ihre in der BRD stationierten Truppen, derzeit rund 206000, plus 150000 Zivilbeschäftigte unmittelbar an die Grenzen zur DDR und CSSR verlegen. Bisher sind sie zwischen 100 und 240 km von den Grenzen entfernt stationiert. Die ersten drei Brigaden sollen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre nach Gießen, Wildflecken und Grafenwörth verlegt werden, wo bislang schon Truppenübungsplätze sind, die verbleibenden in einer zweiten Phase innerhalb der nächsten 25 Jahre gen Osten vorrücken. Die BRD hätte für die Bereitstellung von Gelände, den Bau von militärischen Anlagen, Wohnungen usw. zu sorgen.

Der Plan ist nicht neu. Seit der Entwicklung der NATO-Strategie der „Vorwärts“- und später der „Vorne-Verteidigung“ wurde er regelmäßig von Seiten der USA und der BRD ins Gespräch gebracht. 1974 machte sich der damalige Generalinspekteur der

Bundeswehr de Maizière Gedanken über die „ungünstige Stationierung“ und „komplizierten Aufmarschpläne“ der NATO; 1976 beklagte General a.D. Steinhoff, zuvor Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, „daß über 50% der Heeresstreitkräfte in Zentral-europa mehr als 100 km bewegt werden müssen, um die für sie vorgesehenen Verteidigungsräume zu erreichen“. Bei Verlegung nach Osten könnten die US-Truppen die Grenze um 6 bzw. 14 Stunden eher erreichen bzw. überschreiten. Bisher jedoch haben v.a. die immensen Kosten die Imperialisten von der Verlegung abgeschreckt, und auch jetzt befürchtet die Bundesregierung, daß sie die erforderlichen Milliarden im Inneren nicht wird durchsetzen können.

Die USA zeigen sich indes wenig geneigt, auf solcherlei Befürchtungen Rücksicht zu nehmen. Die Truppenverlegung, so der Heeres-Stabschef Meyer, habe „höchste Priorität“. Bereits ihre Ankündigung ist eine deutliche Drohung gegen die Statuten des Warschauer Paktes. Ihre Durchführung würde den Aufmarsch der USA auf dem Kriegsschauplatz Europa abrunden und paßt sich nahtlos ein in die Kriegsvorbereitungen der Reagan- wie zuvor der Carterregierung.

Seit Jahren verstärken die US-Imperialisten ihre Truppen in der BRD und Westberlin. Die Zahl der US-Soldaten erhöhte sich allein seit Ende 1978 um 10000 auf 244300, ihr Anteil an allen in Europa stationierten US-Truppen damit von 71 auf 73,7%. Den „ersten

Versuch in Richtung auf eine Korrektur der falschen Landstreitkräfte-Stationierung“ (Steinhoff) hatten sie bereits 1977 mit der Verlegung der 3. Brigade der 2. Panzerdivision nach Garstedt bei Bremen unternommen. Bis dahin waren ihre Truppen – das V. und VII. Korps der 7. US-Armee – ausschließlich im „Abschnitt der mittleren Armeegruppe“ (CENTAG) stationiert, wo sie fast die Hälfte der NATO-Truppen stellen, sowie in Westberlin. Die Brigade in Garstedt bildet zugleich das Kernstück eines weiteren US-Korps, das zur Verstärkung der NATO in der Norddeutschen Tiefebene herangeführt werden soll.

Trotz der beabsichtigten Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die die atomare Verwüstung Europas in den Bereich der Möglichkeiten rückt, geht die US-Generalität mehr denn je davon aus, daß „ein Nuklearkrieg die am wenigsten wahrscheinliche Kriegsform“ ist (nach „Österreichische Militärische Zeitschrift“ 3/81). Im Rüstungshaushalt der USA, der von 1981 bis 1986 mehr als verdoppelt werden soll, bildet die atomare Rüstung dann auch nur den fünften von fünf Schwerpunkten. Die übrigen vier sollen die Bedingungen verbessern, daß die USA aus einem

konventionellen Schlagabtausch als Sieger hervorgehen:

**Ausbau der Marine:** Die 12 Trägergruppen mit je einem Flugzeugträger sollen bis 1990 auf 15, die Gesamtzahl der Kriegsschiffe von 456 auf 600 erhöht werden, um den militärischen Nachschub nach Europa und die Rohstoffversorgung der USA zu sichern.

**Ausbau der Transportkapazität:** Mit dem Bau und Ankauf von neuen Großtransportern und stärkerer Einbindung der zivilen „Reserveluftflotte“ sollen die „Verstärkungskräfte“ schneller und zahlreicher als bisher nach Europa geflogen werden können.

**Vorausenlagerung von Waffen und Gerät:** Für sechs weitere US-Divisionen sind, hauptsächlich in der BRD, bereits Waffen, Munition, Treibstoff usw. in Europa gelagert. Die Depots sollen ausgebaut, neue bilaterale Verträge wie 1981 mit Norwegen und Dänemark abgeschlossen werden.

**Verstärkung der konventionellen Streitkräfte:** Hier steht im Mittelpunkt die Reform der „leichten“ und „schweren“ Divisionen und die Lösung des „Personalproblems“. Die Divisionen sollen ihre „tatsächliche Einsatzbereitschaft“ erhalten, im Zuge

der Reform soll nach den Plänen der Generalität die Wehrpflicht wiedereinführt werden. Die Vorbereitungen dazu wurden noch von Carter durch die Wehrregistrierung getroffen.

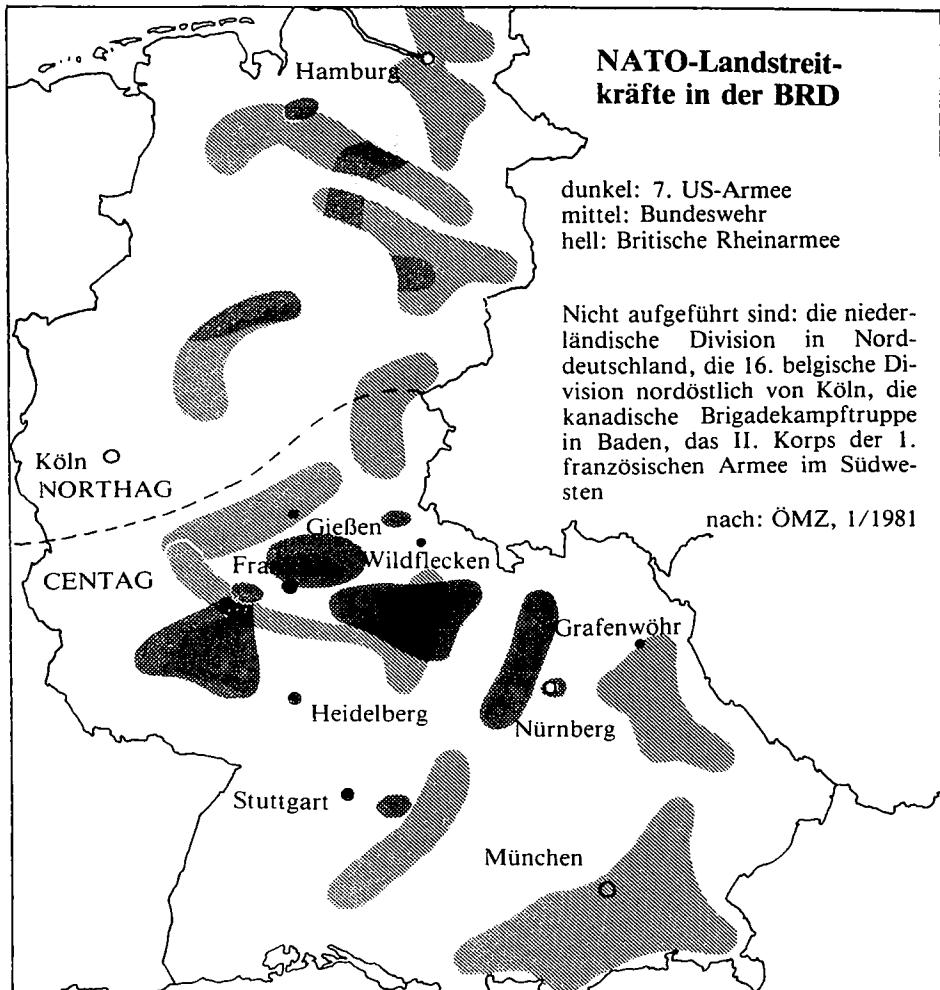
Angesichts dieser zielstrebigen und beschleunigten Aufrüstung läßt der US-Truppenverlegungsplan keine Zweifel: Die US-Imperialisten beziehen die Stellungen, verbessern die Bedingungen sowohl für den militärischen Angriff wie für die militärische Verteidigung – und für die Kontrolle der verbündeten Armeen.

## *Demokratisches Kampuchea Internationale Konferenz isoliert Vietnam*

Die Vertreter der 91 Länder, die an der Kampuchea-Konferenz vom 13. – 17. Juli in New York teilnahmen, verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der sie sich für den Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen, für die Durchführung geheimer Wahlen unter Kontrolle der UNO, an der alle Kampucheane teilnehmen können, und für die Garantierung der Grenzen Kampuchreas, seiner Unabhängigkeit, Neutralität und Blockfreiheit aussprechen. Die fünf Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die ASEAN-Länder und alle Länder, die gemeinsame Grenzen mit Kampuchea haben, sollen sich insbesondere für die Wahrung der Unversehrtheit und Unabhängigkeit Kampuchreas einsetzen.

Die ASEAN-Länder, die die Einberufung der internationalen Konferenz entsprechend dem Beschuß der UNO vom Herbst 1980 verlangt hatten, bestanden nicht darauf, daß ihre Forderung nach Entwaffnung der kämpfenden Armee des Demokratischen Kampuchea in die Schlußerklärung der Konferenz aufgenommen wurde. Stattdessen wird in dem Dokument unter den Punkten, über die weitere Verhandlungen geführt werden sollen, verlangt: „Angemessene Vorkehrungen, um sicherzustellen, daß die bewaffneten kampucheanschen Parteien die Abhaltung freier Wahlen nicht verhindern oder unterbrechen oder die Bevölkerung beim Wahlgang einschüchtern oder zwingen können; solche Vorkehrungen sollten auch sicherstellen, daß sie das Ergebnis der freien Wahlen respektieren werden.“

Die Ergebnisse der Konferenz sind wertvoll für das kämpfende Demokratische Kampuchea, auch wenn die vietnamesische Regierung noch nicht gezwungen war, an den Verhandlungen teilzunehmen, und ihnen ebenso wie die UdSSR fernblieb. Mehrere Spre-



cher auf der Konferenz forderten, daß kein Land Vietnam materiell und finanziell unterstützen solle. Insbesondere Vertreter von Ländern der Dritten Welt forderten dazu auf, das Demokratische Kampuchea mit allen Mitteln zu unterstützen. Vietnam ist international weiter isoliert worden.

Der Vizepremierminister des Demokratischen Kampuchea, Ieng Sary, trat am Eröffnungstag auf und bekräftigte den Standpunkt seiner Regierung, die wenige Tage zuvor erneut erklärt hatte, daß eine Entwaffnung der kämpfenden Truppe nicht infrage komme, weil es sie demoralisieren würde, wenn die Früchte der harten Kämpfe anderen zufielen. Ebenso wird die Einrichtung einer Übergangsregierung abgelehnt.

Am 30. Juni hatte die Regierung des Demokratischen Kampuchea das „Fünf-Punkte-Programm für eine große nationale Einheit Kampuchea“ gegen die vietnamesische Clique Le Duans“ veröffentlicht. Sie stellt das Minimum dar, zu dem die Teilnehmer an der Einheitsfrontorganisation sich beitreten können. Sie stellt klar, daß keine fremden Militärstützpunkte auf dem Boden Kampuchea geduldet werden sollen. Die verschiedenen Kräfte der Einheitsfront sollen ihre eigenen politischen Organisationen und ihre Handlungsfreiheit wahren im Rahmen des Programms.

Vorgesehen ist die Wahl einer Nationalversammlung unmittelbar nach dem Abzug der Aggressionstruppen. Diese soll eine Nationale Regierung wählen, die die Aufgabe haben wird, eine nationale Armee zur Verteidigung des Landes aufzubauen. Dieser Plan kann auch von den anderen südostasiatischen Ländern unterstützt werden, die sich bereits vietnamesischen Angriffen ausgesetzt sehen.



Internationale Konferenz zur Unterstützung des Kampfes des kampuchesischen Volkes am 1./2.6. in Tokio

## Haushalt 82

# Lohnsteuer und indirekte Steuer steigen, Matthöfer gegen Lohnsteuerindexierung

Mit den Lohnabrechnungen dieser Monate zeichnet sich ein weiterer drastischer Anstieg des Lohnsteuersatzes ab. Die im Januar gezahlten Arbeiterlöhne lagen im Durchschnitt deutlich unter denen vom Juli 1980. Dieser Umstand zusammen mit der geringfügigen Korrektur des Einkommenssteuertarifs zum Jahresanfang ließ den Lohnsteuersatz auf den effektiven Durchschnittslohn der Arbeiter im Januar um 1,1% absinken auf 16,4%. Jedoch schon die Anrechnung der im Metallbereich inzwischen erfolgten Erhöhung der Tarife um 4,9% läßt sofort erkennen, daß sich die Gewerkschaftsbewegung auf die Fortsetzung der Auseinandersetzung um den Nettolohn einstellen muß: Mit der Anrechnung der Tariferhöhung auf den Januar-Durchschnitt steigt der Lohnsteuersatz auf diesen Lohn von 16,4% auf 17,1%, in Größenordnungen also, die bereits in den vergangenen Jahren von den Gewerkschaften als Herausforderungen betrachtet wurden. Die Inflation entwertet den Lohn, die mit der Nominallohnerhöhung ansteigende Steuerbelastung ist unter diesen Umständen zu einer unerträglichen Last im Kampf um den Lohnstandard geworden – seitens der Kapitalisten wohl berechnet zur Finanzierung ihres Staatshaushaltes.

Finanzminister Matthöfer sah sich genötigt, auf der Jahresversammlung des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) zu Gegenmaßnahmen Stellung zu nehmen: „Die Bundesregierung und die sie tragende Parlamentsmehrheit haben aus einer Reihe von Gründen nicht den Weg einer Indexierung des Lohnsteuertarifs beschritten. Abgesehen von grundsätzlichen Bedenken gegen jede Art von Indexierung war für diese Politik vor allem auch die Unmöglichkeit einer eindeutigen Trennung der Inflationskomponente von der realen Verbesserung ausschlaggebend.“ (Bulletin der Regierung v. 27.6.1981)

Die „grundsätzlichen Bedenken“ des Ministers werden sehr praktisch angesichts der sprudelnden Quelle Lohnsteuer: 1950 wurden daraus rund 10% des gesamten Steueraufkommens finanziert, inzwischen sind die 30% überschritten! Bei einer Anbindung der Lohnsteuertarife an den Durchschnittslohn z.B. wäre eine solche Umverteilung der Steuerlast nicht möglich gewesen. Bei den Renten gibt es die Anbindung an den Bruttolohn. Auch hier wachsen die „grundsätzlichen Be-

denken“ der Regierung: Die Rentner sind der Kapitalistenklasse zu teuer. Im Grundsatz soll gelten: Bei den Renten muß die Bruttolohnanbindung aufgehoben werden, weil sie das Rentenniveau absichert; bei der Lohnsteuer darf keine Bruttolohn-Anbindung stattfinden, weil darüber der fortwährenden Ausdehnung der Lohnbesteuerung Grenzen gezogen würden.

**Lohnsteuerlast 75–81  
in % des Lohns**

Jahr	A	B	C
Juli 75 . . . . .	13,4	15,5	14,8
Juli 76 . . . . .	13,9	16,8	15,2
Juli 77 . . . . .	14,4	17,9	16,1
Juli 78 . . . . .	13,6	17,3	15,2
Juli 79 . . . . .	13,6	16,5	14,7
Juli 80 . . . . .	14,1	17,5	15,8
Jan. 81 . . . . .	13,0	16,4	15,3
(+ 4,9%) . . . . .	(13,4)	(17,1)	(15,9)

A = Effektivlohn der untersten Leistungsgruppe der Arbeiterinnen  
B = durchschnittlicher Effektivlohn aller Arbeiter  
C = Effektivgehalt der männlichen Angestellten der oberen Leistungsgruppe (LG II)

Die Steuer für A und B wurde nach Klasse IV, 0 Kinder (= Stkl. I), die für C nach Klasse III, 0 Kinder berechnet.

Zahlen in Klammern: Effektivlöhne vom Januar 81 erhöht um 4,9% Lohnerhöhung.

Zweifellos wäre aber doch schon etwas gewonnen, wenn zumindest der Ausgleich des Kaufkraftverlustes nicht auch noch zu einer Erhöhung des Steuersatzes führen würde. Die ministeriellen Schwierigkeiten, zwischen Reallohnsteigerung und Geldentwertung zu unterscheiden, sind jedoch bloß vorgeschoben. Matthöfer: „Das nicht durch Reallohnsteigerung bedingte Hineinwachsen von Einkommen in die Progressionszone des Steuertarifs haben wir durch gelegentliche stufenförmige Tarifanpassungen eingeschränkt. Derartige Korrekturen sollten auf das Steueraufkommen neutral ausfallen, d.h. sie erforderten z.T. komplementäre Steuererhöhungen im Bereich der indirekten Steuern.“

Wohlgemerkt, es hieß „derartige Korrekturen“, also auf den „Inflationsgewinn“ bezogene Tarifänderungen. Die „Entlastungsmethode“ ist somit klar: Beim Lohn wird progressiv besteuert; dann wird ein Teil der rasch anwachsenden Lohnsteuereinnahmen zur Entlastungsmasse erklärt, um anschließend über die indirekten, die angeblich „unmerklichen“ Steuern wieder abkassiert zu werden.

## DGB zum Haushalt 1982

### „A) Steuerpolitik.

1. Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftssteuer in Höhe von 6% der Steuerschuld ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60000/120000 (Alleinstehende/Verheiratete).
2. Abschaffung des Freibetrages für Freiberufler.
3. Wegfall der Durchschnittsbesteuerung der Landwirte sowie der mit der Neuregelung der Landwirtschaftsbesteuerung eingeführten Steuergünstigung bei gleichzeitiger Einführung einer allgemeinen Buchführungspflicht für Landwirte als Voraussetzung für gezielte Stützungsmaßnahmen im Zuge der Agrarreform.
4. Energisches Beitreiben der Steuerrückstände.
5. Vorziehen der erst für die Jahre 1985 bzw. 1990 vorgesehenen Einschränkung überhöhter Verlustzuweisungen durch Abschreibungsgeschäfte auf die Jahre 1982 bzw. 1985.
6. Streichung der Mehrwertsteueroption beim „Bauherrenmodell“.
7. Stärkere Umschichtung der Modernisierungsförderung im Wohnungsbau von der Sonderabschreibung auf eine Zuschußförderung.

### B) Subventionen

1. Gezielte Umstrukturierung der Investitionszulage und Sonderabschreibungen ... mit der Zielsetzung, „bloße Mitnehmereffekte“ zu vermeiden ...
3. Abbau bestimmter Subventionen, die den Verbrauch knapper Energie, insbesondere den Ölverbrauch, fördern im Rahmen einer konsequenten Energiepolitik des „weg vom Öl“ ...

### C) Weitere Quellen für Einsparungen und Mehreinnahmen in Milliardenhöhe ... durch eine Reform der EG-Agrarpolitik, durch Umschichtungen im Verteidigungshaushalt ...

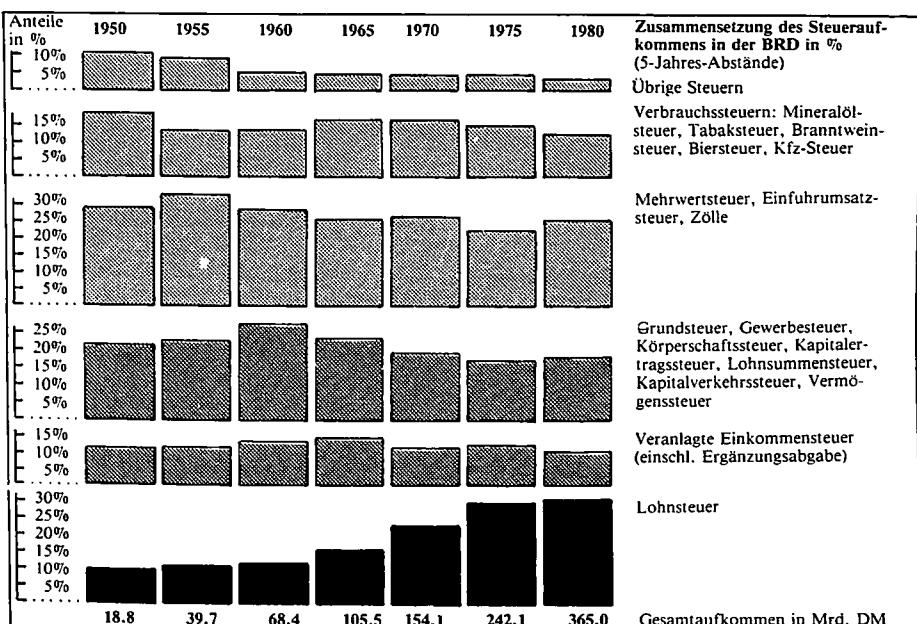
### D) Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik

1. Einführung eines Arbeitsmarktbeitrags für alle am Erwerbsleben Beteiligten
2. Verbot der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung insgesamt und als ein erster Schritt im Baubereich ...
3. Bekämpfung der Schwarzarbeit
4. Bekämpfung ungerechtfertigter und mißbräuchlicher Inanspruchnahme der Leistungen und Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch Beseitigung der „Mitnehmereffekte“ beim Kurzarbeitergeld, beim Arbeitslosengeld für 59jährige Arbeitslose sowie zur Überbrückung saisonaler Beschäftigungsschwankungen ...

Die vorstehenden Ansatzpunkte zur Einnahmehöhung bzw. Ausgabenkürzung bieten nach Schätzung des DGE ein Finanzpotential von annähernd 15 Mrd. DM – auch dann, wenn die unter C) genannten Ansatzpunkte bei der konkreten Quantifizierung aus einleuchtenden Gründen unberücksichtigt bleiben.“

Dieser „Neutralität des Steueraufkommens“ entspricht zwangsläufig die wachsende Gesamtsteuerlast der Lohnabhängigen. Das Müncher Ifo-Institut hat bereits errechnet: Für die „aufkommensneutrale Entlastung“ im Jahre 1983 bei der Lohnsteuer wäre eine Anhebung der Mehrwertsteuer von jetzt 13% auf 14,25% erforderlich. „Gelänge es, über eine Erprobung der Belastbarkeit ... eine Entlastung bis 1985 hinauszuschieben,“ rechnet das Institut weiter, würde ein „kompensatorischer Finanzbedarf im Gegenwert einer Mehrwertsteueranhebung von 13% auf 17% erforderlich“ (Ifo schnelldienst Nr. 16/17, Juni 1981). Diese Größenordnung hat die westdeutsche Bourgeoisie im Rahmen der EG-Harmonisierung ins Auge gefaßt.

Zu dieser jetzt aktuell ins Werk gesetzten Ausdehnung der indirekten Steuern, Gebühren und Abgaben zusammen mit ansteigenden Lohnsteuersätzen paßt die Reform, die die Vorsitzende des Finanzausschusses und FDP-Abgeordnete Matthäus vor der Mitgliederversammlung des Instituts „Finanzen und Steuern“ in Aussicht gestellt hat: „Ein weiteres Steuerentlastungspaket sei in dieser Legislaturperiode unumgänglich. Dieses Paket müsse entsprechend den Koalitionsvereinbarungen eine Abflachung des Progressionseffekts, die Erhöhung des Grundfreibetrags und die Einführung eines besonderen Vorwegabzugs für Selbständige ... zum Inhalt haben. Frau Matthäus hielt die Finanzierung eines neuen Steuerpakets allerdings nur



Für die gegenwärtige Haushaltsgesetzgebung 1982 empfiehlt der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten die Anwendung dieser Methode, um die Steuerausplünderung zusätzlich zur weiter steigenden Lohnsteuer zu treiben: „Die Mineralölsteuer auf Motorenbenzin ist gerade erst erhöht worden. Die Mineralölsteuer auf Heizöle ist dagegen bis Ende dieses Jahres befristet. Zumindest energiepolitische Ziele sprechen dafür, diese Steuer beizubehalten und zu erhöhen.“ Springers „Bild“ konnte es gar nicht mehr abwarten und kündigte die „300% Erhöhung“ der Heizölsteuer bereits zwei Wochen vor den Fraktionsberatungen an. Darüber hinaus weist der Sachverständigenrat die Regierung ausdrücklich auf die Einbeziehung von Gebühren und Abgaben in die Methode der „unmerklichen“ Steigerung der Steuerlast hin: „Für Erhöhungen kommen vor allem die Verkehrstarife der Bundesbahn und der Nahverkehrsbetriebe und die Gebühren für einzelne Dienstleistungen der Bundespost in Betracht.“

durch Erhöhung indirekter Steuern für möglich.“ (Die Steuerberatung, Nr. 6/81). In diesem „Reformpaket“ wird dann vielleicht auch der „Abbau von nicht mehr gerechtfertigten Vergünstigungen der Familienbesteuerung“ (siehe Tabelle Fall C) Platz finden, ebenso wie die Ausrichtung des Steuersystems unten auf die Plünderung der Transferleistungen (Rente, Arbeitslosengeld, Krankengeld)?

Der DGB verlangt zum Haushalt 82 eine 6%-Ergänzungsabgabe auf die Steuerschuld für Einkommen über 60000/120000 DM. Abgesehen davon, daß daneben in für die Gewerkschaften schädlicher Weise einer höheren Besteuerung der Bauern und selbstständig Arbeitenden das Wort geredet wird, kann diese Forderung bloß eine Stütze sein für die Abwehr wachsender Steuerlast durch die Lohnabhängigen. Da diese Forderung die zusätzliche Belastung der gut bzw. mehr als auskömmlichen Einkünfte verlangt, nutzt sie in der Auseinandersetzung mit den aktuellen Regierungsplänen der Umver-

teilung der Steuerlast nach unten.

Unbeantwortet bleibt damit seitens des DGB der Angriff auf den Netto-lohn nach der Methode: inflationsgetriebene Progressionsverschärfung – komplementäre Erhöhung der Steuerlast. Schon angesichts der Nettoerträge der jüngsten Lohnbewegung sind Forderungen in Richtung der Anbindung der Steuertarife an den Durchschnittslohn aktuell, wenn der Kampf um den Reallohnstandard nicht zu einer aussichtslosen Sache werden soll.

## Altentag 1981 Rentner stellen ihre Forderungen auf

**Hamburg.** Während vom 13. bis 19. Juli einige hundert Wissenschaftler im Hamburger Kongresszentrum für das Einreissen der gesetzlichen Altersgrenze und das Recht auf Ausbeutung auch der Alten eintraten, veranstalteten acht Altenselbsthilfeorganisationen einen Gegenkongress „Generatrubel“. Anwesend waren: „Offensives Altern“ Berlin, „Verein freie Altenarbeit“ Bielefeld, „Kontakt/Alten- und Nachbarschaftshilfe“ Frankfurt, „Gemeinwesenarbeit“ Fulda, „Mülheimer Seniorentreff“ Köln, „Seniorenschutzbund Graue Panther“ Wuppertal, „Graue Panther“ Hamburg.

Zwei Tage tauschten die Rentner in Arbeitsgruppen Erfahrungen aus, untersuchten ihre soziale Lage und stellten einen Maßnahmen- und Forderungskatalog zusammen. An der Abschlußveranstaltung nahmen 400, an der Abschlußdemonstration 500 bis 600 Menschen teil, u.a. unter den Forderungen:

- Gegen Armut im Alter – für eine Mindestrente von 1250 DM (Orientiert an der Rentenversorgung in Holland und an der Beamtenpension), sofortige Auszahlung der Rentenkürzungen der letzten drei Jahre;
- gegen Entsorgungsanstalten und Altenghettos – wohnliche Heime in Selbstverwaltung in den Wohnvierteln;
- mehr Pflegekräfte für die Versorgung in den Heimen und zuhause;
- gegen die Kriegsgefahr – keine Mittelstreckenraketen, für ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal.

In den letzten Jahren haben die Rentner in Anlehnung an die Altenbewegung in den USA in der BRD verschiedene Altenorganisationen und Selbsthilfegruppen gegründet, die von Sozialarbeitern, Kranken- und Altenpflegern unterstützt werden. Die „Grauen Panther Hamburg“ haben sich bereits mehrfach mit den Behör-



den angelegt, als es z.B. um fristlose Kündigungen von Bewohnern eines Altenstifts ging, um die miserablen Zustände in einem Blindenaltenheim. Sie treten gegen Zwangseinweisungen in die Psychiatrie und Altenpflegeheime auf.

In Hamburg geht der Senat davon aus, daß 2% aller Menschen über 60 Jahre pflegebedürftig sind. Die durchschnittliche Verweildauer in den Heimen der Arbeits- und Sozialbehörde ist von drei Jahren 1955 auf eineinhalb Jahre 1977 gesunken. 1955 starben 34% aller Rentner im ersten Jahr des Heimaufenthaltes, 1972 bereits 45% und 1977 über 65%.

Die Heime sind eingestandenermaßen nicht in der Lage, gesundheitliche Rehabilitationsmaßnahmen zu leisten. Das schnelle Sterben wird organisiert. Die Forderungen der Altenselbsthilfeorganisationen verdienen unbedingte Unterstützung.

## Nahost-Waffenstillstand Arafat: „Wir haben das Widerstandsrecht“

Begin sei ein Friedenshindernis, soll der US-Kriegsminister Weinberger nach dem israelischen Bombardement auf Beiruter Wohnviertel gesagt haben. Demonstrativ beschloß das Reagan-Kabinett, die Auslieferung neuer F 16-Bomber an Israel vorerst zu stoppen. Die „New York Times“, Zeitung des liberalen Flügels der US-Monopolbourgeoisie, moserte über Begins „selbstzerstörerische Taktik“. Kraschende Widersprüche zwischen den USA und dem von ihm ausgehaltenen Zionistenregime?

Wohl kaum. Die US-Waffenlieferungen an Israel, in diesem Jahr für 2,2 Mrd. \$, gehen weiter, und die Bomber

werden sicher bald freigegeben. US-Außenminister Haig betonte die weitere Unterstützung Israels. Denn der Zioniststaat bleibt für die US-Imperialisten das wichtigste Instrument der Bedrohung und Spaltung der arabischen Nation und die Operationsbasis gegen den Nahen und Mittleren Osten. Dennoch haben die jüngsten Aggressionen die US-Pläne in Gefahr gebracht, den Nahen Osten wieder in ihre feste Einflußsphäre zu verwandeln, einen „strategischen Konsensus“ (Haig) gegen die SU zu schaffen. In Anbetracht der immer brutaleren Überfälle des Zionistenregimes können die USA die arabischen Regierungen schwerlich darauf einschwören, in der SU ihren Hauptfeind zu sehen. Der Gemeinsame Verteidigungsrat der Arabischen Liga hat am 24.7. den USA mit „massiven Gegenmaßnahmen“ gedroht, wenn die USA die israelischen Aggressionen gegen Libanon und die arabische Welt weiter unterstützen. Zum anderen haben Israels Aggressionen ihr militärisches Ziel, die Vernichtung der Stellungen der palästinensischen Befreiungsfront PLO, nicht erreicht. Die PLO-Raketen- und Artilleriebasen im Südlibanon blieben weitgehend intakt.

Über die Bedingungen des jetzt vom US-Sonderbotschafter Habib ausgehandelten Waffenstillstands sind keine Einzelheiten bekannt. Der israelische Oppositionsführer Peres beklagte, die PLO hätte „unnötig einige Punkte gemacht“. Das gilt sicherlich für die Anerkennung der PLO, denn die USA und Israel mußten zum ersten Mal – wenn auch über Dritte – mit der PLO verhandeln. PLO-Führer Arafat erklärte im US-Fernsehen, der Waffenstillstand erstrecke sich nur auf die Staatsgrenze Libanon – Israel, nicht auf das von Israel besetzte Westjordanland und den Gaza-Streifen: „Nach der UN-Charta und den UN-Resolutionen haben wir das Widerstandsrecht.“ Das gelte auch für den von der Zionistenarmee und den christlichen Milizen des Major Haddad besetzten libanesischen Landstreifen an der Grenze zu Israel. Israelische Militärs dagegen erklärten, mit dem Waffenstillstand seien alle militärischen PLO-Aktionen unterbunden, aber z.B. israelische Aufklärungsflüge über dem Libanon weiterhin gestattet.

Weil der Waffenstillstand damit absehbar genügend Vorwände für weitere israelische Überfälle auf Libanon und gegen PLO-Stellungen liefert, hat der libanesische Ministerpräsident Sarkis die Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz verlangt. Dabei sollen Verhandlungen mit allen libanesischen Parteien geführt werden, deren Auseinandersetzungen bisher ständig Vorwände für Israels Einmischung im Libanon lieferten.

## Verurteilung der Kulturrevolution – Absage an Massenbewegungen: keine Lösung für Probleme des sozialistischen Aufbaus

„Die Geschichte wird beweisen, daß diese Plenartagung eine weitere, sehr wichtige Konferenz unserer Partei und ein neuer Meilenstein für unsere Partei und unseren Staat im Verlauf der Verwandlung des Chaos in Ordnung und für die Fortsetzung und Weiterentwicklung unserer Sache ist“, erklärte Hu Yaobang, neu gewählter Vorsitzender der KPCh, auf der Kundgebung am 1. Juli zur Feier des 60. Gründungstages der KPCh. Die gerade zu Ende gegangene ZK-Tagung hat in der Tat mit der „Resolution über einige Fragen in der Parteigeschichte seit 1949“ Festlegungen getroffen, die weitreichende Konsequenzen für den Aufbau des Sozialismus haben.

„Nach der grundlegenden sozialistischen Umgestaltung war der Hauptwiderspruch, den unser Land zu lösen hatte, der Widerspruch zwischen den tagtäglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion ... Unsere früher begangenen Fehler lassen sich also darauf zurückführen, daß wir diese strategische Verlagerung nicht entschieden genug angepackt haben.“ Das heißt, hätte die KPCh statt dem Klassenkampf dem Wirtschaftsaufbau Priorität eingeräumt, wäre der Sozialismus in der VR China weit gefestigter als heute.

Aus den Wirtschaftsdaten läßt sich das nur schwer belegen: Die Getreideproduktion hat sich von 1949 bis heute etwa verdreifacht und ist weit schneller

als die Bevölkerung gewachsen, die Stahlproduktion ist von kaum 1 Mio. t auf über 30 Mio. t gestiegen. Das Sozialprodukt ist um jährlich etwa 6% gewachsen, mehr als in den meisten Entwicklungsländern. Die Krise nach dem Großen Sprung 1958–59 unterbrach diese Entwicklung nur kurzzeitig. Und zu den „zehn verlorenen Jahren“, wie die KPCh heute die Kulturrevolution verurteilt, heißt es in der ZK-Resolution:

„Obwohl unser Land in volkswirtschaftlicher Hinsicht enorme Schäden davontrug, machte es dennoch Fortschritte. Die Getreideerzeugung hatte einen relativ stabilen Zuwachs zu verzeichnen, in der Industrie, im Verkehrswesen, im Investbau und im wissenschaftlich-technischen Bereich gab es eine Reihe wichtiger Erfolge ... All dies sind natürlich keinesfalls Erfolge der ‚Kulturrevolution‘. Ohne die letztere hätten wir zweifellos noch weitaus größere Erfolge erzielt.“

Die Wirtschaftserfolge in der Kulturrevolution lassen sich also schwerlich leugnen. Und es läßt sich nur schwer nachvollziehen, daß diese Erfolge nicht in den gesellschaftlichen Umwälzungen der Kulturrevolution begründet sein sollen. Denn unter der Devise „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern“ entwickelte die Kulturrevolution die landwirtschaftlichen Kollektive und förderte den landwirtschaftlichen Investbau und die ländliche Industrialisierung, die in den

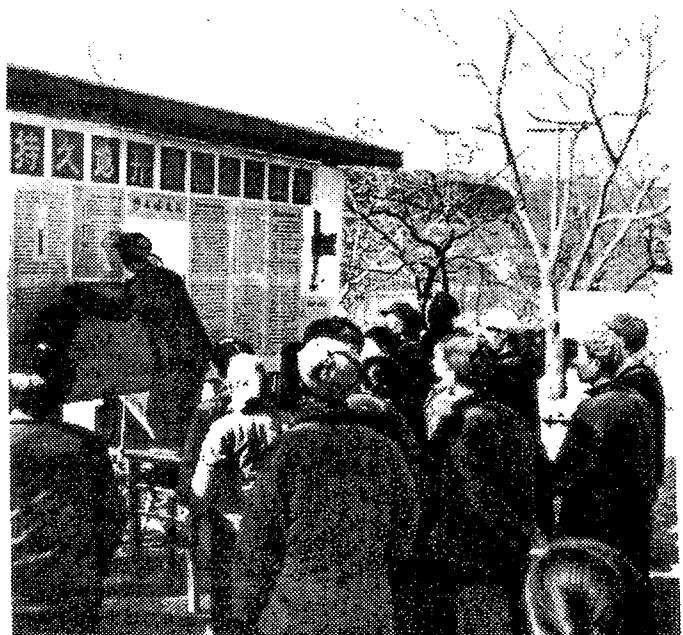
Jahren vor 1966 von den jetzt wieder amtierenden Wirtschaftsplanern Chen Yun und Bo Yibo gestoppt worden war. Sie stärkte die dezentrale Entwicklung und verringerte die krassen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Und die jetzt in der ZK-Resolution als unmaterialistisch verurteilte Kritik an der „Theorie vom Primat der Produktivkräfte“ förderte die Anstrengungen, China von ausländischer Technologie unabhängiger zu machen, Innovationsprobleme statt ausschließlich durch Experten vielmehr durch Arbeiter und Techniker gemeinsam zu lösen oder auch das System der „Barfußärzte“ zu entwickeln.

Aber die ZK-Resolution geht über die Frage, ob das Tempo der Wirtschaftsentwicklung hätte schneller sein können, hinaus. Das ZK der KPCh hat einen Kurs für den sozialistischen Aufbau festgelegt, der sich wesentlich von dem von Mao Zedong formulierten Entwicklungskonzept unterscheidet, die von ihm ausgearbeitete „Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats“ verwirft und sich auf spezifische soziale Interessen stützt:

Schon der 8. Parteitag der KPCh 1956 bezeichnete den Widerspruch zwischen fortgeschrittenen Produktionsverhältnissen und rückständigen Produktivkräften als den Hauptwiderspruch der sozialistischen Gesellschaft. Ein Jahr später, unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn und starker



Mao Zedong auf dem X. Parteitag 1973



Anschläge revolutionärer Kritik

antisozialistischer Tendenzen in chinesischen Intellektuellenkreisen, kritisierte Mao die Parteitagsentscheidung; Hauptwiderspruch im Sozialismus sei nach wie vor der zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die im Überbau immer noch eine starke Position habe, zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg.

Als Anfang der 60er Jahre der revisionistische Kurs der KPdSU sich immer deutlicher abzeichnete und gleichzeitig Teile der Parteführung der KPCh restorative Tendenzen in der Landwirtschaft und Industrie förderten, konstatierte Mao die Gefahr, daß sich die kapitalistische Restauration über Teile des Partei- und Staatsapparates entwickelt.

Das ZK der KPCh stellt jetzt dagegen fest, „daß die Hauptargumente des Genossen Mao Zedong zur Einleitung der ‚Kulturrevolution‘ weder dem Marxismus-Leninismus noch der chinesischen Realität entsprachen . . .“ Künftig dürfe es keine Kulturrevolutionen mehr geben. Zum Klassenkampf heißt es: „Nachdem die Ausbeuterklassen als Klassen beseitigt worden sind, bildet der Klassenkampf nicht mehr den Hauptwiderspruch. Aber aufgrund innerer Faktoren und äußerer Einflüsse wird der Klassenkampf noch lange Zeit in bestimmtem Umfang fortexistieren, ja er mag sich unter bestimmten Bedingungen sogar verschärfen.“

Daß der Klassenkampf mit dem Ziel

geführt wird, eine revisionistische Entartung des Sozialismus oder eine Restauration des Kapitalismus zu verhindern, davon ist keine Rede mehr. In dem Zusammenhang ist es nicht zufällig, daß die KPCh seit längerem die Kritik am Revisionismus der KPdSU eingestellt hat.

Ist in einem Land wie China die Aufhebung der Planwirtschaft zugunsten der kapitalistischen Warenproduktion überhaupt noch möglich? Wohl kaum, weil die Planwirtschaft ihre Überlegenheit erwiesen hat bei der Lösung der Ernährungsfrage, der planvollen Entwicklung aller Gebiete, und diese geplanten Produktionsbeziehungen kaum aufgelöst werden können, ohne die gesellschaftliche Reproduktion ins

## Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas (Auszüge)

### Bericht auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas, 1956

„Durch den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution sind die Hindernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte bereits im wesentlichen beseitigt worden

... Aber der Hauptwiderspruch in unserem Lande ist gegenwärtig der Widerspruch zwischen der Forderung des Volkes nach Errichtung eines fortschrittlichen Industrielandes und der Situation, daß unser Land noch ein rückständiges Agrarland ist; es ist der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis des Volkes nach schneller Entwicklung von Wirtschaft und Kultur und der gegenwärtigen Lage, in der Wirtschaft und Kultur die Bedürfnisse des Volkes noch nicht befriedigen können.“

### Mao Zedong, Rede auf der erweiterten 3. Plenartagung des VIII. ZK der KP Chinas, 1957

„Wir führen jetzt die sozialistische Revolution durch; ihre Speerspitze ist gegen die Bourgeoisie gerichtet, zugleich zielt sie darauf ab, das System der Kleinproduktion umzuwandeln, das heißt den genossenschaftlichen Zusammenschluß zu verwirklichen; der Hauptwiderspruch ist folglich der zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Kollektivismus und Individualismus oder, zusammengefaßt, der Widerspruch zwischen den beiden Wegen, dem sozialistischen und dem kapitalistischen. Die Resolution des VIII. Parteitages erwähnt diese Frage nicht. Sie enthält eine Passage, in der davon die Rede ist, daß der Hauptwiderspruch der zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften sei. Diese Formulierung ist nicht korrekt. Wir stellten auf der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees fest, daß nach dem landesweiten Sieg der Hauptwiderspruch im Lande der zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie ist, während der äußere Hauptwiderspruch der Widerspruch

zwischen China und dem Imperialismus ist.“

### Mao Zedong, Rede auf der Arbeitskonferenz der 10. Plenartagung des VIII. ZK der KP Chinas, 1962

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemliche lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen.“

### Rundschreiben des ZK der KP Chinas, 16.5.1966

„Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, sobald die Bedingungen dafür reif sind, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der Bourgeoisie umwandeln. Wir haben bereits einige dieser Leute durchschaut, aber manche noch nicht . . .“

### Mao Zedong, Der große strategische Plan, 1967

„Gegenüber den Konterrevolutionären und den Menschen, die Fehler begangen haben, müssen wir achtgeben auf die Politik; das Angriffsfeld muß verkleinert und das Erziehungsfeld vergrößert werden; der Nachdruck muß gelegt werden auf Beweismaterial, auf Untersuchungen und Nachforschungen; es ist streng verboten, Erpressung auszuüben, Geständnisse abzunötigen und derartige Geständnisse zu billigen. Was die guten Menschen betrifft, die Fehler begangen haben, so müssen wir unter ihnen mehr Erziehungsarbeit leisten. Sobald sie politisch bewußt sind, müssen wir sie ohne Zögern freisprechen.“

### Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas, 1969

„Vorsitzender Mao stellt im Februar 1967 in einem Gespräch fest: ‚In der vergangenen Zeit haben wir Kämpfe auf dem Lande, in den Fabriken und auf kulturellem Gebiet durchgeführt und die sozialistische Erziehungsbewegung entfaltet, das Problem konnte aber nicht gelöst werden, weil wir noch keine Form und keine Methode gefunden haben, mit deren Hilfe die breiten Massen zur Aufdeckung unserer Schattenseiten öffentlich, umfassend und von unten nach oben mobilisiert werden.‘ Jetzt haben wir die Form gefunden, und es ist dies die große proletarische Kulturrevolution.“



Zhou Enlai 1973

### Bericht auf dem X. Parteitag der KP Chinas, 1973, vorgetragen von Tschou En-lai

„Wie wir alle wissen, wurde der politische Bericht an den IX. Parteitag unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet. Vor dem IX. Parteitag hatte Lin Biao in Kollaboration mit Tschen Bo-da einen politischen Bericht verfaßt. Sie stellten sich gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Auffassung, daß die Hauptaufgabe nach dem IX. Parteitag in der Entwicklung der Produktion bestünde. Das war, unter neuen Bedingungen, eine Neuauflage des absurd revisionistischen Geredes, das Liu Schao-tschi und Tschen Bo-da in den Beschuß des VIII. Parteitags eingeschmuggelt hatten. Danach wäre der Hauptwiderspruch im Inland nicht im Wi-

Chaos zu stürzen. „Nur der Sozialismus kann China retten“ – dieser Satz drückt die Erfahrungen von Abermillionen Chinesen aus, die erlebt haben, wie das imperialistische Kapital China in das „Armenhaus der Welt“ verwandelte.

Aber auch wenn eine Rückkehr zum Privatkapitalismus kaum möglich erscheint und die alten Ausbeuterklassen als Klassen ausgelöscht sind, so wirken in der sozialistischen Übergangsgesellschaft doch Widersprüche, die Aufbaukrisen hervorrufen. Arbeit und Verfügung über die Arbeit sind im Sozialismus ebenso voneinander getrennt wie Produktion und Konsumtion; die Vermittlung erfolgt über Planungsinstanzen oder über den Markt. Mao Ze-

dong hat immer wieder die Notwendigkeit der Verringerung der drei großen Unterschiede (zwischen Arbeitern und Bauern, Stadt und Land, Kopf- und Handarbeit) hingewiesen und in seiner Schrift „Über die zehn großen Beziehungen“ u.a. die widersprüchliche Beziehung zwischen Landwirtschaft und Industrie, Leicht- und Schwerindustrie, Akkumulation und Konsumtion herausgearbeitet. U.a. aufgrund von Planungsfehlern oder nicht ganz ausschaltbaren Weltmarkteinflüssen können sich die Widersprüche in diesen Beziehungen verschärfen und zu krasse Disproportionalitäten und Aufbaukrisen führen wie jetzt in Polen. Diese Aufbaukrisen sind mit politischen Erschütterungen verbunden, zu-

mal dann, wenn in der von der Produktion abgesonderten, aber über Produktion und Konsumtion verfügenden Führungsschicht das spontane Interesse an der Sicherung von Privilegien sich verbindet mit einem Kurs, das gesellschaftliche Mehrprodukt auf jede Weise zu steigern und dabei die schrittweise Überwindung außer Acht zu lassen.

Diese Aufbaukrisen können nicht durch Einsatz des Staatsapparates, durch Unterdrückung gelöst werden, denn in ihm sind gerade die Faktoren, die die Krise hervorgerufen haben, konzentriert; damit sind auch die ökonomischen Widersprüche und Disproportionalitäten nicht beseitigt. Diese Krisen können bloß bewältigt werden durch Massenbewegungen der Produzenten, der Arbeiter und Bauern, wie in der Form der Kulturrevolution, die eine Revision der langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie erzwingen. Die Lösung kann aber nur zeitweilig sein, weil in der sozialistischen Übergangsgesellschaft die zugrundeliegenden Widersprüche weiter wirken. Deshalb sprach Mao auch davon, daß jedes Jahrzehnt eine solche Kulturrevolution nötig sei.

Die Kulturrevolution hatte objektive Ursachen, ihr gingen heftige Auseinandersetzungen voraus (s. S. 17); sie war nicht einfach das Werk Mao Zedongs, wie die KPCh jetzt behauptet. Sie änderte die Verhältnisse zum Besseren dadurch, daß sie u.a. die Wirtschaft dezentralisierte und die autonome Entwicklung der Landgebiete stärkte, die sozialen Ungleichheiten einschränkte, die Bürokratie beschnitt und die Rechte der Massen – zumindest zeitweilig – stärkte.

Später machte die sog. Viererbande, verstrickt in den Kampf mit der Rechten, Fehler in der Führung des Klassenkampfes; sie verwischte die Unterschiede zwischen Volk und Feind, weite die Kampfziele aus und vernachlässigte die Produktion. Das bereitete dem Machtantritt der Kräfte den Boden, deren Wirken die Kulturrevolution überhaupt notwendig gemacht hatte.

Was sind jetzt die Aussichten für den sozialistischen Aufbau in der VR China? Als eine Hauptaufgabe bezeichnet die KPCh die Ausweitung der Demokratie, darunter die demokratische Verwaltung der Betriebe. Selbstkritisch wird eingestanden, daß u.a. die Bürokratisierung von Partei- und Staatsapparat die Kulturrevolution ausg.öst habe. Gleichzeitig schließt die KPCh aber die Berechtigung von Massenerhebungen prinzipiell aus, ist das „Recht auf Rebellion“ nicht garantiert, ist seit der Verfassungsänderung und der Verabschaffung des Strafgesetzbuches 1979 die Wandzeitungs-Kritik an Partei- und Staatsführ-

derspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, sondern im „Widerspruch zwischen dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständiger gesellschaftlichen Produktivkräften“ zu suchen. Dieser politische Bericht von Lin Biao und Tschen Bo-da wurde selbstverständlich von dem ZK abgelehnt.“

*Bericht auf dem XI. Parteitag der KP Chinas, 1977, vorgetragen von Hua Guo-feng*  
„Der These des Vorsitzenden Mao von den Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg liegt eine tiefschürfende Analyse des Klassenkampfes in der sozialistischen Gesellschaft und seiner Besonderheiten zugrunde. Der Hauptwiderspruch in der sozialistischen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen sozialistischem Weg und kapitalistischem Weg. Notwendigerweise findet dieser Widerspruch seinen Niederschlag auch in der herrschenden Kommunistischen Partei, daher das Auftauchen von Machthabern innerhalb der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen.“

*Kommuniqué der 6. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KP Chinas, 1981*

„Der VIII. Parteitag im September 1956 war ein voller Erfolg ... Den hauptsächlichen inländischen Widerspruch sah man nicht mehr im Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und Bourgeoisie, sondern im Widerspruch zwischen dem Verlangen des Volkes nach rascher wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung einerseits und der Lage, daß unsere Wirtschaft und Kultur diese Bedürfnisse nicht befriedigen könnten ...“

Auf der 10. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees im September 1962 verabschiedete Genosse Mao Zedong den Klassenkampf, der in der sozialistischen Gesellschaft nur noch in einem bestimmten Umfang existiert, übertrieb ihn und ging über seine bereits im Jahre 1957 aufgestellte These, daß der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie nach wie vor der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft sei, noch hinaus. Er behauptete sogar, die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existiere die Bourgeoisie und strebe eine Restauration des Kapitalismus an; von daher sei die Wurzel des Revisionismus innerhalb der Partei zu suchen ...“

Die Tagung des Politbüros des Zentralkomitees der Partei im Mai 1966 und die 11. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees im August desselben Jahres markierten den Beginn der totalen „Kulturrevolution“. Auf diesen beiden Tagungen wurden das „Rundschreiben vom 16. Mai“ bzw. der „Beschluß über die Große Proletarische Kulturrevolution“\* verabschiedet, zu Unrecht ein Kampf gegen die sogenannte „parteifeindliche Clique von Peng Zhen, Luo Ruiqing, Lu Dingyi und Yang Shangkun“ sowie gegen das „Hauptquartier um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping“ geführt, fälschlicherweise das zentrale Führungsorgan der Partei umgebildet, eine sogenannte „Gruppe für die Kulturrevolution beim ZK“ geschaffen und dieser Gruppe ein beträchtlicher Teil der Machtbefugnisse des Zentralkomitees übertragen ... Der IX. Parteitag hat die falsche Theorie und Praxis der „Kulturrevolution“ dann legitimiert und die Positionen Lin Biaos, Jiang Qings, Kang Shengs u.a. im Zentralkomitee gestärkt. Die ideologische, politische und organisatorische Richtlinie des IX. Parteitages war falsch ...“

Der X. Parteitag setzte das Linksabweichlertum des IX. Parteitages fort ... Bei der Entlarvung und Kritik der Viererbande und bei der Mobilisierung der gesamten Partei zum Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Landes spielte der XI. Parteitag der KP Chinas im August 1977 zweifellos eine positive Rolle. Aber aufgrund der damaligen historischen Bedingungen und beeinflußt durch die Fehler des Genossen Hua Guofeng vermochte der Parteitag keine Korrektur der falschen Theorie und Politik sowie der falschen Lösungen der „Kulturrevolution“ einzuleiten. Im Gegenteil wurden sie bestätigt. Auch für die Tendenz der Voreiligkeit und des Abenteurtriums in wirtschaftlicher Hinsicht sowie für die Fortsetzung einer Reihe „linker“ politischer Richtlinien trägt Genosse Hua Guofeng die Verantwortung.“

\* s. auch Politische Berichte 4/81  
Quellen: Dokumente des VIII., IX., X. und XI. Parteitags, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking.  
Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band V  
Dokumente zur Kulturrevolution, Joachim Schickel, Edition Voltaire

# „Erst Kollektivierung, dann Mechanisierung“: Mao gegen Liu

Im Dokument über die Parteigeschichte wird zur Agrarpolitik der 50er Jahre einschränkend als „Fehler“ festgestellt: „Die landwirtschaftliche Vergenossenschaftung ... nach dem Sommer 1955 erfolgte übertrieben schnell, die Arbeit wurde zu oberflächlich durchgeführt, die Umwandlung zu rasch und der Form nach auch zu einseitig vorgenommen.“ Die wichtige Kontroverse über Zeitpunkt und Abfolge von Vergenossenschaftung und Industrialisierung zwischen Mao Zedong und Liu Shaoqi wird aber nicht erwähnt. Nach Abschluß der antifeudalen Bodenreform (1952) war die feudale Ausbeutung durch die Grundherren abgeschafft und der Boden weitgehend an diejenigen verteilt, die ihn bebauten. Gegen-

zung). Damit hätten jedoch weder die ökonomischen noch die politischen Probleme auf dem Land gelöst werden können. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion entwickelte sich zwischen 1949 und 1958 wie folgt: 1949 = 100; 117,7; 128,8; 153,1; 158,2; 170,4; 178,8; 185,1; 231,4. Das sich abschwächende Wachstum in 1953/54 – die Produktion von Reis und Baumwolle sank sogar absolut – korrespondierte mit der Verarmung der armen Bauern auf der einen und der Konzentration von Boden und Kapital bei den Großbauern auf der anderen Seite. Hinsichtlich der Anhebung des marktfähigen Agrarsurplus, des entwicklungsstrategischen Kernproblems, zeigt sich folgendes Bild 1954 (Angaben in %):

	Genossenschaften	arme Bauern	Mittelbauern	reiche Bauern	ehemalige Grundh.
Anteil a.d. Landbevölkerung ...	4,2	29,6	62,2	2,1	2,5
Anteil an der Anbaufläche ....	4,1	23,6	66,8	3,2	2,3
Klassenspez. Getreidemarktant	30,0	22,1	25,2	43,1	28,1
Anteil am ges. Marktgetreide ..	4,2	18,2	67,2	8,2	2,0

Quelle: S. Ishikawa, in: *The Developing Countries*, Vol. V, No. 1, March 1969

über 1933 verschob sich der Anteil der Haushalte von Landarbeitern und armen Bauern an der Gesamtzahl ländlicher Haushalte von rund 70% auf rund 30% und der Mittelbauern von rd. 20% auf über 60% (Tabelle). Reiche Bauern behielten ihr Land, soweit sie es selbst oder durch Landarbeiter bearbeiten konnten. Ökonomisch bereitete die Bodenreform demnach die Grundlage für die spontane Entfaltung von Warenproduktion und kapitalistischer Akkumulation, während sie gleichzeitig die armen Bauern vom Joch des feudalen Pachtsystems befreite und den Aufstieg zum Mittelbauern ermöglichte. Grundproblem der Agrarpolitik blieb jedoch, das Lebensniveau der Bauern zu verbessern, ein rasch wachsendes Mehrprodukt (Lebensmittel und agrarische Rohstoffe) für die sozialistische Industrialisierung zu gewährleisten und das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern zu festigen.

Während Mao eine Strategie „Erst Kollektivierung, dann Mechanisierung“ propagierte, trat Liu dafür ein, auf Basis der spontanen Antriebskräfte einer Großbauernwirtschaft die Mechanisierung der Landwirtschaft zu betreiben und erst später zu kollektivieren. So erläuterte Liu das „Bodenreformgesetz“ (1950): „Die Politik, die Großbauernwirtschaft zu erhalten, ist natürlich nicht eine vorübergehende, sondern eine langfristige Politik ... Nur wenn die Bedingungen reif sind für die extensive Anwendung eines mechanisierten Landbaus, für die Organisierung von Genossenschaften und für sozialistische Reformen auf dem Land, besteht keine Notwendigkeit mehr für die Aufrechterhaltung einer Großbauernwirtschaft, und dies wird erst auf längere Sicht erreichbar sein“ (eigene Übersetzung).

rern unter Strafe gestellt. Die von Mao schon 1959 in seiner Schrift „Das machen wir anders als Moskau“ geforderte Selbstverwaltung der Massen über das Bildungswesen und die Sozialversicherungen ist nicht gewährleistet. Es ist kein Platz für selbständige Bewegungen und selbständige Organisationen der Massen, die ständig von den Strafgesetzen bedroht sind bei Kritik an dem derzeitigen Parteidoktrin, auch wenn sie sich weder gegen die Partei noch gegen den Sozialismus richten. Die Rechte der Gewerkschaften sind nicht definiert. Die Fortführung der sozialistischen Revolution darf nur „unter Anleitung schrittweise und geordnet“ vorstatten gehen, der Klassenkampf gegen nicht näher bestimmte Klassenfeinde nur von oben geführt werden.

Damit ist die gegenwärtige Parteidoktrin über die politischen Beziehungen im Sozialismus verabsolutiert und hat die Weihe eines Rechtsgutes. Es steht zu befürchten, daß damit die Initiative der Arbeiter und Bauern nicht freigesetzt, die Erstarrung des gesellschaftlichen Lebens nicht aufgehoben und die beschworene Einheit nicht erreicht werden kann.

Die Entscheidung über die wirtschaftliche Entwicklung fällt in der Landwirtschaft. Dort hat die KPCh



Erdarbeiten in Dadschai

jetzt – in noch größerem Maße als Anfang der 60er Jahre – ein Kontraktssystem eingeführt, das den Bauern Kollektivland zur Bebauung überläßt mit der Verpflichtung, ein bestimmtes Produktionsoll an den Staat abzuführen. Überschüsse können die Bauernhaushalte selbst vermarkten. Bei Nichterfüllung des Solls müssen sie für die Differenz aufkommen. Voraussichtliche Folgen dieser Maßnahmen sind:

a) eine geringere Akkumulation der Kollektive, eingeschränkte Verfügung über Arbeitskräfte und Produktions-

mittel und damit Verringerung des Investbaus, also der Maßnahmen zum Schutz gegen Naturkatastrophen, zur Verbesserung der Bodenqualität, zur ländlichen Industrialisierung;

b) zunehmende Klassenpolarisierung in den Landgebieten;

c) vorübergehend schnelleres Wachstum des Agrarprodukts aufgrund der Privatinitiative und damit höhere Abschöpfung von Überschüssen für die städtischen Zentren.

Nach wie vor heißt es: „Die Landwirtschaft ist die Grundlage.“ Aber während die von Mao ausgearbeitete Entwicklungsstrategie die selbständigen Entwicklungskräfte der Landgebiete förderte durch Dezentralisierung, Volkskommunen, ländliche Industrialisierung (Beispiel Dazhai) und darüber die Entwicklungsunterschiede von beiden Polen her zugleich abbauen wollte, zählen in der jetzigen Agrarpolitik, die alles am wirtschaftlichen Ergebnis mißt, nur die Überschüsse, die die Landgebiete liefern. Das Entwicklungsgefälle Stadt—Land könne auf absehbare Zeit kaum abgebaut werden; Entwicklungsimpulse sollen vor-



Reisanbau. Reis ist Chinas wichtigstes Grundnahrungsmittel

rangig von oben ausgehen, durch staatliche Investitionen und Kredite für wenige agrarische Zentren. Auch wenn diese Politik Teilen der Bauern entgegenkommt, hat sie ihre soziale Basis doch eher in den städtischen Zentren, unter der Intelligenz und den Facharbeitern, die weit besser organisiert sind

als die Bauernschaft und deswegen in dem Kampf um den Entwicklungsweg auch den Ausschlag gegeben haben dürfen. Bezeichnenderweise wird in der ZK-Resolution die Tatsache, daß die Bauermassen die entscheidende Kraft der chinesischen Revolution darstellten, kaum gewürdigt.

## Lage in der Volksrepublik China vor der Kulturrevolution

**Industrie:** Im Großen Sprung 1958—59 waren im ganzen Land kleine Industriebetriebe entstanden, die mit einfachen Produktionsmethoden Güter für die Versorgung der Landgebiete lieferten. Die Regierung verordnete in den folgenden Jahren die Schließung der meisten von ihnen wegen niedriger Rentabilität und schlechter Produktqualität; das warf die Entwicklung der Landgebiete zurück. 50% der lokalen Landmaschinenfabriken wurden dichtgemacht, fast alle kleinen Bergwerke und Eisensmelzen geschlossen. In der Provinz Guangdong blieben nur 280 von ursprünglich 3000 kleinen Kohlegruben übrig.

### Produktionsanteil der Kleinbetriebe in %

	1958	1960	1962	1964
Zement . . . .	13	25	26	20
Kohle . . . .	22	24	14	15
Eisen . . . .	30	50	9	8
Kunstdünger —	—	8	11	30

Weiterproduzierende Betriebe mußten sich neugebildeten Trusts anschließen, sonst wurden Rohstofflieferungen und Aufträge gestoppt. Die Regierung konzentrierte die Investitionen auf die Zentren in Ost- und Nordostchina. Die Erschließung des Ölfeldes Daqing, das China von Ölimporten unabhängig machen sollte, wurde von Teilen der Partei- und Staatsführung angegriffen, weil

sie ohne ausländische Technologie unmöglich sei.

Die staatliche Lohnpolitik förderte die Lohndifferenzierung (bis zu 30% Prämien auf den Grundlohn). Mit einem Heer von industriellen Kontrakt- und Saisonarbeitern, die niedrigere Löhne als die Stammbelegschaften und keine soziale Sicherung hatten, sollten die Lohnkosten der Betriebe gesenkt werden. Die Wirtschaftsverwaltung wurde zentralisiert, der Einfluß der lokalen Organe und der Gewerkschaften abgebaut.

**Landwirtschaft:** Um die nach dem Großen Sprung eingetretene Agrarkrise zu beheben, löste die KPCh faktisch die Volkskommunen wieder auf; die Bauernhaushalte waren für festgelegte Produktionsquoten verantwortlich, Überschüsse konnten sie vermarkten. Die folgende Erholung der Landwirtschaft wäre wahrscheinlich auch ohne diese Maßnahmen eingetreten. Gleichzeitig nahm die soziale Differenzierung auf dem Lande zu, es bildete sich eine Großbauernschicht heraus. Einzelne Bauern erzielten aus der Privatwirtschaft mehr als 1000 Yuan jährlich (durchschn. Haushaltsgeldeinkommen etwa bei 100 Yuan). Die Macht der Großbauern und der ehemaligen Grundherrn wurde so stark, die Kollektivwirtschaft so weit unterhölt, daß sich 1964 erneut „Vereinigungen der armen Bauern und kleinen Mittel-

bauern“ bildeten und dagegen kämpften.

Der Staat übertrug die Maschinen und Traktoren der Kommunen, 88% ihres beweglichen Vermögens, an staatliche Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) und schloß zwischen 600 und 700 ländliche Agrarforschungsinstitute. Staatliche Investitionen flossen nur in 100 ausgewählte Kreise, die günstige Anbaubedingungen hatten.

**Bildungswesen:** Die im Großen Sprung entwickelte Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit wurde wieder aufgehoben. Die Regierung richtete bevorzugt geförderte Eliteschulen ein. Durch rigide Auslese blieb der Hochschulbesuch weitgehend Privileg der Kinder von Kadern, Intellektuellen – und früheren Kapitalisten. Die Betriebsschließungen nach dem Großen Sprung und der Vorrang auf kapitalintensive Investitionen verstärkten die Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem die Kinder von Arbeitern traf. Die Kulturrevolution zerbrach dieses soziale Auslesesystem: Während nach westlichen Untersuchungen bis 1966 statistisch ein enger Zusammenhang zwischen Ausbildung und Einkommen des Vaters und Ausbildung und späterem Einkommen des Kindes nachzuweisen war, war in den Jahren nach 1966 eine kaum noch signifikante Beziehung festzustellen.

Literaturhinweis: U. Menzel, Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, Köln/Opladen 1978

## Tarifabschluß im Buchbinderhandwerk

Nach einem Schlichtungsverfahren wurde für das Buchbinderhandwerk Ende Juni rückwirkend zum 1. April mit 4,7% abgeschlossen. Die Facharbeiterlöhne LG 1 und Ia sowie die Gehälter in K2 und K3/TI werden wegen Ankopplung an die Papierverarbeitung in der Industrie um 4,9% erhöht, was zu einer größeren tariflichen Lohnspreizung führt. Die Buchbinderhandwerksinnung stellte fest, daß die Streichung der Lohngruppe V und die Tarifierung der Ausbildungsvergütungen verhindert werden konnten. Sie hat für sich entschieden, daß die Ausbildungsvergütungen nicht angehoben werden.

## ÖTV-Jugend gegen Aufrüstungspolitik

Die Kreisjugenddelegiertenkonferenz der ÖTV Frankfurt hat eine Resolution „gegen die staatliche Aufrüstungspolitik, auch genannt „Sparprogramm“, verabschiedet. Diese Politik werde von den Lohnabhängigen bezahlt mit: Steuererhöhungen (Mineral-, Branntwein-, Tabak, Sekt- und eventuell Mehrwertsteuer), Abbau von Sozialleistun-

gen (Verlängerung der Sperrzeiten beim ALG, Kürzung von Kindergeld und BAföG, Besteuerung der Renten, Senkung des Arbeitslosengeldes, Einschränkung der Arbeitsförderungsmaßnahmen), Erhöhung der Sozialabgaben, Reallohnverlusten (Tarifabschlüsse unter den Preissteuern), Arbeitsintensivierung, „und auf Geheiβ der Politiker, wenn diese den Verteidigungsfall beschließen, auch noch mit ihrem Leben.“ Die Gewerkschaftsführung wird aufgefordert, „gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung vorzugehen.“



Die kanadischen Postarbeiter führen ihren Streik fort. Unerledigte Post staut sich wie hier in London säckeweise in verschiedenen Ländern. Die US-Regierung fürchtet einen ähnlich druckvollen Streik, der von den beiden größten Organisationen der Postarbeiter in den USA begonnen worden ist. Sie droht mit der Anwendung eines Gesetzes gegen Streiks von Staatsangestellten. Die Postarbeiter berufen sich dagegen auf ein anderes Gesetz, durch das die Post zu Verhandlungen verpflichtet ist, und wenden sich dagegen, daß die Gesetze selektiv angewendet werden.

## GB: Neues Angebot für Öff. Dienst

Nach fünf Monaten Schwerpunktstreiks führen die britischen Gewerkschaften der Regierungsangestellten und -beamten, die „Civil Service Unions“, in dieser Woche eine Urabstimmung über ein neues Angebot der Regierung durch. Die Regierung hat statt bisher 7% jetzt 7,5% angeboten (die Gewerkschaften hatten 15% gefordert) sowie für das nächste Jahr Verhandlungen ohne Haushaltsbegrenzungen für die Einkommen im Öffentlichen Dienst, Einrichtung einer unabhängigen Lohnuntersuchungskommission sowie einer Schlichtungsstelle. Zwar hatte bei Redaktionsschluß die Steuergewerkschaft als erste Gewerkschaft mit 19300 zu 17500 Stimmen das Angebot abgelehnt, aber in den größeren Gewerkschaften bahnt sich eine Mehrheit für das Angebot an. Die Vorsitzenden der beteiligten Gewerkschaften treten am Donnerstag zusammen, um über Abbruch oder Weiterführung der Aktionen zu entscheiden.

## Vorstöße gegen das Ladenschlußgesetz

Nach dem Ladenschlußgesetz müssen Friseure am Montagvormittag geschlossen haben, ob sie nun am Samstagnachmittag geöffnet haben oder nicht. Die von der bayerischen Staatsregierung eingesetzte Kommission für den Abbau von Staatsaufgaben und Verwaltungsvereinfachung (KAV) schlägt vor, Friseurbetrieben künftig die Wahl zu lassen, ob sie am Samstagnachmittag oder Montagvormittag geschlossen halten. Die Regierung sucht offensichtlich nach Punkten, von denen aus das

ganze Gesetz zu Fall gebracht werden kann. – Der Aschaffenburger Stadtrat hat beschlossen, daß am Bußtag (18. November) die Läden von 11 bis 16 Uhr geöffnet sein dürfen. Nach der neuen Feiertagsregelung ist der Bußtag in ganz Bayern Feiertag.

## Tarifabschlüsse in Westberlin

In der Betonsteinindustrie werden bei den Angestellten die Gehälter und Ausbildungsvergütungen ab 1. Mai um 4% angehoben. Das anteilige 13. Monatseinkommen steigt 1981 von 55% auf 48% des jeweiligen Tarifgehalts oder der Ausbildungsvergütung und 1982 auf 60%. Die Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer und Auszubildenden erhöhen sich um 5,3%. Das anteilige 13. Monatseinkommen steigt 1981 von 60 auf 78 Gesamt tarifstundenlöhne und 1982 auf 102. Für die Auszubildenden gilt die Regelung des Angestelltenbereichs. Mörtelindustrie: Die Lohnerhöhung für 1981 beträgt 5,6%. Gerüstbaugewerbe: Am 1. Juni gilt eine lineare Lohnerhöhung von 5%. Das anteilige 13. Monatseinkommen erhöht sich 1981 von 75 auf 95 Gesamt tarifstundenlöhne. Steinmetzhandwerk: Alle Lohngruppen werden ab 1. Mai um 5,3% erhöht. Für vom Arbeitgeber angeordnete Fahrten während der Arbeitszeit mit dem eigenen PKW müssen an den Arbeitnehmer 0,36 DM je km gezahlt werden. Maler- und Lackiererhandwerk: Am 25. Mai wurde in Verhandlungen mit der Innung versucht, für die Beschäftigten eine W gekostenvereinbarung zu treffen. Die Forderung der Fachgruppentarifkommission betrug 5,40 DM arbeitstäglich.

Bundeswehr

## Zwecks „Vorneverteidigung“: Truppenübungsplatz Mainschleife

**Würzburg / Nordheim.** Nach jahrelangem Kampf der Nordheimer Winzer und der umliegenden Bevölkerung gegen das Projekt der Bundeswehr hat jetzt das Verwaltungsgericht Würzburg entschieden, daß ab sofort mit dem Bau des Wasserübungplatzes für Pioniere an der Mainschleife Nordheim/Volkach begonnen werden kann. Im Eilverfahren hat die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland beschlußmäßig „im Interesse der Landesverteidigung“ die „vorzeitige Besitzeinweisung“ der 20 Hektar Nordheimer Geländes direkt am Main angeordnet, bevor das Urteil über eine zwangsläufige Enteignung des gemeindeeigenen Geländes abgewartet wird.

Die Bundeswehr hat es eilig. Seit 15 Jahren ist der Truppenübungsplatz geplant. Er ist vorgesehen als Bestandteil von einem ganzen Netz militärischer Einrichtungen, die sich um Nordheim/Volkach konzentrieren und die alle der 12. Panzerdivision mit Befehlszentrale in Würzburg-Veilshöchheim zugeordnet sind. In dem von Nordheim wenige Kilometer entfernten Volkach ist der Bau einer Kasernenanlage, für die 1978 100 ha Wald gerodet wurden, in vollem Gang und soll 1984 für die Garnison bezugsfertig sein. Das energische Vorantreiben des Kasernenbaus zeigt, daß die Bundeswehr nie daran dachte, auf einen anderen Standort als Nordheim für den Übungsplatz einzugehen. Hierauf bezieht sich auch der jüngste Spruch des Verwaltungsgerichts Würzburg: „Der Bau des Pionierübungsplatzes kann nur im Zusammenhang mit der Errichtung der Kaserne und der beabsichtigten Stationierung des Pionierbataillons der 12. Panzerdivision im benachbarten Volkach gesehen werden.“ („Südd. Ztg.“, 14.7.81) Im Rahmen der „Vorneverteidigung“ soll neben dem vorhandenen Pionierbataillon in Speyer am Rhein somit ein neues Bataillon in Nordheim/Volkach am Main aufgestellt werden. Die Grenznähe zur DDR beträgt dann nur noch 100 km.

Die Bundeswehr, die bürgerlichen Parteien und die Gerichte haben alles versucht, durch Spaltungsmäöver und Besänftigungstaktiken die Bewegung gegen den Pionierübungsplatz zu zersetzen und somit deren Niederlage herbeizuführen. Sowohl die Bundestagsabgeordneten von CSU und SPD, Glos und Müller, wiederholten sich in

den vergangenen Jahren mit der Äußerung, man müsse versuchen, den Pionierübungsplatz nicht in Nordheim zu bauen, sondern dagegen Alternativstandorte vorschlagen. Erwartungsgemäß Antwort bei Anfragen beim Verteidigungsministerium: Alle Möglichkeiten seien geprüft, Nordheim sei der einzige mögliche Standort. Noch Ende Mai 1981 hatte CSU-MdB Glos als angeblicher Interessenvertreter der Nordheimer verlauten lassen, daß der Haushaltplan des Verteidigungsministeriums keine Mittel für den Ausbau des Truppenübungsplatzes in Nordheim



Platzbesetzung von 300 Bauern und Winzern im Oktober 1977.

enthalt und 1981 auch nicht bereitstelle. Damit sollte bei der Bewegung gegen den Übungsplatz der Eindruck erweckt werden, man hätte noch Zeit.

Durch massiven Druck gegen den geplanten Übungsplatz in Form von Widerspruchsverfahren, Platzbesetzungen, Kundgebungen und Unterschriftensammlung konnte der Bau bisher verhindert werden. Der Versuch, im Herbst 1977 während der Weinlese in einer Nacht- und Nebelaktion mit Aufschüttungsarbeiten am Main zu beginnen, wurde mit der Platzbesetzung durch Nordheimer Winzer und der Gründung der Bürgerinitiative „Rettet die Mainschleife“ beantwortet. Der Bund Naturschutz, die Sportanglervereinigung Mainschleife, die Grünen u.a. schlossen sich dem Protest und den öffentlichen Kundgebungen an. Der Bau wurde daraufhin (mit z.T. demolierten Baumaschinen) eingestellt.

15 000 Unterschriften wurden Verteidigungsminister Apel vorgelegt. Seine Antwort darauf lautete: „In wenigen Ausnahmefällen läßt es sich ... nicht umgehen, daß die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes und der allgemeinen Raumordnung in dem unerlässlichen Umfang hinter den Interessen der Landesverteidigung zurückstehen müssen ... Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik wird nicht zuletzt durch die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gewährleistet.“ Gemäß diesem „Vorrang der Landesverteidigung“ gestattete dann ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs im Dezember 1980 den Baubeginn direkt am Ufer. Jetzt gingen die Winzer her und zäunten das gemeindeeigene Gelände ein, um eventuell Baumaschinen den Weg zu sperren. Eine Podiumsdiskussion in Nordheim am 14.2.1981 mit den Bundestagsabgeordneten sollte diesen ein Zugeständnis abringen. Es zeigte sich aber, daß es notwendig ist, sich im Kampf gegen den Pionierübungsplatz Nordheim gegen das gesamte Militärprogramm Nordheim/Volkach zu wenden.

Die Nordheimer werden auch jetzt nicht aufgeben. Auf einer Bürgerversammlung haben von 135 Anwesenden 90 Prozent in geheimer Abstimmung gegen das Votum des Bürgermeisters für eine Berufung gegen das Urteil gestimmt.

## BBC NG Entlassungen im Werk Heidelberg

**Heidelberg.** Ca. 30 Beschäftigte sind im Juli im Werk Heidelberg des BBC Konzerns entlassen worden, nachdem in den Monaten Januar bis März in den BBC-Werken des Geschäftsbereichs Niederspannungsgeräte (NG) kurzgearbeitet worden war. Ein Großteil der Entlassungen, ca. 15, kommt aus der Spätschicht der Montagehalle 1, der „Hausfrauenschicht“.

Auf der Betriebsversammlung im März hatte Betriebsleiter Stehle die Kurzarbeit mit dem Rückgang der Bautätigkeit im Hochbau, vor allem im sozialen Wohnungsbau, begründet. 1980 noch hatte BBC im Bereich Serienmaterial, zu dem die Niederspannungsgeräteproduktion gehört, den Auslandsumsatz um 18% und den Inlandsumsatz um 7% gesteigert. Diese Steigerung lag wesentlich über der Umsatzsteigerung des BBC-Konzerns Mannheim, die bei 1% auf 4,018 Mrd. DM 1980 lag.

Verbunden mit den Entlassungen sind Angriffe auf die Beschäftigten,

die in den letzten Jahren sich öfters krank melden mußten, insbesondere auf die ausländischen Arbeiterinnen. Dort liege die Krankheitsquote bei 20%, argumentierte die Geschäftsleitung. Die Liste der Entlassungsanträge, die nach Geschäftsleitungsplänen bei 60 Beschäftigten lag, wurde entsprechend zusammengestellt. Der Betriebsrat widersprach 30 Entlassungen, die erstmal zurückgenommen wurden.

Ein wesentlicher Zweck der Entlassungen ist weiter, Druck auf Betriebsrat und Belegschaft auszuüben, um die Umstrukturierung des Geschäftsbereichs fortzuführen zu können. Nachdem die Haushaltsgeräteproduktion im Werk Walldorf bis 1981 vollständig eingestellt wurde, sollen dorthin weitere Produktionen aus dem Werk HD verlagert werden. Industrieschützproduktion (1979 und 1980), Fertigwarenlager (1980/1981), Auftragsbüro (1981) u.a. sind bereits dorthin verlagert.

Im Heidelberger Werk verbleibt die Vorfertigung (Metalleitefertigung, Galvanisierungsanlage, Kunststoffteilepresserei, erweitert durch Aufkauf der Maschinerie der Zulieferfirma Zwicker, Minden). Die Montage in der Halle 1 in Heidelberg wird gegenwärtig, ähnlich der des Werks Rheinhauen, auf Bandmontage umgerüstet.

Wesentliche Teile der Montage wurden seit 1974/75 ins Ausland verlagert. Beteiligungsgesellschaften unterhält BBC in Singapore (1974 gegründet, 1980 Umsatz 42,5 Mio. DM), 660 Beschäftigte, Getafe-Madrid, 192 Beschäftigte, Porto, Thessaloniki (Griechenland) und Wadeville (Südafrika). 1981 wird in Singapore eine eigene Montagehalle in Betrieb genommen.

## **MAN München**

### **Arbeitsintensität höher, Reallohn gesunken**

München. Vergleicht man Arbeitsintensität, ausgedrückt in der täglich produzierten Anzahl von Lkws, und den Lohn für die rund 1400 Arbeiter im Montagebereich des MAN-Werks München mit den Größen vor einem Jahr, so ergibt sich folgendes:

	Juni '80	Juni '81	Ändg.
Lkw/Tag	70	80	14,3%
Akkordsatz	135,8%	136,4%	0,4%
Bruttostdl. (im Ø LG 7)	12,90	13,58	5,2%
DM Netto (StKl. I)	1549	1610	3,9%

Die Erhöhung der Stückzahl ist ohne wesentliche technische Änderungen bei der Mehrzahl der Bandabschnitte durchgesetzt worden; auch die Typenänderungen sind nicht die Ursache der zusätzlich produzierten Lkws. In einigen Bandabschnitten ist sogar die Zahl der Arbeiter infolge des Einstellungsstopps verringert worden.

Das Zurückbleiben der Netto- gegenüber der Bruttoerhöhung geht neben der Steuerprogression auf erhöhte Beitragssätze für Rentenversicherung und Betriebskrankenkasse zurück. Die Preissteigerungsrate Juni 1981 gegenüber Juni 1980 beträgt nach Angaben des Statistischen Landesamts 5,9% für Bayern. Um vom Nettolohn her diese Preissteigerung aufzufangen, hätte die Bruttoerhöhung des Effektivlohns 7,5% betragen müssen. Noch nicht berücksichtigt wäre damit die gestiegene Arbeitsintensität.

Der Betriebsrat versucht zur Zeit, eine höhere tarifliche Absicherung der Effektivlöhne durchzusetzen. Seit Anfang des Jahres ist die geänderte Betriebsvereinbarung über die Eingruppierung von Akkordarbeitern in Kraft. Während Höhergruppierungen nur selten erfolgten, hat das neue Lohngruppenverzeichnis für eine Reihe von Akkordarbeitern, die bislang z.B. in Lohngruppe 6 eingestuft waren, aber nach Lohngruppe 7 bezahlt wurden, eine tarifliche Absicherung gebracht. Für die Frauen an den Waschmaschinen und in der Lackiererei hat diese Vereinbarung eine tarifliche Absicherung von Lohngruppe 5 erreicht. Damit sind Abgruppierungen für Arbeiter mit hohen Fehlzeiten erschwert.

Für Zeitlöhner wird derzeit ebenfalls ein neues Lohngruppenverzeichnis erstellt. Der Betriebsrat rechnet zwar damit, daß bei Höhergruppierungen eine Aufrechnung gegen außertarifliche Zulagen erfolgt, die höhere Absicherung der Effektivlöhne aber auf jeden Fall die Sache wert ist.



1978 und 1979 wurden die Montagebereiche technisch umgewälzt. Jetzt folgen die Teilefertigungen. Schweißroboter im Fahrerhausbau.

## **Härdle-Urteil**

### **Podiumsdiskussion in Heidelberg**

Heidelberg. Am 14.7. fand in Heidelberg eine Podiumsdiskussion über die Urteile gegen Rechtsanwalt Härdle statt. Veranstalter war die Redaktion der Zeitschrift „Strafverteidiger“. Auf dem Podium waren angekündigt: Dr. Martin Hirsch (Bundesverfassungsrichter), ein Professor für Strafrecht, Weiskirchen (MdB/SPD), RA Schily (Berlin), RA Borowski (Frankfurt) und ein Diskussionsleiter des Veranstalters. Der Verfassungsrichter und Strafrechtsprofessor mußten kurzfristig wegen Krankheit die Teilnahme absagen. Zu der Veranstaltung kamen über 1500 Besucher, leider faßte der überfüllte Saal nur etwa 600 Personen. Es wurde von verschiedenen Rednern dargestellt, in welcher Weise Verteidigungsrechte zunehmend eingeschränkt werden, wobei die einschlägigen Entscheidungen gegen RA Härdle bereits von der Justiz in anderen Verfahren verwendet werden.

Viele Redner betonten, daß man trotz rechtskräftigem BVerfG-Urteil weiter für die Aufhebung dieses Urteils eintreten müsse. RA Härdle hat gegen das Urteil Beschwerde bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg eingelegt. Falls diese Kommission die Beschwerde annimmt, kann der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Urteil des BVerfG verbindlich aufheben. Gleichzeitig ist beim Landtag von Baden-Württemberg eine Petition eingereicht, in der beantragt wird, daß die Vollstreckung des Urteils gegen RA Härdle ausgesetzt wird, solange die Beschwerde in Straßburg anhängig ist. Der SPD-Bundestagsabgeordnete bedauerte, als Jurist nicht so Bescheid zu wissen, unterstützte jedoch die Petition.

Am selben Tag veröffentlichte eine Heidelberger Tageszeitung einen Leserbrief des CDU-Juraprofessors Döhring. Er schrieb u.a.: „Wenn nun mit gezielter Propaganda der politischen Freunde des Verurteilten in einem Aufruf, den auch Buchhändler der Firma Ziehank und Betriebsratsmitglieder unterzeichnet haben, die ‘Aufhebung’ der Urteile gefordert wird, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß zu einer Illegalität, einer Mißachtung der Entscheidung des höchsten Gerichts aufgefordert wird.“ Mit dieser Propaganda wird versucht – übrigens ohne jede rechtliche Basis –, jeden, der eine BVerfG-Entscheidung kritisiert, als Rechtsverletzer hinzustellen. Solche Kritik bedeute nämlich „das Ende der Rechtssicherheit“.

**CDU-Innenminister**

## Kurs für Innenministerkonferenz abgesteckt

Hannover. Am 15. Juli trafen sich die Innenminister der CDU/CSU-regierten Länder in Hannover. Ein gemeinsamer Kurs für die nächste Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder, die im Oktober stattfinden wird, wurde beraten. Drei Themenkreise sind bekannt geworden: 1. Verschärfung des Ausländergesetzes, 2. Ausstattung der Polizei aller Bundesländer mit dem Kampfgas CS, 3. Verfassungsklage gegen das Bremer Verfassungsschutzgesetz.

Die Verschärfung des Ausländergesetzes bildete den Schwerpunkt der Be-

Möcklinghoff auf dem CDU-Innenminister-Treffen, „es gehe nicht an, daß Mitglieder extremistischer Ausländerorganisationen selbst dann erst nach einer Verurteilung abgeschoben werden könnten, wenn sie gewalttätig geworden seien“. (Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 16.7.81)

Bereits das geltende Ausländergesetz verlangt keine *rechtskräftige* Verurteilung als Rechtsgrundlage für die Ausweisung. In §10 des Ausländergesetzes heißt es: „(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn ... 2. er wegen einer Straftat oder wegen einer Tat ver-



Egbert Möcklinghoff, Innenminister des Landes Niedersachsen: „Die Lage werde noch dadurch verschärft, daß extremistische ausländische Organisationen ihre frühere strengere Zurückhaltung gegenüber der Bundesrepublik als ihrem Gastland aufgeben und sich vermehrt an den Angriffen gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung unseres Landes beteiligen...“

Pressemitteilung des Ministers des Innern, Nr. 90/81, 1. Juli 1981

ratung. Zur Einstimmung auf dieses Thema hatte der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff am 1. Juli den neuen niedersächsischen Verfassungsschutzbericht der Presse vorgestellt. Darin kommen seine Observatoren zu der Erkenntnis: „Anlaß zur Besorgnis geben die erkennbaren Bemühungen verschiedener politischer Ausländergruppen, im Zusammenhang mit der Kritik an den Zuständen in ihren Heimatländern nunmehr auch die Bundesrepublik Deutschland politisch anzugehen und als revolutionsreifes Land darzustellen ... Dieses wurde bei der Demonstration anlässlich des NATO-Manövers in Hildesheim am 20.9.1980 besonders deutlich.“

Wie könnte man Innenminister christlich-demokratischer oder christlich-sozialer Couleur sein, ohne aufgrund dieser Observationsergebnisse eine Verschärfung des Ausländergesetzes zu fordern? Entsprechend erklärte

urteilt worden ist, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Straftat wäre ...“ In einem Urteil vom 24.4.1969 (DÖV 1970, S. 354) bestätigt das Bundesverwaltungsgericht, daß die Ausweisung nach dem Urteilsspruch auch dann erfolgen kann, wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Nach Vorstellung der CDU/CSU-Innenminister soll eine gerichtliche Verurteilung, ob rechtskräftig oder nicht, überhaupt nicht mehr Voraussetzung für die Ausweisung und Abschiebung von Ausländern sein, „wenn sie Gewalt ausgeübt haben, einer verbotenen extremistischen Vereinigung angehören oder gegen das Versammlungs- und Vereinsgesetz und deren Auflagen verstößen haben“. (Hannoversche Presse v. 17.7.81.) Offensichtlich soll die polizeiliche Feststellung eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ... genügen, um das Ausweisungsverfahren einzuleiten.

Bezüglich der Einführung des Kampfgases CS haben sich die CDU/CSU-Innenminister auf die Formel geeinigt, daß das Kampfgas CS dann eingeführt werden soll, „wenn es tatsächlich wirksamer, aber toxikologisch unbedenklicher sein sollte als das bisher verwendete Tränengas CN, wie das durch Gutachten nachgewiesen zu sein scheint“ (FAZ v. 17.7.81). Zumindest die Wirksamkeit hat Möcklinghoff an jungen „freiwilligen“ Polizeibeamten im Hinterhof der hannoverschen Polizeischule demonstrieren lassen.

Die erwogene Verfassungsklage gegen das Bremer Verfassungsschutzgesetz richtet sich nach Auskunft des Pressesprechers des Niedersächsischen Innenministeriums, Kloss, dagegen, daß das im Frühjahr dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz den Verfassungsschutz hindere, „Erkenntnisse“ über Jugendliche zu speichern. Darüberhinaus sollen „Erkenntnisse“ über Heranwachsende und Erwachsene nur dann an andere Sicherheitsorgane weitergeleitet werden, wenn es sich um Kapitalverbrechen handelt. Nach der Sommerpause wollen die Innenminister der CDU und CSU über die Einleitung eines Normenkontrollverfahrens beim Bundesverfassungsgericht entscheiden.

## Niedersachsen Disziplinarrecht soll verschärft werden

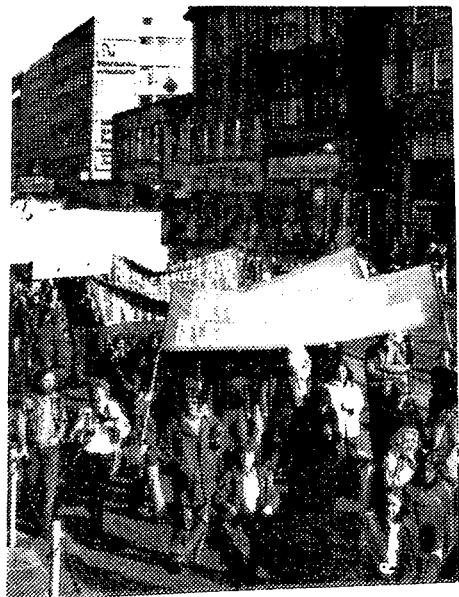
Hannover. Am 16.6.81 hat Ministerpräsident Albrecht den „Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Disziplinarrechts“ dem Landtag zukommen lassen. Vom CDU-Landeskabinett war der Gesetzentwurf bereits Ende April beschlossen worden und wurde seitdem als Verschlußsache behandelt. Mit dem Gesetzentwurf beabsichtigt die CDU-Landesregierung den „schnelleren Ablauf von Disziplinarverfahren gegen Beamte abzuwickeln“, um „den Beamten zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten bzw. den öffentlichen Dienst von untragbaren Beamten freizuhalten“. Zu diesem Zweck sollen die derzeitigen Rechtsschutzgarantien bei Disziplinarverfahren eingeschränkt werden.

So sieht der Gesetzentwurf vor, daß Gehalts- und Ruhegehaltskürzungen, die bisher nur durch Disziplinargerichte verhängt werden konnten, durch die vorgesetzte Dienstbehörde ausgesprochen werden. Die Doppelbestrafung der Beamten, sowohl nach dem Disziplinar- und Strafrecht, soll vereinfacht werden. Bei vorliegenden rechtskräfti-

gen Urteilen sollen Disziplinarstrafen ohne die bisher notwendigen Untersuchungsverfahren verhängt werden können. Neu aufgenommen werden soll im Niedersächsischen Disziplinarrecht die gesetzliche Grundlage, wonach die Anrechnung von Einkünften, die Beamte während einer vorläufigen Dienstenthebung mit teilweiser Einbehaltung von Dienstbezügen hatten, erfolgt.

Eine „Vereinfachung“ der nicht förmlichen Verfahren (Verweise, Geldstrafen, Gehalts- und Ruhegehaltskürzungen) soll in der Absicht der Landesregierung dazu führen, daß Untersuchungsführer und Disziplinargerichte die förmlichen Verfahren (Entfernung aus dem Dienst) rascher abschließen. Derzeit beanspruchen die förmlichen Verfahren im Durchschnitt 3½ Jahre. Um rascher „untragbare Beamte aus dem Dienst zu entfernen“, sieht der Gesetzentwurf vor, daß den „bisher nachzuhenden unwesentlichen Nebenvorwürfen nicht mehr nachgegangen werden muß, wenn der Hauptvorwurf die Entfernung aus dem Dienst rechtfertigt“.

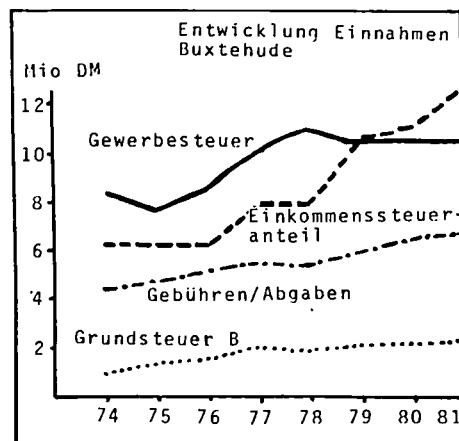
Der DGB hat bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs gefordert: Gehalts- und Ruhegehaltskürzungen sollten weiterhin nur durch Disziplinargerichte verhängt werden; Geldbuße und Gehaltskürzung sollten neben einer Strafe nicht mehr zulässig sein; die Gründe für eine vorläufige Dienstenthebung sollten eingeschränkt werden, die Verjährungsfristen von zehn auf fünf Jahre verkürzt werden; bei Geldbuße, Gehaltskürzung und teilweiser Einbehaltung der Bezüge sollten neben Orts- und Verheiratetenzuschlag nicht berücksichtigt werden, und die Anrechnung von Einkünften bei vorläufiger Dienstenthebung sollten von einem nachgewiesenen Dienstvergehen abhängig gemacht werden. Alle Einwände wurden von der CDU-Landesregierung nicht berücksichtigt.



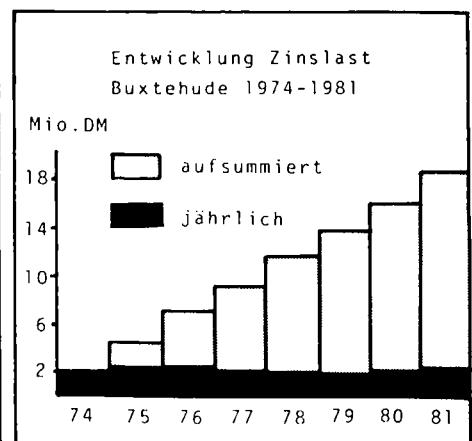
## Stadthaushalt Buxtehude

# Steigende Verschuldung, wachsende Gebühren, sinkende Gewerbesteuern

**Buxtehude.** In Buxtehude geht die CDU mit der FDP. Die CDU hält 17 und die FDP vier Ratssitze, die SPD verfügt über 18. Der einem aufgedrängte Eindruck, die CDU sei gegen Staatsverschuldung, verschwindet schnell bei der Betrachtung der Kommunalfinanzen der Stadt Buxtehude. Bei einem Haushaltsvolumen von 53,9



werden die Kommunen ausdrücklich im niedersächsischen Kommunalabgabengesetz festgelegt: §5 (1) „Die Gemeinden und Landkreise erheben als Gegenleistung für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen Benutzungsgebühren, soweit nicht ein privatrechtliches Entgelt gefordert wird. Das Gebührenaufkommen soll die Kosten



Mio. DM im Jahre 1981 wird die Gesamtverschuldung Ende des Jahres bei 40 Mio. DM liegen; allein die Neuverschuldung beträgt nach Aussagen in der Presse über 5 Mio. DM. Dies wird die Zinsen und Tilgungsrate in den nächsten Jahren weiter treiben. Schon jetzt, d.h. im Jahre 1981, beträgt die Tilgung mit 2,39 Mio. DM und die Zinslast mit 2,5 Mio. DM zusammen 9% vom Haushalt. In dem Schaubild sind die jährlichen Zinsen eingetragen sowie eine Aufsummierung von 1974 bis 1981. In diesen Jahren kassiert das Finanzkapital über 18 Mio. DM an Zinsen.

„Die Stadt Buxtehude soll künftig weniger Schulden machen und mehr Geld von ihren Bürgern einnehmen,“ heißt es in einem Presseartikel vom 15.7. Zu diesem denkwürdigen Ergebnis kommt das Kommunalprüfungsamt bei der Bezirksregierung Lüneburg. Empfohlen wird die Anhebung der Gebühren für Straßenreinigung, die Anhebung der Eintrittspreise für Hallen- und Freibad, wo erst diesen Sommer die Preise erhöht wurden und der erwachsene Mensch 3 DM Eintritt bezahlen muß. Auch das Sterben sei zu billig und müßte teurer gemacht werden. Die Gebühren der Kindergärten trügen nur 50% der Kosten, und das ginge nicht. Motto insgesamt: Das „Prinzip der Kostendeckung“ müsse wieder zum Tragen kommen. Darauf

der jeweiligen Einrichtung decken, jedoch nicht übersteigen. Die Gemeinden und Landkreise können niedrigere Gebühren erheben oder von Gebühren absehen, soweit daran ein öffentliches Interesse besteht.“

Die Gebühren stiegen laufend, das kann man dem Schaubild über die Einnahmen entnehmen. 1981 beträgt die Summe 6,7 Mio. DM, das sind 216 DM pro Einwohner. 1974 waren es „noch“ 148 DM pro Einwohner und Jahr. Die Gebühren und Abgaben sind praktisch die einzigen Einnahmen, die die Gemeinden vollständig selbst bestimmen können. Der Einkommensteueranteil, die Schlüsselzuweisungen vom Land sowie die gebundenen Zuweisungen sind nicht beeinflußbar. Sie machen 1981 allein 34,4% des Haushaltsvolumens aus. Die Gewerbesteuern sowie die Grundsteuern sind über die Hebesätze zwar von den Gemeinden zu beeinflussen, aber die Gesetze werden vom Bund gemacht. Durch diese Abhängigkeit werden die Kommunen in der Gebührenplünderung getrieben.

Die CDU und die FDP haben dies munter betrieben und die Kapitalisten geschont. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer ist mit 310% im Vergleich zu etwa gleichgroßen Gemeinden extrem niedrig (siehe Spalte S. 23). Da die Zahlen von 1977 sind, konnten nur Gemeinden verglichen werden, die die Gewerbesteuer nur nach Kapital und

Ertrag erhoben haben, und nicht, wie von vielen Gemeinden praktiziert, auch noch nach der Lohnsumme. Die Lohnsummensteuer wurde 1980 abgeschafft. Daß Buxtehude nicht die Lohnsummensteuer erhoben hatte, war auch direkt auf die Förderung der örtlichen Kapitalisten gerichtet, da etliche Betriebe, so auch der größte Metallbetrieb NRI, sehr lohnintensiv sind. Durch die Schonung der Kapitalisten sinkt die Gewerbesteuer 1979 ab und stagniert seitdem. Der Prozentanteil im Haushalt sinkt rapide. Betrug er 1974 noch 25,2% und 1978 24,3%, so steht er 1981 bei 19,4%. Im Gegenzug dazu steigt die Einkommensteuer unaufhörlich, in Prozent von 1974 19,2% auf 1981 23,5%. Dies ist teils der gestiegenen Wohnbevölkerung geschuldet, aber eben auch Ausdruck wachsender Steuerplünderung.

Im Kommunalwahlkampf wird die Unterdrückung der Kommunen durch den Bund sowie die kapitalistenschonende Politik angegriffen. Die „Alternativen“ („Alternative Liste“ ist vom Landeswahlleiter verboten worden) erheben in ihrem Programm zu den kommunalen Finanzen und zur Selbstverwaltung die Forderungen: „Uneingeschränkte Finanzhoheit der Kommunen. Rücknahme der Verordnung über

die Genehmigungspflicht der Hebesätze. – Keine Neuverschuldung, sondern Abbau der Schuldenlast. – Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer. Anhebung des Gewerbesteuersatzes im Gewerbesteuergesetz. – Anhebung des Einkommensteueranteils der Kommunen zu Lasten des Bundes. Keine Senkung des Anteils gegen den Willen der Kommunen. – Keine weitere kommunale Gebühren erhöhung für die Haushalte, mit dem Ziel der drastischen Senkung.“

Eine Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf z.B. 375% würde der Stadt über 2 Mio. DM mehr bringen, und die Gewerbesteuer hätte dann erst das gleiche Niveau wie der Einkommensteueranteil. Unmöglich können aber die Gemeinden über die Hebesätze den Kapitalisten wirklich größere Geldsummen abnehmen. Mit den 2 Mio. DM z.B. wäre wahrscheinlich noch nicht einmal der Verlust ausgeglichen, der in den letzten Jahren durch die Änderungen des Gewerbesteuergesetzes zu Gunsten der Kapitalisten entstanden ist. Auf 6,4 Mrd. DM beziffert der Deutsche Städetag allein für 1981 die Verluste aller Gemeinden durch die Änderungen des Gewerbesteuergesetzes seit 1975.

## Westberlin Senat demonstriert Einheit mit Besatzern

*Westberlin.* „Der Senat sieht in der Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Schutzmächte und in den engen Bindungen an den Bund die unveränderte Grundvoraussetzung für die Existenz des freien Berlin,“ heißt es jetzt in Punkt 1 der Richtlinien zur Regierungspolitik des neuen Berliner Senats. Schon während des Wahlkampfes konnte die CDU nicht umhin, bei jeder Gelegenheit die Alternative Liste aufs Schärfste zu verurteilen als „trojanische Pferde“ und „nützliche Idioten der Kommunisten“ (Lummer in der Berliner Rundschau), weil diese in ihrem Wahlprogramm Blockfreiheit für Westberlin fordert und auftritt gegen die „zur Rechtlosigkeit führende Anwendung von Besitzungsrecht in Berlin (z.B. Demonstrationsverbot)“ und für „Reduzierung der alliierten Streitkräfte auf symbolische Einheiten von 500 Personen“ und einen Friedensvertrag. Jetzt läßt Weizsäcker keine Gelegenheit aus, um Gemeinsamkeit zu zeigen. Schließlich: „Berlin ist Ausdruck des friedlichen Willens der Deutschen zur Einheit“ (ebenfalls Punkt 1 der Regierungserklärung), und da ist, wie schon die Geschichte zeigt, für die westdeutsche Bourgeoisie ohne ihre Besatzer wenig zu machen.

Grund für seine devote Haltung hat er also genug, der Regierende Bürgermeister, auch in Bezug auf Hilfe zur Unterdrückung von Klassenkämpfen, wie erst durch die jüngste BKO (Berlin Kommandantura Order, d.h. Befehl der Alliierten) deutlich geworden ist. Diese nimmt „Präzisionsschleudern einschl. Armstützen und vergleichbare Vorrichtungen für derartige Geräte“ in die Liste der in Westberlin verbotenen Waffen auf, deren Besitz mit Gefängnis, im Spannungsfall mit dem Tode bestraft wird. Anlaß war die Demonstration für Amnestie für Hausbesetzer am 25.6., die von der Polizei brutal überfallen wurde und wo Demonstranten Katapulte verwandt hatten. Eingeleitet worden ist dieses Verbot allerdings schon 1979 vom damaligen Innensenator Ulrich (SPD), der sich auf eine 1978 von der Bundesregierung erlassene Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes, die Katapulte in der BRD verbietet, bezog und zum Zwecke der „Rechtsgleichheit“ bei den Stadtkommandanten eine derartige BKO anregte.

BKOs regeln in Westberlin nicht nur Polizeistruktur, Waffenrecht und Melderecht, sondern umfassen auch eine

## Die Gewerbesteuer

Im *Gewerbesteuergesetz* wird durch den Bund die Erhebung der Gewerbesteuer geregelt. Erhoben wird sie von den Gemeinden, die die Hebesätze festlegen.

Das Steueraufkommen fällt zu 60% an die Gemeinden, zu 40% an Bund und Land. Das Steueraufkommen betrug 1980 26,5 Mrd. DM. Besteuerungsgrundlagen sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Dem zu versteuernden Gewerbeertrag ist ein Freibetrag von 36000 DM (vor 1980 24000) abzuziehen und mit der Steuermeßzahl von 0,05 zu multiplizieren. Der entstehende Steuermeßbetrag wird mit dem Steuermeßbetrag vom Gewerbekapital zusammenaddiert.

Bei der Berechnung des Steuermeßbetrages auf das Gewerbekapital gilt der Einheitswert des gewerblichen Betriebes (ohne Betriebsgrundstücke). Davon wird ein Freibetrag von 120000 DM (vor 1980 60000) abgezogen und der Betrag mit 0,002 multipliziert. Von dem Steuermeßbetrag von Gewerbekapital und -ertrag beträgt die zu zahlende Steuer einen Hundertsatz, festgelegt durch den Hebesatz.

Die Festlegung der Hebesätze unterliegt der Kontrolle, in Niedersachsen durch die „Verordnung über die Genehmigungspflicht der Realsteuerhebesätze der Gemeinden“ von 1963:

„§1(1) Die Festsetzung der Hebesätze der Gemeinden für die Grundsteuer ... und für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde, wenn bei einer Steuerart oder mehreren Steuerarten a. die Hebesätze gegenüber dem Vorjahr erhöht werden oder b. die in der Tabelle angegebenen Hebesätze überschritten werden.“ (Für Gewerbesteuer bei Gemeinden unter 3000 Einwohnern 270%, bei 3000 bis 20000 Einwohnern 290%, bei über 20000 Einwohnern 320%).

### Hebesätze 1977 etwa gleichgroßer Gemeinden aus Niedersachsen.

Gifhorn, Stadt	361
Helmstedt, Stadt	310
Northeim, Stadt	376
Buchholz i.d.N.	350
Winsen	320
Buxtehude	305
Achim, Stadt	330
Varel, Stadt	350
Aurich, Stadt	300
Norden, Stadt	358
Leer, Ostfriesland	350

Reihe von großteils nicht veröffentlichten Straftatbeständen, aufgrund derer sowohl die Staatsanwaltschaft als auch alliierte Gerichte auf Befehl des Stadtkommandanten vorgehen. Auf der letzten Hausbesetzerdemonstration durch die Westberliner Villenviertel sollen „Anti-Terroreinheiten“ der Besatzer teilgenommen haben. Das wurde zwar dementiert, in der folgenden Woche aber ein gemeinsames Manöver aller drei Armeen im Häuserkampf in der frisch eingeweihten französischen „Geisterstadt“ durchgeführt, nachdem die der US-Armee (Moba-City) zu klein ist und Übungen in leerstehenden Häusern in Kreuzberg vor zwei Jahren abgebrochen werden mußten, wegen heftiger Gegenaktionen.

## **Strafvollzug Resozialisierung live im Freigängerheim**

**Frankfurt.** Unter der Überschrift „Tütenkleben im Knast ist vorbei“ preist der hessische Justizminister Günther in der FAZ (23.7.81) das „breite Arbeits- und Ausbildungsangebot“ als einen „Schwerpunkt der Resozialisierungsarbeit“ an. Zwei Sätze weiter: „Es überwiegt dabei das Angebot einfacher Arbeit“. Gemeint sind arbeitsintensive Kleinmontagearbeiten für 160 DM Monatslohn“.

„In wirklich produktiver Gefängnisarbeit“ sah der Strafrechtler und SPD-Justizminister in der Weimarer Republik Gustav Radbruch „das wirksamste Erziehungsmittel der Freiheitsstrafe.“

Von Bezahlung der Arbeit schreibt er allerdings nichts. Welche Vergünstigungen haben doch demgegenüber die Insassen des Gustav-Radbruch-Hauses, JVA Frankfurt IV, daß sie als Freigänger ihre Arbeitskraft zu Tariflohn verkaufen dürfen.

Für den Gefangenen ist das tatsächlich die einzige Möglichkeit, um wenigstens etwas zum Unterhalt seiner Familie und zur Verringerung seiner Schulden durch Prozeß etc. beizutragen. Unter Ausnutzung dieser Zwangslage verfolgt die Anstaltsleitung ihr Erziehungsziel.

Eine abgefeimte Hausordnung hat der Anstaltsleiter Eiermann ausgekocht, eine von der Art, wo sich ein Mensch nicht aufrecht bewegen kann, ohne ständig gegen irgendeine Regel zu verstößen.

Schwer wird es zum Beispiel möglich sein, sich in der langen Warteschlange vor dem einzigen Telefon für 420 Insassen nicht mal an die Wand zu lehnen. Das ist lt. Punkt 5 c) der Verfütigung der Anstaltsleitung vom 6.1.81

verboten, genauso wie „jedes Herumstehen oder -laufen während einer Wartezeit vor Aufruf zum Aufsuchen der Anstaltsdienststelle“. Mit Disziplinarstrafe bedroht ist auch, wer rauchend oder mit einer Coladose in der Hand über den Flur des Knasts geht. Außerhalb der Anstalt ist verboten der Aufenthalt in der gesamten Innenstadt (einschließlich Sachsenhausen), in Menschenansammlungen oder Demonstrationen.

Wer erwischt wird, landet im Wiederholungsfall vor der Strafkonferenz, bestehend aus Anstaltsleiter, dem Hauspädagogen und dem Anstaltspsychologen. Drei Tage Arrest bzw. drei Tage Bunker für „Wiederholungstäter“ sind das übliche Strafmaß. Diese Maßnahme ist außerordentlich erzieherisch.

Nicht nur wegen der Ausgangssperre, sondern weil der Gefangene nicht zur Arbeit gehen kann, drei Tage Lohnausfall hat und sein Kapitalist den deutlichen Hinweis erhält, daß es mit der Resozialisierung noch nicht weit her ist. Der Verlust des Arbeitsplatzes „durch Selbstverschulden“ ist wiederum ein Vergehen und „kann Disziplinarmaßnahmen zur Folge haben“ (Freigang Verhaltensregeln, Punkt 6).

Trotz des wirtschaftlichen Drucks lehnen sich viele Gefangene gegen die schikanöse Behandlung auf. Vor dem Bunker bilden sich regelrechte Warteschlangen. Bis zu drei Wochen kann es dauern, bis man den Arrest absitzen kann. Auch dieser Umstand dient der Erziehung. Der Gefangene hat während der Wartezeit Ausgangssperre und muß sich danach mit einiger Sicherheit einen neuen Kapitalisten suchen. Etliche Gefangene gehen lieber freiwillig in den geschlossenen Vollzug nach Butzbach zurück, als sich weiter demütigen zu lassen.

## **Bochum Forderung nach Kulturzentrum nicht erledigt**

**Bochum.** „Eskalationen vermeiden, gewaltfreie Lösungen suchen, aber jeden Rechtsbruch verfolgen“, so verteidigte der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor auf dem Landesparteitag der SPD am 27.6. den am Abend vorher in Bochum durchgeföhrten brutalen Polizeiüberfall auf eine Demonstration für ein autonomes Kultur- und Kommunikationszentrum. Was geschehen war: Bei der Räumung einer einige Tage vorher von Jugendlichen besetzten leerstehenden Fabrik kommt es am 19.6. zu einem ersten heftigen Angriff von Polizeieinheiten.

133 Jugendliche werden bis zu acht Stunden festgenommen. In den folgenden Tagen finden immer wieder Demonstrationen statt. Oberbürgermeister Eickelbeck (SPD) und seine Frau werden bei einer zufälligen Begegnung eingekreist, sein Wagen etwas demoliert. Am 26.6. beschließt eine Versammlung von 600 Leuten im Schauspielhaus, eine andere Fabrik in der Innenstadt, Seifert, zu besetzen. Der anschließende Versuch mißglückt. Daraufhin formiert sich eine Demonstration zum Polizeipräsidium, die die Freilassung von drei Festgenommenen fordert. Ohne besonderen Grund wird sie vor dem Präsidium mit Schlagstöcken und Chemical Mace angegriffen und auseinandergetrieben.



Trotz der Rückendeckung durch die Landesregierung konnte die Stadt ihre Linie nicht durchziehen. Gleich nach Abrücken der Polizeieinheiten am 27.6. wird die Fabrik Seifert besetzt. Die Stadt mußte die Nutzung bis Ende Juli zugestehen. „Wir haben es satt, uns dauernd von irgendwelchen Institutionen vorschreiben zu lassen, wie ein Kulturprogramm aussehen soll.“ Entsprechend richten die Jugendlichen die Fabrik ein. Der Kreisjugendschulz des DGB hat die Forderungen unterstützt, einige Betriebsräte von Opel Bochum überbrachten eine Geldspende. Nach einer Demonstration von über 2000 Leuten am 4.7. nimmt die Stadt die von ihr wegen der ersten Besetzung gestellten 133 Strafanträge wegen Hausfriedensbruchs zurück.

Der Stadt geht es allerdings v.a. um Zeitgewinn: Sie besteht auf der Räumung bis Ende dieser Woche, obwohl zwei Alternativangebote der Stadt von den Jugendlichen abgelehnt worden sind. Dabei soll die Fabrik Seifert Anfang August abgerissen werden, aber erst im Oktober mit dem geplanten Arbeitsamtneubau begonnen werden. Die Jugendlichen haben deshalb beschlossen, bis zu einem weiteren Angebot der Stadt in der Fabrik zu bleiben.

## Stadtsanierung

# München-Haidhausen: Für 65 Mio. DM saniert Ergebnis: Weniger und teurere Wohnungen

Die Stadtteilsanierung Haidhausen wurde 1971 vom SPD-Stadtrat unter OB Kronawitter als Prestigeobjekt für die Anwendung des eben vom Bundestag verabschiedeten Städtebauförderungsgesetzes (St BauFG) angekündigt. Der Plan des Stadtentwicklungsausschusses begrüßte das St BauFG als „Werkzeug zur Anpassung veralteter Stadtteile und Stadträume an die Ansprüche und Bedürfnisse unserer Zeit“. Angepaßt werden sollten die Stadtteile Haidhausen und Schwanthaler Höhe, weil sie die Ausdehnung der Geschäftszone der Innenstadt behinderten. Der Stadtentwicklungsausschuß verlangte „Bereitstellung von Nutzungs- und Expansionsmöglichkeiten für zentrumsnahe Funktionen der Wirtschaft und Verwaltung in den genannten Bezirken“. 1975 wurde Haidhausen im Stadtentwicklungsplan als Standort eines Stadtteilzentrums Innenstadt ausgewiesen. 1976 faßte der Stadtrat den Sanierungsbeschuß, der im März 1977 als „Gesamtkonzept Haidhausen“ in Kraft trat. Gestützt auf das St BauFG wird darin für Haidhausen festgestellt: „... - strukturelle Erneuerungsbedürftigkeit: ein Gebiet erfüllt seine Funktion in Stadtganzheit nicht; ... soll das Gebiet aufgewertet und für im Durchschnitt jüngere und einkommensstärkere Bevölkerungsschichten attraktiv gemacht werden ... Dabei müssen städtebaulich erwünschte Funktionsgewinne mit z.T. unerwünschten sozialpolitischen Folgen erkauft werden.“

In Haidhausen wurden 45 ha mit 13000 Bewohnern in 22 Blöcken als förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet ausgewiesen und zusätzlich acht Umstrukturierungsgebiete. Eines davon ist das Gelände am Gasteig, wo die Stadt ein Kulturzentrum bauen läßt; direkt daneben soll anstelle des abgerissenen Bürgerbräukellers auf einer Fläche von 40000 m<sup>2</sup> die Löwenbräu-City entstehen mit Einkaufszentrum, Hotels, Verwaltungsgebäuden und Eigentumswohnungen. Vom Gasteig über Löwenbräu-City zum Ostbahnhof führt mitten durch das Sanierungsgebiet die Geschäftssachse, die wie die Umstrukturierungsgebiete nicht im Sanierungsplan enthalten ist, so daß selbst die minimalen Einflußmöglichkeiten nach dem St BauFG für die Anwohner wegfallen. Trotz massiver Proteste hat der Landtag beschlossen, daß die Löwenbräu-City gebaut werden kann, obwohl kein Bauplan vorgelegt wurde, geschweige denn eine Anhörung der

Anwohner stattgefunden hätte. In den 22 Sanierungsblöcken sollen die Gebäude an der Straßenfront modernisiert werden, die Hinterhöfe sollen „entkernt“, d.h. die Rückgebäude abgerissen und in jedem Hof eine Tiefgarage gebaut werden. Die Rückkehr ehemaliger Mieter ist offenbar nicht eingeplant, sie gelten nach dem Sanierungsgutachten als „untermotorisiert“.

Von März 1977 bis Mai 1980 wurden 95 Häuser saniert mit 3365 Bewohnern. Neun Häuser wurden mit öffentlichen Mitteln saniert; die übrigen 86 Häuser sind Privatsanierungen, bei denen die Modernisierungskosten nach § 3 Wohnraumkündigungsschutzgesetz mit jährlich 11% der Kosten direkt auf die Mieter umgelegt werden oder durch Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete. Drei Häuser wurden in Eigentumswohnungen aufgeteilt. 65 Mio. DM hat die Stadt bisher für die Sanierung ausgegeben, hauptsächlich für Infrastrukturmaßnahmen. Durch Sanierungsgutachten, Verkehrserschließung, Sozialuntersuchung erleichtert sie die Eroberung des Stadtteils durch das große Handels- und Bankkapital.

Der Jahresbericht 1980 des Sozialforschungsinstituts München im Auftrag des Stadtrats verzeichnet für die bisherige Sanierung: deutliche Steigerung der 22–45jährigen Einwohner, Verringerung des Anteils der über 65jährigen Bewohner, Verringerung

des Anteils der bis 15 Jahre alten Kinder, Zunahme des Anteils der 1-Personen-Haushalte von 44% auf fast 70%, wobei diese Zunahme nur bei deutschen Haushalten besteht. Die „Konzentration einkommensschwacher Bevölkerung (alte Leute, Kinderreiche, ledige Mütter, Ausländer)“, wie sie im Sanierungsplan aufgezählt wurde, wird erfolgreich abgebaut.

Der CSU-Stadtrat, der seit 1978 im Rathaus regiert, will die Sache beschleunigen. Bürgermeister Zehetmeier (CSU) sagte am 24.3.1981 im Stadtanzeiger: „Ich hoffe aber, daß Bestrebungen wie etwa auf dem Löwenbräu-Grund hinter dem Gasteig oder auf dem Hacker-Pschorr-Grund durch Herrn Schörghuber bald zu einem Erfolg führen.“ Die erste Maßnahme war 1980 die Gründung der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung GmbH (MGS) unter Beteiligung der sieben großen Münchner Banken mit 48% und 52% der Stadt München. Diese privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft, die Profit machen soll, übernimmt laut Gesellschaftervertrag öffentliche Aufgaben der Stadt nach dem St BauFG: Erörterung der Neugestaltung von Sanierungsgebieten, Aufstellung von Bauleitplänen (d.h. Festlegung von Art und Umfang der Nutzung eines Gebietes), Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken, Kreditierung des Aufbaus. So machen in Zukunft in München die Banken die Sanierungsplanung direkt ohne Umweg, können rechtzeitig sich oder ihren



Auf Informationsständen der Mieterinitiative werden die Sanierungsmaßnahmen öffentlich diskutiert.

## Seit 110 Jahren Spekulationsobjekt – Struktur eines alten Arbeiterviertels

Haidhausen ist eines der alten Arbeiterviertel Münchens. Vor den Toren der Stadt östlich der Isar an der alten Salzstraße lagen ein paar Höfe und einige Ziegeleien. Hier siedelten sich seit dem Mittelalter neben den Ziegeleiarbeitern mehr und mehr Tagelöhner an, die als Besitzlose in München kein Bürgerrecht erhielten. Sie wohnten in Herbergen – Häusern, in denen jedes Stockwerk oder auch nur einzelne Zimmer jeweils einer Familie gehörten. Etwas westlich näher der Stadt ließen sich Händler



Das neue Arbeiterviertel Neuperlach, in das viele verdrängte Mieter ziehen müssen

und Handwerker am heutigen Jannisplatz nieder. Am Isarhochufer, der Grenze zur Stadt, bauten die großen Münchner Brauereien Ende des 18. Jahrhunderts über fünfzig Bierkeller in den Steilhang hinein, wo das im Winter gebraute Bier bis zum Verkauf im Sommer kühl gehalten wurde.

Den Kern des heutigen Sanierungsgebiets bildet das Franzosenviertel. Es war schon bei seiner Entstehung Spekulationsobjekt. Gebaut wurde es mit dem Gold, das von der französischen Kontributionszahlung nach dem Krieg 1870/71 an das Deutsche Reich auch nach Bayern floß. Alle Straßen und Plätze des neuen Viertels sind nach den Schlachten des Krieges benannt. Der Königliche Kämmerer von Eichthal ließ ein symmetrisches Straßennetz anlegen, das die sehr dicht gebauten Blöcke zum Ostbahnhof hin strategisch erschließt. In die Innenhöfe der vier- und fünfgeschossigen geschlossenen Häuserblöcke wurden drei- bis vierstöckige Hinterhäuser gebaut, in denen zahlreiche Handwerker ihre Werkstätten haben.

Im zweiten Weltkrieg wurden viele Häuser durch Bomben beschädigt oder zerstört. Die Mieter bauten sie

meistens selbst wieder auf. Bei Befragungen über die Sanierung erzählten viele Haidhausener, daß schon ihre Großeltern in der selben Wohnung gelebt haben.

Die heutige Sozialstruktur des Viertels wird deutlich in der Zusammenstellung des Sanierungsplanes von 1976:

„60% der Bewohner des Untersuchungsgebietes verfügen über ein Nettoeinkommen bis 800 DM (Gesamtstadt 48%).

Auch bedingt durch den Altersaufbau erhalten 5% Sozialhilfe und 24% Rente und Pension (Gesamtstadt 1% Sozialhilfe und 13% Rente und Pension).

Der Anteil der Arbeiter beträgt 46% im 14. Stadtbezirk (Haidhausen, .. Verf.) gegenüber 36% in der Gesamtstadt.

Bei einer hohen Quote der Erwerbstätigen, nämlich 54% (Gesamtstadt 51%) zeigt sich auch ein hoher Bestand an Frauenerwerbstätigkeit. 63% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter (15–54 Jahre) sind erwerbstätig (Gesamtstadt 59%). Von den Kindern der Jahrgänge 1974–1970 sind 70% Arbeiterkinder und 68,7% haben Eltern mit Volksschulabschluß.

Der Anteil der Kinder an den Jahrgängen 1955–1963, deren Eltern beide berufstätig oder ein Elternteil alleinstehend und berufstätig sind, weist in Haidhausen 56,5%, in der Gesamtstadt 44% auf.

Der Ausländeranteil in den untersuchten Blöcken beträgt im Durchschnitt 20% (Gesamtstadt 1973: 17,19%).“

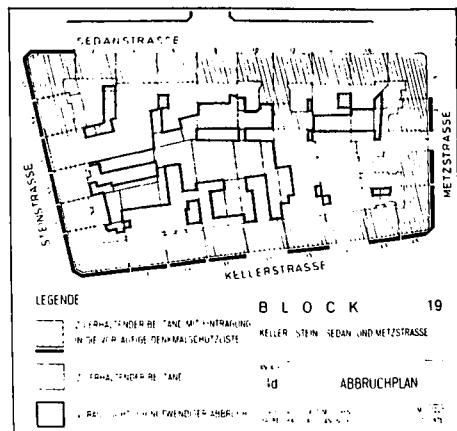
Die Hausbesitzer in Haidhausen sind überwiegend Kleineigentümer. Nach einer soziologischen Untersuchung sind von ihnen Selbständige 22,3%, Rentner 30,6%, Hausfrauen 26,6%, Angestellte 12,0%, Arbeiter 3,4%, Beamte 3,0%. Das Einkommen der Eigentümer liegt bei 50% unter 2000 DM. Die meisten Hausbesitzer haben zuwenig Kapital, um selber die Sanierung zu finanzieren. Mehr oder weniger freiwillig verkauften immer mehr Hausbesitzer im Sanierungsgebiet und im Sanierungsrandgebiet ihre Häuser an kapitalkräftige Baufirmen. Nach Beginn der Sanierung stiegen die Hausverkäufe im Sanierungsgebiet von 10 im Jahr 1977 auf 20 im Jahr 1978.

Der Brief mit der Mitteilung des Besitzerwechsels ist meist das erste Zeichen für die Mieter, daß die Sanierung losgeht.

Kunden Grundstücke und Gebäude sichern, sie weiterverkaufen, wenn die Spekulation im Gang ist, und an den Sanierungskrediten nochmal verdienen.

Am 24. Juni beschloß der Stadtrat das neue Sanierungskonzept, das angeblich die Forderungen der Bürgerversammlungen von Haidhausen aufnimmt. Stadtbaurat Zech (SPD), der schon unter OB Kronawitter den alten Plan aus der Taufe gehoben hat, begründet den neuen Sanierungsplan:

„Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß ein theoretisches, längerfristig angelegtes Konzept mit Detailfestlegungen nicht zum Erfolg führt.“ Es gelte, für jeden einzelnen Fall zum gegebenen Zeitpunkt eine praktische Lösung zu finden. Das alte Sanierungskonzept umfaßte zwei Bücher mit detaillierten Festlegungen für jeden Sanierungsblock, was erneuert, was abgerissen und wo neu gebaut werden sollte. So entwickelte sich gegen jede Einzelmaßnahme zäher Widerstand. Der neue Plan der CSU macht auf acht Seiten nur pauschale Feststellungen wie: oberste Richtschnur sei eine möglichst weitgehende Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz, Handwerker sollen nur noch in Ausnahmefällen ausgesiedelt werden, die Hinterhofentkernung soll auf ein Mindestmaß reduziert werden, eine möglichst weitgehende Verkehrsberuhigung unter Berücksichtigung der notwendigen Erschließungsmaßnahmen soll stattfinden. Damit behauptet der Stadtrat, allen Forderungen der Haidhausener Bürgerversammlung werde Rechnung getragen. Direkt im nächsten Tagesordnungspunkt beschloß dann der Stadtrat praxisnah im einzelnen Fall den Abriß des Rückgebäudes Milchstraße 9 mit neun Wohnungen. Es soll weichen für eine Tiefgarage, obwohl die Bausubstanz gut ist und sich die Mieter und der Hausbesitzer gemeinsam dagegen ausgesprochen haben.



Die geplante „Hinterhofentkernung“ soll durch Abriß der Rückgebäude die billigsten Wohnungen vernichten und 117 Handwerksbetriebe vertreiben.

## Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden v. 21.7.1971 (Städtebauförderungsgesetz)

**§ 3 Voraussetzung der förmlichen Festlegung** (des Sanierungsgebiets, d. Verf.). (2) Städtebauliche Mißstände liegen vor, wenn das Gebiet nach seiner vorhandenen Bebauung ... den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht entspricht ... oder in der Erfüllung der Aufgaben erheblich beeinträchtigt ist, die ihm nach seiner Lage und Funktion obliegen.

(3) Bei der Beurteilung ... sind insbesondere zu berücksichtigen: 1. ... a) die Belichtung, Besonnung und Belüftung der Wohnungen und Arbeitsstätten. ... f) die Einwirkungen ... insbesondere durch Lärm, Verunreinigungen und Erschütterungen.

**§ 8 Aufgaben der Gemeinde.** (2) ... Die Gemeinde soll den Betroffenen bei ihren eigenen Bemühungen, nachteilige Auswirkungen zu vermeiden oder zu mildern, helfen, insbesondere beim Wohnungswchsel und beim Umzug von Betrieben. ...

**§ 19 Abbruchgebot.** (1) Muß bei der Durchführung der Sanierung ein Gebäude ... ganz oder teilweise beseitigt werden, ... so kann die Gemeinde nach Inkrafttreten des Bebauungsplans den Eigentümer ... durch Bescheid verpflichten, die Beseitigung zu dulden, wenn das Gebäude ... 2. wegen der schlechten Beschaffenheit nicht mehr modernisiert werden kann.

(2) Der Bescheid darf bei Wohnraum nur ergehen, wenn im Zeitpunkt der Beseitigung angemessener Ersatzwohnraum für die Bewohner unter zumutbaren Bedingungen zur Verfügung steht. ...

(5) Soweit sonstigen Nutzungsberechtigten durch das Abbruchgebot Vermögensnachteile entstehen, ist eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten.

**§ 21 Modernisierungsgebot.** (1) Weist ein Gebäude, das bei Durchführung der Sanierung nicht beseitigt werden muß, ... Mängel auf, ... so soll die Gemeinde mit dem Eigentü-

mer erörtern, wie diese Mängel zu beheben sind.

(3) Ist der Eigentümer nicht bereit, die Mängel zu beheben, so kann die Gemeinde anordnen, daß er bestimmte Maßnahmen innerhalb angemessener Frist durchzuführen hat, wenn die alsbaldige Modernisierung zur Erreichung des Sanierungszwecks erforderlich ist. ...

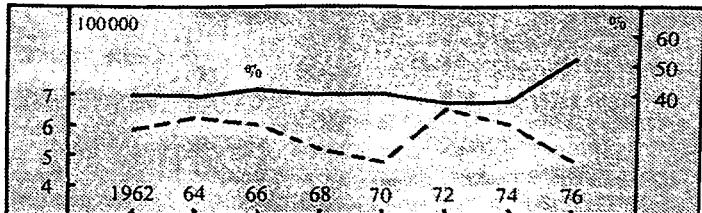
**§ 22 Besondere Vorschriften über die Enteignung.** (1) Zwingende städtebauliche Gründe sind gegeben, wenn ein im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenes Grundstück zugunsten der Gemeinde enteignet werden soll. ...

**§ 32 Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen.** (2) Angemessen ist ein Betrag, der 10 vom Hundert der für die Modernisierung vom Eigentümer aufgewendeten, anteilig auf die Wohnung entfallenen Kosten nicht überschreitet. Dabei sind die Kosten nicht zu berücksichtigen, die das dreifache der Jahresmiete der modernisierten Wohnungen des Gebäudes überschreiten; maßgebend sind die Jahresmieten, die bei der Beendigung der Modernisierung zu entrichten sind.

**§ 40 Kosten der Vorbereitung der Sanierung.** (2) Zu den Kosten gehören ... die Erarbeitung des Sozialplans und die Ausarbeitung der Bauleitpläne. ...

**§ 41 Kosten der Ordnungsmaßnahmen.** (1) Die Kosten der Ordnungsmaßnahmen trägt die Gemeinde.

(2) Zu den Kosten der Ordnungsmaßnahmen gehören alle Kosten, die bei der Durchführung der in § 12 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Ordnungsmaßnahmen entstehen (Bodenordnung, Umzug von Betrieben und Bewohnern, Beseitigung baulicher Anlagen, Erschließung sowie sonstige Maßnahmen, die zur Durchführung der Baumaßnahmen notwendig sind, d. Verf.), insbesondere auch 1. Entschädigungen, ... 3. ... Kosten des Umzugs von Bewohnern und Betrieben. ...



Gebaute Wohnungen in der BRD (in 100 000) und Anteil der Eigenheime an den fertiggestellten Wohnungen (in %)

## Städtebaufördermittel

Noch 1978 betrug der Anteil der vom Besitzer bewohnten Wohnungen in der BRD rund 38%. Die Politik der Bundesregierung zielt nicht auf Beseitigung der Wohnungsnot, son-

dern auf Bildung von Eigentum auf Seiten der Kapitalisten und der obersten Einkommensschichten.

Fördermittel des Bundes nach § 72 StBauFG

Jahr	Mio. DM	Maßnahmen		
Spanien	64%	1971	100	210
Belgien	55%	1972	150	303
Großbritannien	49%	1973	200	377
Frankreich	45%	1974	215	446
Österreich	41%	1975	240	480
Holland	35%	1976	240	506
BRD	33%	1977	200	515
Schweiz	28%	1978	190	599

Förderungsmittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau 1971 – 1977 in Mio. DM

Jahr	1. Förderungsweg		2. Förderungsweg	
	Darlehen	Abgezinster Einmalzuschuß	Aufwendungs-darlehen	
1971	706,0	57%	10,5	1% 516,8 42%
1972	590,0	40%	120,0	8% 777,1 52%
1973	590,0	40%	120,0	8% 756,0 52%
1974	727,5	38%	106,6	6% 1071,6 56%
1975	665,2	37%	106,6	6% 1028,9 57%
1976	593,2	34%	106,6	6% 1028,9 60%
1977	599,6	24%	154,0	6% 1757,9 70%
1978	610,7	33%	175,9	10% 1029,0 57%

1. Förderungsweg: Förderung v.a. des Sozialmietwohnungsbaus. 2. Förderungsweg: Förderung v.a. von Eigentümerwohnungen

Umfang der Steuervergünstigungen nach §§ 7b und 54 Einkommensteuergesetz, Grundsteuervergünstigung und Grunderwerbsteuerbefreiung, in Mio. DM

Jahr	§§ 7b, 54 EStG	Grundsteuervergünstigung	Grunderwerbsteuerbefreiung
1971	1080	375	–
1972	1130	390	–
1973	1370	450	–
1974	1620	530	–
1975	2200	550	–
1976	2500	570	600
1977	2900	595	600
1978	3400	–	600

Wohngeldausgaben 1972 – 78, in Mio. DM

Jahr	Bund	Bund u. Länder
1972	600,6	1201,8
1973	596,5	1139,1
1974	734,2	1468,5
1975	825,3	1654,5
1976	808,1	1616,2
1977	734,5	1469,0
1978	893,7	1787,4
1972 – 78	5165,9	10336,5

Quelle: „Wohnungspolitik und Stadtentwicklung“. Heft 03/84. Herausgegeben vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

## Labour-Partei für EG-Austritt

Mit 16 zu 3 Stimmen beschloß das National Executive Committee der britischen Labour-Partei am 21. Juni, im Falle eines Labour-Wahlsieges bei der nächsten Parlamentswahl innerhalb von 12 Monaten aus der EG auszutreten. Bisher war es Parteipolitik, eine neue Volksabstimmung über die EG-Mitgliedschaft anzustreben. Diese Klausel wurde fälgelassen, ein Wahlsieg sei ein ausreichendes Mandat für den EG-Austritt, heißt es in der Stellungnahme des Vorstandes, die noch vom Parteitag im Herbst verabschiedet werden muß. Bereits vor der Wahl will die Partei mit den EG-Regierungen sprechen, damit im Falle eines Wahlsieges innerhalb weniger Wochen ein Weißbuch mit Einzelheiten des Austritts vorliegen könne. – So fortschrittlich der angestrebt Austritt aus der EG ist, so reaktionär ist die Begründung, die das Internationale Komitee der Labour-Partei dazu geliefert hat. Vor allem Großbritanniens Zugang zu billigen Lebensmittelimporten werde durch die EG behindert, diese seien aber für das industrielle Wiedererstarken des Landes nötig. Verbunden wer-

## USA: AFL/CIO gegen Reagan-Politik

Für den 19. September hat der AFL/CIO, Dachverband von 102 US-Gewerkschaften mit über 13 Mio. Mitgliedern, zu einer Massendemonstration in Washington gegen Reagan's Haushaltskürzungen aufgerufen, die „die Uhr um 50 Jahre sozialen Fortschritt zurückdrehen.“ An der Demonstration nehmen noch 180 andere Organisationen teil. Das ist das erste Mal, daß der AFL/CIO Massenaktionen gegen die Politik der US-Monopolbourgeoisie organisiert. Bislang versuchte er ausschließlich über Lobbyisten und bestimmte Abgeordnete Einfluß zu



nehmen. 1963 weigerte sich der damalige Vorsitzende Meany z.B., eine Demonstration der Bürgerrechtsbewegung zu unterstützen: Solche Aktionen seien ineffektiv, weil zu radi-

kal. Später verfocht der AFL/CIO den US-Krieg gegen Vietnam. – Reagan's Haushaltssanierung, die vom US-Kongress schon weitgehend gebilligt ist, streicht bzw. kürzt die Lebensmittelmarken für 21 Mio., die unter dem Existenzminimum leben. Staatliche Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsprogramme werden gestrichen, Mietbeihilfen gekürzt, der soziale Wohnungsbau eingeschränkt. 36 Mio. Renten sollen nicht mehr automatisch an die Preissteigerung angepaßt werden. Allein die Streichung der Mindestrente – 122 \$ monatlich – setzt von 1982 – 86 7 Mrd. \$ Kapital frei. (Bild: 9000 Rentner demonstrieren in Washington.)

den müsse der Austritt mit Schutzzöllen für den Import von Industriezeugnissen.

## SU: Landungsmanöver in Syrien

Sowjetische Marineinfanteristen haben Anfang Juli an der syrischen Mittelmeerküste ein Landungsmanöver durchgeführt. Das hat der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU Zagladin in einem Interview mit dem französischen

Fernsehen bestätigt. Das Manöver habe im Rahmen des Freundschaftsvertrages vom letzten Oktober stattgefunden und gründe sich „auf den Wunsch, zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten beizutragen“. Die andere Supermacht hat ähnliche Manöver in Ägypten durchgeführt. Die von den USA gelenkte zionistische Aggression hatte Syrien zu dem Vertrag mit den Sozialimperialisten getrieben, in ein Bündnis, das es jetzt durch „probeweise“ Invasion

seines Territoriums bekräftigen lassen muß.

## Tansania: Demonstrationen gegen IWF

20000 protestierten am 18.7. in der Hauptstadt Daressalaam gegen das vom IWF diktierte Sanierungsprogramm, das u.a. Lohnstopp und Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel vorsieht. Schon in den Tagen vorher hatten Demonstrationen stattgefunden. Präsident Nyerere lehnte auf der Abschlußkundgebung das IWF-Diktat ab und erklärte, Tansania werde niemals den Sozialismus aufgeben. Fallende Weltmarktpreise für Tansanias Hauptexportprodukte wie Kaffee und Sisal sowie die Kosten der Invasion in Uganda haben die Wirtschaftskrise verursacht.

## Arabische Unterstützung für Nicaragua

Nicaragua, dessen Unabhängigkeit immer noch von den USA bedroht ist, die das Land politisch und wirtschaftlich zu isolieren versuchen und die Söldner der gestürzten Somozza-Diktatur für eine Intervention trainieren, erhält Hilfe von arabischen Staaten: Algerien hat Waffen, darunter 30 Panzer, geliefert; Irak plant ein größeres Hilfsprogramm um den Wirtschaftsaufbau des Landes zu unterstützen; Libyen hat nach Berichten der Regierung von Nicaragua 100 Mio. \$ bei der Zentralbank deponiert, um den Devisenmantel zu lindern. Dagegen hat die Sowjetunion Nicaragua nur einen Kreditrahmen von 50 Mio. \$ eingeräumt.

## Spanien: Faschisten und Militärs drohen

Die Vorbereitungen der spanischen Reaktion für einen neuen Militäraufmarsch laufen ungebrochen weiter. Die Regierung gibt ihr Rückendeckung. Zum 45. Jahrestag von Francos Machtergreifung 1936 organisierten die Faschistenorganisation Fuerza Nueva und die francistische Veteranenorganisation in Aranjuez (50 km von Madrid entfernt) eine Massen-

kundgebung. 1200 Polizisten schützen den von der Regierung genehmigten Faschisten-aufmarsch vor Gegendemonstranten (Bild). An Francos Grabstätte bei El Escorial fand eine weitere Kundgebung von „Fuerza Nueva“ statt. Wenige Tage später rief der Oberkommandierende der spanischen Militärregion Galizien von der Kanzel der Kathedrale von

Santiago de Compostela, die dem spanischen Nationalheiligen Jakobus geweiht ist, zum heiligen Krieg gegen Spaniens Feinde auf, die Mittel wie „Streik, Brandstiftung, öffentliche Unruhen“ benützen und „übertriebene Lohnforderungen“ unterstützen. „Du weißt, mein Hauptmann Jakobus, daß wir mitten in einem Krieg sind ...“ Der Feind wolle „Spaniens moralische und geistige Werte zerstören ... Er macht unseren Papst lächerlich und versucht, die Streitkräfte zu entzweien ... Er will die Familie als Basis jeder zivilisierten Gesellschaft und Stütze des Christentums zerstören.“ Dem Parlament drohte er: „Die Volksvertreter müssen sich durch ihr Benehmen in Worten und Taten ihrer hohen repräsentativen Ämter auch als würdig erweisen.“ Die Regierung deckt derweil die Hintermänner des Putsches vom 23.2., hohe Militärs. Der Prozeß gegen Tejero ist auf Dezember verschoben. Ein Bombenanschlag der Faschisten auf ein Volksfest bei Madrid forderte fünf Verletzte.



*Brasilien*

## Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung, Banken treiben Rekordzinsen ein

Vier Wochen lang streikten im Juni 20000 Krankenhausbeschäftigte im brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro. Am 2. Juli setzten sie einen Teilerfolg durch, die Regierung erhöhte ihre Löhne um mindestens 40%, gab bei einigen Zulagen nach und nahm einen bereits gefassten Beschuß, die Gewerkschaft der Streikenden unter staatliche Zwangsverwaltung zu stellen, wieder zurück.

40% bei einer Inflationsrate von 117% (und zwei erlaubten Lohnerhöhungen im Jahr) sind nicht viel, aber der Ausgang des Streiks ist trotzdem ein Erfolg, vor allem wegen des Scheiterns der Regierung bei dem Versuch, den Gewerkschaften einen weiteren Schlag zu versetzen.

General Motors, VW) bei São Paulo verbieten. Im Februar 1981 verurteilte ein Militärgericht elf Streikführer zu Gefängnis zwischen 2 und 3½ Jahren, weil sie den Streik illegal weitergeführt hatten. Unter ihnen ist Ignacio da Silva („Lula“), ein Gewerkschaftsführer, der an der Spitze der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores) steht.

Die Schläge gegen die Gewerkschaften gehen einher mit Putschdrohungen von Armeegenerälen und Bombenanschlägen gegen linke und gewerkschaftliche Politiker und Organisationen. Am 1. Mai 1981 mißlang ein geplantes Massaker, als eine Bombe frühzeitig im Wagen zweier Agenten des Geheimdienstes DOI-CODI direkt vor einer Halle mit 20000 Besuchern



Brasilianische Metallarbeiter

Nach einer raschen Zunahme der Streikkämpfe und der gewerkschaftlichen Organisierung erlaubte die Militärregierung mit dem neuen Präsidenten Figueiredo 1979 die Gewerkschaften wieder – um sie gleichzeitig weitestmöglich unter staatliche Aufsicht zu stellen. Die Regierung räumte das Streikrecht ein, hohlte es aber gleich wieder aus durch die Möglichkeit, fast jeden Streik für illegal erklären zu lassen. Trotzdem nutzte die Arbeiterbewegung den neuen Spielraum aus, 1979, 1980 und 1981 gab es große Streiks in der Automobilindustrie und anderen Industrien und 1980 auch zum erstenmal seit langer Zeit einen großen Streik der Landarbeiter in Pernambuco im Nordosten.

Im letzten Jahr ließ die Regierung einen Streik der Arbeiter bei imperialistischen Automobilwerken (u.a. Ford,

eines Festes der KP Brasilien hochging.

Die Regierung vertritt das Konzept, die „Kräfte der Mäßigung“ zu stärken (dazu gehört auch die KP Brasiliens, deren Legalisierung erwogen wird) und gleichzeitig die Arbeiterpartei PT scharf zu verfolgen. Die PT ist eine linke Sammlungspartei, in der neben Gewerkschaftsführern der Metallindustrie trotzkistische und revolutionäre Organisationen arbeiten.

Das ausländische Kapital unterstützt diese Art „Demokratisierungspolitik“. Die rasche Zunahme der Streiks und anderer Kampfaktionen in den letzten drei Jahren beunruhigt die Bankiers und Kapitalanleger stark. Brasilien gehört zu den bei den Banken höchstverschuldeten Ländern der Welt. Am 30. Juni 1980 waren es 52,5 Mrd. US-Dollar. Im letzten Jahr mußte das Land etwa 12,5 Mrd. Dollar an Zinsen und

Rückzahlungen leisten, das sind fast ¾ der Einnahmen aus allen Exporten! Die meisten Kredite wurden zu variablem internationalen Zinssatz gegeben. Jedes Prozent mehr kostet Brasilien 350 Mio. Dollar im Jahr.

Vor dem Besuch von Präsident Figueiredo im Mai in Bonn lobte die „Welt“ die „gute Zusammenarbeit“ mit Brasilien. Die gute Zusammenarbeit besteht darin, daß kurz nach den USA die westdeutschen Monopole die größten Ausbeuter der brasilianischen Arbeiterklasse sind (kaum ein Konzern, ob VW, Siemens, BASF, Krupp, Bayer, Veba usw., der nicht in Brasilien Werke hätte, und das schon lange – Siemens z.B. seit 1940); daß sie brasilianischen Kaffee trotz jüngster Preiserhöhungen zu Spottpreisen aufkaufen; daß sie sich in Brasilien für ihre Fabriken Straßen bauen, billigen Strom und billiges Gas liefern lassen und dafür Kredite bereitstellen, auf die sie wiederum Wucherzinsen ziehen.

Seit 1979 betreibt die Regierung Figueiredo ein wirtschaftliches „Sanierungsprogramm“, wofür sie das „volle Vertrauen“ z.B. von Wilfried Guth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, findet. Es sieht Erhöhung der Produktionsfläche für landwirtschaftliche Exportprodukte, Senkung der Arbeiterlöhne und Verkürzung des eigenständigen brasilianischen Investitionsprogramms vor. Die Arbeiter und Bauern wehren sich gegen die Wirkungen dieses Programms. Offensichtlich haben die Urteile gegen „Lula“ und andere die erwünschte abschreckende Wirkung nicht. Jedenfalls streikten nach den Krankenhausbeschäftigten im Juli 12000 Ford-Arbeiter, wieder bei São Paulo, diesmal gegen die Entlassung von 700 Arbeitern.

Die Regierung will die erste Wahl seit 1964 im nächsten Jahr unter schärfster Unterdrückung der Revolutionären durchführen. Es sei ein Test, erklärt sie, ob es 1984 eine Präsidentenwahl gebe oder ob die gegenwärtige Militärdiktatur beibehalten werde.

*Chile*

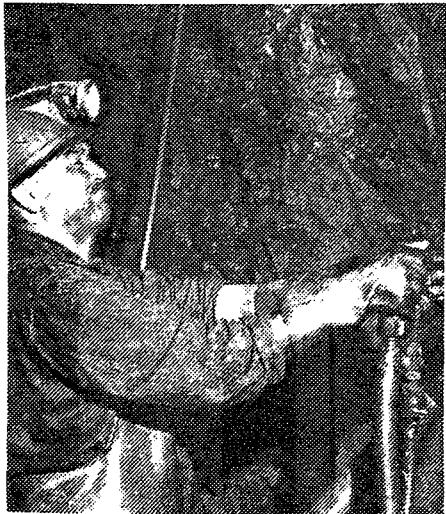
## Forderungen der Gewerkschaftsbewegung

Anfang Juli ließ die Regierung Pinochet neun führende Mitglieder der größten chilenischen Gewerkschaftsorganisation Coordinadora sindical nacional (CSN) verhaften; sieben von ihnen wurden gegen Kaution vorläufig freigelassen, zwei, der Vorsitzende Manuel Bustos und der Sekretär Almirio Guzman, befinden sich nach wie vor in Haft.

Wütend reagiert das Regime auf den Aufschwung der Gewerkschaftsbewe-

gung, die unter schwierigsten Bedingungen und einer Gesetzgebung, die nationale gewerkschaftliche Organisation verbietet, ihre Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen beginnt. Dies hatte sich schon am 1. Mai angedeutet, als – anders noch als im letzten Jahr, wo die christdemokratische „Gruppe der 10“ und die Gewerkschaft der Privatangestellten gemeinsame Aktionen boykottierten – die vier oppositionellen Gewerkschaftsverbände eine gemeinsame Veranstaltung durchführen konnten. Trotz Verbot und starkem Polizeieinsatz fanden am 1. Mai ebenfalls sog. Spaziergägerdemonstrationen mit Flugblättern und Sprechchören in Santiago und anderen Städten statt. – Ein Erfolg der Arbeiterbewegung ist weiterhin der kürzliche Zusammenschluß der Bergarbeiter in der „Konföderation der Bergarbeiter“, die als Hauptaufgabe ein einheitliches Vorgehen bei Lohnauseinandersetzungen und den Kampf gegen die Arbeitsgesetzgebung des Regimes bezeichnet.

Die Coordinadora sindical nacional, die rund 800000 Lohnabhängige vertritt, hatte nach ausführlicher Diskussion eine nationale Forderungsplatt-



April 81: Ein Wochen dauernder Streik der 10000 Kupferbergarbeiter von El Teniente für 10% Lohnerhöhung beginnt.

form vorgelegt, die von 500 betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und Tausenden von betrieblichen Funktionären unterschrieben ist. Die Hauptforderungen der Plattform sind: die Beendigung der Wirtschaftspolitik der Junta, die die Kluft zwischen arm und reich ständig vergrößert; die Beendigung der politischen Unterdrückung; die Änderung des sog. „Arbeitsplans“ der Regierung, der grundlegende Errungenschaften der chilenischen Arbeiterbewegung eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt hat; die Reform des Erziehungswesens – die Junta hat die Privatisierung der Schulen und Hochschulen eingeleitet; ein Mindestlohn

von umgerechnet 248 \$ – dieser läge damit knapp unter dem durchschnittlichen Lohn eines Kupferarbeiters auf El Teniente, die über 200000 nach dem staatlichen Notstandsprogramm „beschäftigt“ Arbeiter erhalten gerade 33 \$ im Monat; die Erhöhung der Löhne und Renten um 31%. – Die Junta weigerte sich zu verhandeln. Doch wird sie die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung durch verstärkte Unterdrückung „erledigen“ können?

## Karibik „Mini-Marshallplan“ mit Schwierigkeiten

Die Idee zu einem „Mini-Marshallplan“ für die Länder der Karibik soll angeblich von dem Präsidenten Jamaikas Seaga stammen. Es ist natürlich ein Programmpunkt von Reagan: die Länder Mittelamerikas und der Karibik wirtschaftlich und politisch unlösbar an die USA zu binden. Erst kürzlich haben die Außenminister der zwölf Mitgliedsstaaten der Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft die USA kritisiert, weil diese der Karibischen Entwicklungsbank einen Kredit über 4 Mio. Dollar nur unter der Bedingung einräumen wollten, daß Grenada nichts von dem Geld erhält. Von ihrem „Mini-Marshallplan“ wollten die US-Imperialisten Grenada, Nicaragua und Kuba ausschließen. Gleichzeitig hatte Reagan vor, die Länder Kanada, Mexiko und Venezuela als „Geberländer“ in den Plan hineinzuziehen, um den imperialistischen Geruch des Planes zu parfümieren. Er zielt ab auf die Bildung eines Staatenblocks zu Füßen der USA, der sich richtet gegen den Kampf der Dritten Welt um Unabhängigkeit und auch gegen Konkurrenzbestrebungen des Sozialimperialismus.

An Zahlung von Entwicklungshilfe denken die US-Imperialisten weniger – im Gespräch ist ein Gesamtumfang von 1 Milliarde Dollar; das Hauptziel des Plans ist eine Kapitalexportoffensive. Das „Pilotprojekt“ ist Jamaika. Nach dem Besuch von Präsident Seaga in Washington gleich nach Reagans Amtsantritt hat dieser seinen Freund David Rockefeller, den früheren Vorsitzenden der Chase Manhattan Bank, gebeten, einen Ausschuß zur Förderung des Kapitalexports nach Jamaika zu bilden. 400 Investitionsvorhaben sind bereits angemeldet; US-Steueranwälte sind noch dabei, die gesetzlichen Bestimmungen Jamaicas zu durchforsten, um „herauszufinden, ob sie für mögliche ausländische Anleger attraktiver gemacht werden können“ („Newsweek“, 20.7.81). „Es soll ein Beispiel werden, wie erfolgreich ein

Land sein kann, das den privaten Sektor unterstützt und vernünftig mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeitet“, erklärte ein Regierungsbeamter. Im Juni ernannte Reagan seinenstellvertretenden Staatssekretär für Inneramerikanische Angelegenheiten, Thomas Enders. In einer Rede nannte dieser die wirtschaftlichen Interessen der USA im Gebiet der Karibik und insbesondere die Öllieferwege als Hauptgrund für das Bestreben der USA, „das karibische Becken zu sichern“.

Anfang Juli fand auf den Bahamas eine Außenministerkonferenz der vier „Geberländer“ USA, Kanada, Mexiko und Venezuela statt: Verhandlung über den „Mini-Marshallplan“. Vor allem Mexiko versucht offenbar, durch seine Beteiligung an dem Plan der Expansion des US-Imperialismus Schranken zu ziehen. Präsident Portillo hatte schon bei seinem Besuch in Washington verlangt, daß Militärhilfe ausgeschlossen wird und daß kein Land automatisch keine Zahlungen erhält. Im Communiqué der Konferenz, auf der „keine Übereinstimmung“ („Financial Times“) erzielt wurde, erklären die Teilnehmer die Notwendigkeit größeren Engagements in der Region „ohne militärische Erwägungen oder politische Vorbedingungen“. Statt eines gemeinsamen Fonds sollen die „Geberländer“ selbst entscheiden, wem und wie sie zahlen. Mexiko gibt nicht den Schafspelz ab, den Reagan gerne hätte, um sich in Mittelamerika unverdächtiger bewegen zu können; die Munition für die Junta El Salvadors erhält nicht den Aufkleber „Entwicklungshilfe“.

## Italien EG-Kommission will Lohnsenkung

Seit Anfang der Woche verhandelt die neue italienische Regierung mit Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden über die künftige Wirtschaftspolitik. Kernpunkt soll eine Vereinbarung über die „geplante Inflationsrate“ werden, auf die die Kapitalisten zwar nicht ihre Preiserhöhungen, wohl aber die an die Arbeiter zu zahlenden Inflationszuschläge begrenzen wollen. Bis zum 30.9., hat der Industriellenverband ultimativ gefordert, müsse eine „Gesamtregelung zu den Lohnkosten“ her. Die EG-Kommission will sich – mit unverschämter Einmischung – an der „Regelung“ beteiligen. Sie hat dem Ministerrat jetzt eine „Empfehlung“ zu den Inflationszuschlägen in mehreren EG-Ländern zugeleitet. Danach sollen bei Berechnungen der Zuschläge verschiedene Preissteigerungen (aufgrund von indirekten Steuern, öf-



Metallarbeiterstreik gegen Bruch des geltenden Tarifvertrages

fentliche Tarife, Öl- und Rohstoffpreise usw.) nicht mehr berücksichtigt werden. In Ländern mit überdurchschnittlicher Inflation, speziell also in Italien, sollen die Zuschläge auf EG-Durchschnitt gekappt werden.

Von 1978 bis 1980 haben die Kapitalisten den Lohnanteil am Neuwert der Industrie von 77,1% auf 72,1% drücken können. Die flotte Konjunktur, die sich auf dieser Grundlage seit 1978 entwickelt hatte, ist seit der 2. Jahreshälfte 1980 ins Stocken geraten. Seidem sinkt die Industrieproduktion. Vor allem von den großen Konzernen, namentlich Fiat, sind hundertausende Arbeiter auf Kurzarbeitergeld gesetzt worden.

Kredit- und Börsenspekulation gingen noch lustig weiter, als – nicht zuletzt wegen der gedrückten Konsumtionsfähigkeit der Massen – die ersten Krisenzeichen in der Produktion schon offenkundig wurden. Allein 1980 nahmen italienische Kapitalisten, um Kreditbeschränkungen der Zentralbank zu umgehen, rund 5 Mrd. DM neue Kredite im Ausland auf. Die Aktienkurse von Banken und Finanzierungsgesellschaften stiegen von Juni 1980 bis Mai 1981 auf das Drei- bis Fünffache.

Der Krach mußte kommen. Als im Juni spekulative Termingeschäfte an den Börsen durch Einführung einer Pflichtbaranzahlung von 30% erschwert wurden, brachen die Kurse zusammen. Am 7. Juli mußten mangels Käufern die Börsen geschlossen werden. Zum 15.7. fällige offene Posten in Höhe von rund 1,5 Mrd. DM waren ungedeckt. Um Spekulantenpleiten abzuwenden, „erlaubte“ die Regierung den Banken, die Pensionsfonds ihrer Angestellten zu Aktienkäufen zu verwenden. Zu Bankrotten kam es bisher nicht, doch die Kurse sind weiter gefallen.

Der anhaltende Druck auf die Beschäftigung erschwert die Abwehr des

gegenwärtigen Generalangriffs auf die Löhne. Bei Fiat wurde Mitte Juli – erstmals seit der Niederlage im letzten Herbst – ein Streik wieder zu wenigstens zwei Dritteln befolgt. Erhöhung des Urlaubsgelds und Verzicht auf weitere Entlassungen konnten durchgesetzt werden. Aber von den fast 20000 Kurzarbeitern werden die ersten, statt dieses Jahr, erst im Herbst 1982 in die Fabriken zurückkehren.

## *Irland*

### **Regierung verschlechtert Beziehungen zu London**

Der irische Premierminister Garret FitzGerald verschob letzte Woche ein mit Premierministerin Thatcher geplantes Treffen auf unbestimmte Zeit. Seine Regierung ließ andeuten, daß sie ihren Botschafter aus London abziehen wird, falls Kieran Doherty, seit Ende Mai im Hungerstreik, ebenfalls wie sechs Gefangene vor ihm stirbt.

Die Empörung in der Republik Irland über die grausamen Haftbedingungen in nordirischen Gefängnissen und die Kriminalisierungsversuche der britischen Regierung gegenüber den politischen Gefangenen zeigte sich in großen Demonstrationen mit jeweils bis zu 20000 Teilnehmern vor der britischen Botschaft in Dublin.

Die scharfe Reaktion der Regierung FitzGerald ist umso bedeutender, als diese Regierung von der Fine Gael Partei gestellt wird, die in Koalition mit der irischen Labour-Partei und mehreren unabhängigen Abgeordneten eine Zweistimmenmehrheit über Fianna Fail unter Charles Haughey hat. Beide, Fianna Fail und Fine Gael, stammen aus der Unabhängigkeitsbewegung Sinn Fein. Fine Gael ging aus dem Flügel der Sinn Fein hervor, der im bewaffneten Kampf 1922 den „Kompromiß“ mit den britischen Imperialisten

unterstützte Teilung des Landes in das (britische) Nordirland und den (halbunabhängigen) Irischen Freistaat. Fianna Fail dagegen kommt aus dem Teil der Sinn Fein, der 1922 bis 1925 bewaffnet diesen Kompromiß im irischen Bürgerkrieg bekämpfte. Beide Parteien traten während des 2. Weltkriegs für die irische Neutralität ein, beide unterstützten 1949 die Ausrufung der Republik (und damit die vollständige Unabhängigkeit). Aber in der Nordirlandfrage gibt es weiterhin schwere Differenzen. Während die „republikanische“ Fianna Fail für *einen* einheitlichen irischen Staat eintritt, ist Fine Gael für eine Art loser Konföderation mit Nordirland.

Von den Gefangenen in nordirischen Gefängnissen hatte die IRA neun zur Wahl in der Republik Irland aufgestellt, sie erhielten über 42000 Erststimmen, zwei von ihnen wurden gewählt. Kieran Doherty, der jetzt im Sterben liegt, ist irischer Parlamentsabgeordneter, wie Bobby Sands Abgeordneter im britischen Unterhaus war.

Die britische Regierung hat nach dem Tode Sands einen Gesetzentwurf durchgebracht, der die Kandidatur „verurteilter Krimineller“ für das Parlament verbietet, um bei der Nachwahl den erneuten Sieg eines Gefangenen zu verhindern. Die Regierung Thatcher weigert sich weiterhin, mit den Gefangenen zu verhandeln, geschweige denn die bereits im Dezember gemachten Zugeständnisse einzuhalten. Sie hatte bisjetzt darauf gesetzt, daß die IRA die Aktion nach dem Tod der ersten Gefangenen aufgeben würde. Inzwischen zeigt sich, daß deren Entschlossenheit größer ist, als die britische Regierung sich vorstellen kann. Der zuletzt in den Hungerstreik getretene Gefangene hatte „nur“ sieben Jahre abzusitzen, würde er sich dem Gefängnisregiment der Briten unterwerfen, würde er nach halber Strafzeit im August dieses Jahres entlassen. Stattdessen hat er sich der Aktion angeschlossen.

## *Südliches Afrika*

### **Zweite Koordinierungskonferenz in Zimbabwe**

Die Staatschefs von Botswana, Swasiland, Lesotho, Malawi, Angola, Sambia, Mosambik, Tansania und Zimbabwe nahmen am 20. Juli in Salisbury an einem eintägigen Gipfeltreffen der „Entwicklungscoordinierung Südliches Afrika“ (SADCC) teil. Nach der ersten Konferenz im April 1980 war dies das zweite SADCC-Gipfeltreffen.

Die Konferenz bestätigte ihr Ziel, „für die wirtschaftliche Befreiung, Gerechtigkeit und Frieden im südlichen

Afrika“ zu kämpfen. Sie ratifizierte ein Kommuniqué über die Einrichtung regelmäßiger Konferenzen, eines Ständigen Komitees und eines Sekretariats. Dieses wird im Juli 1982 seine Arbeit mit Sitz in Botswana aufnehmen.

Ebenfalls beschlossen die teilnehmenden Staaten die Einrichtung einer Transportkommission Südliches Afrika. „Die Kommission bekommt die Verantwortung für die Sicherung enger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten beim Betrieb des Transportsystems der Region“.

Die Imperialisten haben im südlichen Afrika ein Transportnetz aufgebaut, das nur der kolonialen Ausbeutung dient und die ganze Region an Südafrika bindet. Zimbabwe z.B. muß nach seiner harterkämpften Befreiung immer noch 90% aller Exporte über südafrikanische Häfen verschiffen, was eine unerträgliche Abhängigkeit vom Regime in Pretoria schafft und Zimbabwe in die schlechte Lage bringt, entsprechende OAU-Boykottresolutionen nicht einhalten zu können.

Die Eisenbahnlinien nach Maputo und Beira in Mozambique sind inzwischen wieder offen, aber sie werden auf zweifache Art und Weise sabotiert: Südafrika finanziert und führt eine reaktionäre Bandenbewegung in Mozambique, die mit Anschlägen gegen Stromleitungen, Telefonzentralen und diese Eisenbahnen versucht, Mozambiques Aufbau zu verhindern.

Außerdem weigern sich viele Firmen in Zimbabwe, die noch ausländischem Kapital gehören und von Weißen gerichtet werden, ihre Exporte über Mozambique zu verladen. Die Häfen seien unzuverlässig. Die Zuckerfirmen – darunter z.B. der britische Konzern Tate&Lyle – behaupten, Exporte für mehr als 40 Mio. DM würden in Maputo verrotten und nicht verladen.

Zimbabwes Transportminister Chimano bereiste Anfang Juni Mozambique und wies in einer Pressekonferenz nach seiner Rückkehr diese Behauptungen zurück. Er habe selbst die Verladung dieser Waren gesehen, außerdem seien Mozambiques Häfen modern ausgerüstet und nicht ausgelastet.

Die Monopole wie Tate&Lyle, die über ihre Firmen in Zimbabwe die Abhängigkeit des Landes von Südafrika gern erhalten wollen, sind die gleichen, die während des internationalen Boykotts gegen das damalige Rhodesien unter Smith die Sanktionen brachen – ohne irgendwelche rechtlichen Folgen. Das höchste englische Gericht wies vor wenigen Wochen Klagen gegen BP und eine andere Ölgesellschaft wegen Sanktionenbruch ab, obwohl dieser Bruch eindeutig bewiesen war. Großbritannien hatte seit 1965 Gesetze, die den Handel mit Rhodesien (als „aufsässiger Kolonie“) verbieten.

## Libyen

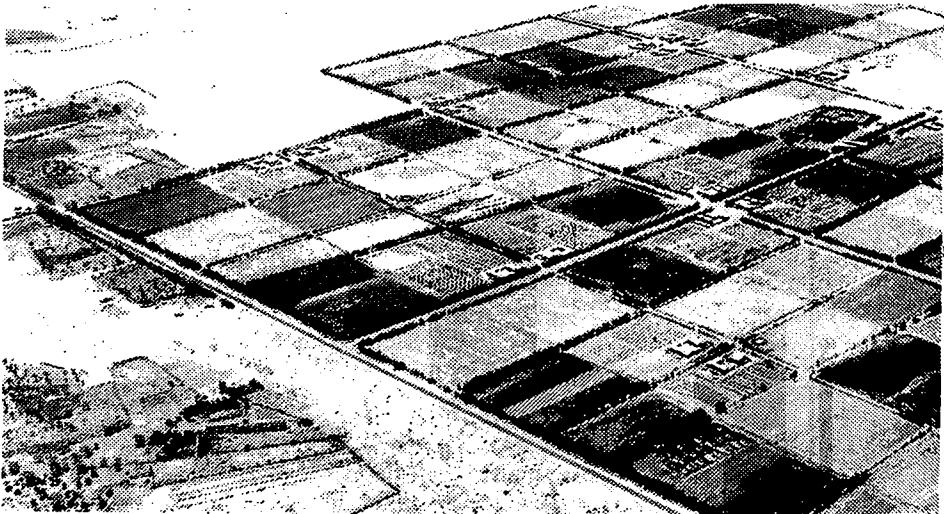
# Kann Abstumpfung der Klassengegensätze die Unabhängigkeit sichern?

Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Mai haben die US-Imperialisten ihre mit drohenden Flottenmanövern unterstrichene Propagandakampagne gegen Libyen auf einen neuen Höhepunkt getrieben. Der geifern-de Haß, der westliche Imperialisten überkommt, sobald von Muammar al Gadhafi die Rede ist, spricht für ihn. Auch in die Freundschaftsbeteuerung der Sozialimperialisten mischt sich regelmäßig – und durch Verweigerung von Stützpunkten wie hartnäckige Nachfragen zu Afghanistan genährt – Argwohn. Hat Libyen – obwohl noch immer fast 100% der Exporteinnahmen und mehr als die Hälfte des Nationaleinkommens aus der Ölproduktion stammen – in den zwölf Jahren seit dem Sturz der Monarchie tatsächlich eine unabhängige Entwicklung eingeschlagen können?

Bis die Ölproduktion Anfang der 60er Jahre begann, zählte Libyen zu den ärmsten Staaten der Welt. US- und britische Imperialisten finanzierten die Hälfte des Staatshaushalts und ließen sich Stützpunkte einräumen. Die inneren Klassenwidersprüche waren wenig entwickelt: bei den nomadischen Vieh-

rung von Nomaden und Bauern in die Städte, wo aber nur die wenigsten Arbeit finden konnten, unglaublicher Korruption und Bereicherung der um das Königshaus gescharten Clique, die von den Ölkonzernen bestochen und zugleich unter Vormundschaft gestellt wurde: Die Bürokratie der Ölfirmen war zahlenmäßig stärker und besser ausgebildet als der staatliche Verwaltungsapparat.

Dagegen richtete sich der von kleinen Gruppen junger Offiziere unter Leitung Gadhafis durchgeführte Militärputsch, der augenscheinlich von fast allen Klassen der libyschen Bevölkerung begrüßt wurde, auch wenn das neue Regime sie – fürs erste jedenfalls – an selbständiger politischer Vertretung ihrer Interessen hinderte. Die ausländischen Militärbasen wurden geschlossen, die italienischen Siedler ausgewiesen und ihr Land in Staatsbetriebe überführt. Ölpreise und Fördersteuer wurden schrittweise erhöht, die Produktion staatlicher Kontrolle unterworfen und der bisherige Raubbau an den Reserven eingeschränkt, schließlich – 1973/74 – Staatsbeteiligung



Neulandgewinnung in der Wüste. Die Höfe werden gegen zinslose Darlehen über 20 Jahre an Hirten, Kleinbauern und Landarbeiter übergeben.

züchtern herrschte noch weitgehend Gemeineigentum der Stämme, Großgrundbesitzer waren seit der Kolonialzeit hauptsächlich Italiener, der kleinen, vor allem im Handel aktiven städtischen Bourgeoisie stand nur ein winziges Proletariat gegenüber. Die – trotz ausgesprochen ungünstiger Konzessionsverträge – mit der Ölproduktion ins Land strömenden Geldmittel führten zu rascher Zersetzung der traditionellen Produktionsweise, Wande-

von mindestens 51% an allen Ölfördergesellschaften durchgesetzt.

Die Innenpolitik der libyschen Führung zeichnet sich seit 1969 durch den Anspruch aus, im Interesse der „nationalen Einheit“ gegen den Imperialismus und unter Rückgriff auf islamische Rechtsvorstellungen könne die Aneignung der Ölrente durch eine privilegierte Klasse und die Herausbildung antagonistischer Klassenverhältnisse überhaupt verhindert werden. In

Wirklichkeit haben nach Gadhafis eigener Auskunft Händler und Baukapitalisten nach dem Sturz der Monarchie „riesige Profite“ gemacht, während das Streikrecht nach einem Lohnstreik der Hafenarbeiter 1972 abgeschafft und die Bildung politischer Parteien verboten wurde. Die kleinbürgerliche Vorstellung, eine klassenlose Gesellschaft könne ohne proletarischen Klassenkampf verwirklicht werden, wird durch die – gemessen an der kaum 3 Mio. zählenden Bevölkerung – riesigen Ölannahmen (das Prokopfeinkommen liegt höher als in England oder der DDR) und die ursprüngliche Schwäche der Bourgeoisie begünstigt. Anders als im „arabischen Sozialismus“ Nasses, der im wesentlichen die Akkumulationsinteressen des Staatskapitals ausdrückte, wurden wiederholt Massenbewegungen gegen die Verselbständigung der Staatsmaschinerie eingeleitet. Seit 1977 die „Dschaamahiriya“ (etwa: „Massenherrschaft“) ausgerufen wurde, ist ein Großteil der Verwaltungsfunktionen von räteähnlichen

„Volkskongressen“ übernommen worden. Die Betriebe werden schrittweise in Selbstverwaltung der Belegschaften und Volkskongresse überführt.

Durch verschiedene Maßnahmen ist das Lebensniveau der Massen erheblich gehoben worden: Erhöhung der Mindestlöhne, Einführung eines modernen Sozialversicherungssystems, kostenlose Eigentumswohnungen für die ärmeren Schichten, Vergabe von Bauernstellen auf neugewonnenem Land zu günstigen Bedingungen. Beim Aufbau einer eigenen Industrie und in der Entwicklung der Landwirtschaft wurden große Fortschritte gemacht, aber nach dem bis 1980 laufenden Fünfjahrplan wären bei dessen Abschluß erst 4,8 bzw. 2,6% des Sozialprodukts in Industrie und Landwirtschaft produziert worden. Die Daten zeigen, wie vollständig Libyens Wirtschaft weiterhin auf dem Ölexport beruht; Hauptabnehmer sind die USA, die BRD und Italien.

Die Entwicklung einer selbständigen

Wirtschaftsstruktur geht zudem Hand in Hand mit einem fortwährend steigenden Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Bereits 1975 standen 454000 libyschen Beschäftigten 220000 Ausländer, hauptsächlich Ägypter und Tunesier, gegenüber. Von den im Fünfjahrplan vorgesehenen neuen Arbeitsplätzen sollten 91700 durch Libyer, 160000 durch Ausländer besetzt werden; der Anteil an den Beschäftigten wäre damit bis 1980 auf 41,3% gestiegen. Die Beschäftigung eines Heers von ausländischen Arbeitern mag zunächst die Abstumpfung der Klassenkonflikte erleichtern. Zugleich stellt sie aber einen Hebel kapitalistischer Akkumulation dar, die die „Massenherrschaft“ auch für die Libyer über den Haufen werfen würde. Vielleicht treibt diese Erkenntnis die libysche Führung zu ihren – oft recht abenteuerlichen – Versuchen um Einordnung der Entwicklung des Landes in einen größeren, gesamtarabischen Zusammenhang.

## Gadhafi: Das grüne Buch (Auszüge)

Da das schwierige Problem im Falle der Demokratie das des Regierungsinstruments ist, Ausdruck des Konflikts der Klassen, Parteien und Individuen, und da die Methoden der Wahl und des Volksentscheids ersonnen wurden, um das Mißlingen dieser erfolglosen Ansätze zur Lösung dieser Probleme zu verdecken, liegt die Lösung in der Auffindung eines Regierungsinstruments, das sich von jenen, die Gegenstand von Konflikten sind und nur eine Seite der Gesellschaft repräsentieren, unterscheidet; das heißt: eines Regierungsinstruments, dem nicht eine Partei, eine Klasse, eine Sekte oder ein Stamm zugrundeliegt, sondern die Gesamtheit des Volkes. Es repräsentiert weder das Volk noch spricht es in seinem Namen. „Keine Repräsentation an Stelle des Volkes“ und „Repräsentation ist Betrug“. Die Macht des Volkes hat nur ein Gesicht, und sie kann nur durch eine Methode verwirklicht werden, nämlich durch Volkskongresse und Volkskomitees ... Als erstes organisiert sich das Volk auf Volkskongressen an der Basis. Jeder Volkskongress an der Basis wählt sein Arbeitskomitee. Die Arbeitskomitees bilden zusammen Volkskongresse für jeden Distrikt. Dann wählen die Massen dieser Volkskongresse an der Basis Verwaltungskomitees des Volkes, um die „Verwaltung“ durch die Regierung zu ersetzen. So werden alle öffentli-

chen Angelegenheiten von den Verwaltungskomitees geleitet, die den Volkskongressen an der Basis verantwortlich sind und die die von den Verwaltungskomitees auszuführende Politik festlegen und ihre Ausführung kontrollieren.

Das ursprüngliche Gesetz einer jeden Gesellschaft beruht auf Tradition und Religion. Jeder andere Versuch, einer Gesellschaft außerhalb dieser beiden Quellen Gesetze zu geben, ist unrechtmäßig und unlogisch.

Theoretisch ist dies die wahre Demokratie. Aber in der Realität herrscht immer der Starke ..., d.h. der stärkere Teil der Gesellschaft ist derjenige, der herrscht.

Der Lohnarbeiter ist ein Typ des Sklaven, gleich wie gut sein Lohn sein mag ... Unter allen gegenwärtig in der Welt herrschenden Bedingungen sind sie (die Arbeiter) Lohnarbeiter, auch wenn die Eigentumsformen unterschiedlich sind ... Die endgültige Lösung besteht in der Abschaffung des Lohnsystems ... sowie in der Rückkehr zu dem Gesetz, das die Beziehungen vor dem Entstehen von Klassen, Regierungsformen und vom Menschen geschaffenen Gesetzen bestimmte. Die natürlichen Gesetzmäßigkeiten sind Maßstab und alleinige Quelle aller zwischenmenschlichen Beziehungen.

Die materiellen Bedürfnisse des Menschen, die grundlegenden, notwendigen und persönlichen, beginnen mit dem Essen, dem Wohnen, der Klei-

dung und dem Transport ... All das muß sein privates und geheiligtes Eigentum sein. Man darf diesen Grundbedarf nicht durch Anmieten decken.

Die natürliche Regel ... verlangt, daß die Anteile der drei Faktoren an der Produktion (Rohstoffe, Fabrik, Arbeiter) gleich sind, d.h. die Produktion einer solchen Fabrik wird in drei Anteile aufgeteilt, einen Anteil für jeden der Produktionsfaktoren ... Die neue sozialistische Gesellschaft ... hat die natürliche Lösung geschaffen, nämlich das Privateigentum zur Befriedigung der Bedürfnisse, ohne andere dazu auszunutzen, und das sozialistische Eigentum, bei dem die Produzenten Partner in der Produktion sind.

In der neuen sozialistischen Gesellschaft sind Unterschiede im individuellen Reichtum nur für jene zulässig, die eine öffentliche Dienstleistung erbringen. Die Gesellschaft teilt ihnen einen Anteil am Reichtum entsprechend ihren Dienstleistungen zu.

Die endgültige Lösung ist die Abschaffung des Profits. Da aber der Profit die Triebkraft der wirtschaftlichen Tätigkeit ist, ist seine Abschaffung nicht eine Entscheidung, die leichtfertig getroffen werden darf. Sie muß sich aus der Entwicklung der sozialistischen Produktion ergeben, die erreicht wird, wenn die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft verwirklicht ist. Das Bestreben nach Steigerung der Profite wird letztlich zu deren Verschwinden führen.



Dallas

## Blut und Boden auf texanisch – die „Bild-Zeitung“ ist begeistert

Seit dem 30. Juni läuft jeden Dienstag abend im 1. Fernsehprogramm „Dallas“. Die ARD hat die ersten 52 Folgen dieser Serie aufgekauft, in den USA läuft sie seit 1979.

Die „Bild-Zeitung“ ist begeistert und fördert „Dallas“ mit Vor- und Nachbesprechungen. „Bild am Sonntag“ widmet der Serie und ihren Hauptdarstellern wochenlang zwei bis drei Seiten.

Dallas liegt im Norden von Texas im alten „wilden Westen“. In Dallas sitzt die Film-Familie Ewing. Jock Ewing hat in den dreißiger Jahren „mit seiner Hände Arbeit“ einen mittleren Ölkonzern zusammengebracht (im wesentlichen durch Bestechung, Betrug an seinem Partner Digger Barnes, der die Ölquellen fand, sowie durch das Foppen der kleinen Konkurrenten, die ihn zu ihrem Sprecher machten). Seine Frau Ellie brachte den Familiensitz Southfork Ranch in die Ehe ein, der mehrere hundert Hektar groß ist und wo die Ewings vor allem Rindermast betreiben.

Die Verwicklungen sind einfach, im wesentlichen geht es um die Abwehr von Facheversuchen der Familie des früheren Partners Barnes (sein Sohn ist Staatsanwalt und will Ewing Oil ans Messer liefern, die Ziehtochter dagegen heiratet in die Ewing-Familie ein)

sowie um die scharfe Konkurrenz zwischen dem „bösen“ Bruder J.R. Ewing, der mittlerweile an der Spitze des Konzerns steht, und seinem jüngeren Bruder, dem „guten“ Bobby, der im Auftrag des mißtrauischen Vaters auf J.R. aufpassen soll.

Bobby Ewing hatte sich seine Spuren als Bestechungsfachmann für Kongressabgeordnete verdient und war vor seiner Heirat als Lebemann und häufiger Bordellbesucher bekannt – das spricht in „Dallas“ nicht gegen ihn, solange er der Familie gegenüber loyal ist, den Familienbesitz mehrt und seine Mutter achtet.

Sein Bruder J.R. hingegen ist deswegen der Schurke, weil er die Geschäftsmethoden mit größter Unbekümmertheit auch auf das traute Familienleben anwendet und dabei vor Erpressung, Urkundenfälschung, Betrug und Vergewaltigung nicht zurückschreckt. Bei derartig feinen moralischen Unterschieden war es der US-Presse ein leichtes, einen richtiggehenden Sympathiekult mit dem „bösen“ J.R. zu fördern, mit J.R.-Bier, J.R.-Postern und Aufklebern „I love J.R.“

J.R.s größte Schurkerei ist daß er eine Hypothek auf den Familienbesitz aufnimmt („du bringst unser Heim in Gefahr“), um ein spekulatives

Ölgeschäft in Südostasien zu finanzieren, das er aber dann mit großem Profit abschließt.

Vom Ewing-Konzern sieht der „Dallas“-Zuschauer nur das Direktionsbüro, nicht einmal eine Ölquelle, geschweige denn einen Ölarbeiter. Die Lohnabhängigen in der Serie sind mexikanische Hausdiener, ein Ranch-Forman, der mit Enkelin Lucy ins Bett geht, und die Sekretärinnen, die der Zuschauer auch weitaus mehr im Bett der Chefs als am Schreibtisch betrachten kann. Die eingehiratenen Frauen liefern sich natürlich auch Konkurrenzschlächten, teilweise auch gegen ihre Männer, suchen Liebhaber und Alkohol in großen Mengen und sind ansonsten nur zum Kinderkriegen da (ein Großteil der kommenden Folgen beschäftigt sich mit der Frage, ob der Familienerbe nun wirklich von J.R. gezeugt wurde).

Die Familie und das Land sind die „Ideale“ dieser Serie, schlüpfrig ins Bild gesetzt sind Männer „im Existenzkampf“ und Frauen „auf ihrem Platz“, und das alles dort, wo mal wilder Westen war und die Gentlemen immer noch mit Cowboyhut rumlaufen – das ist der Mist, den die US-Bourgeoisie sorgfältig gestreut hat und auf dem u.a. ein Reagan zum Präsidenten gesprossen ist.

## Die Zähmung des Wilden Westens

Hart arbeitende, nur notgedrungen gewalttätige Menschen, die wohlerworbenes Eigentum und eine der schönen Töchter des Landes gewinnen, und halbwegs angenehme Besitzlose, die ihren Mann stehen, aber arm und frei bleiben, das sind die Helden, die in den ausgewählten acht Romanen und Erzählungen dem Leser nahegebracht werden. Nimmt man sie zusammen, wird ein moralischer Katalog aufgestellt. Der Wilde Westen? Ja, aber diese Menschen haben sich bewährt. Der Revolvermann, der nach zehn Jahren das Geschäft, das ihm nichts eingebracht hat, aufgibt, wird Mensch, indem er die Waffe ablegt und sich für gesetzliche Zustände stark macht. Der Mexikanerabkömmling, der seinen Platz als Siedler erobert, zeigt den anderen, wie das Weideland zu behandeln ist unter Ausnutzung der Weisheit der Indianer, aber natürlich unter Wegnahme ihres Landes. Ein guter Amerikaner knallt Indianer zwar ab, weil sie nichts als seinen Skalp wollen, aber er betrügt sie nicht. Sonst fällt er ihnen wie der Händler Long gerechterweise zum Opfer. Auf jeden Fall muß er gut zu Tieren sein, keine Pferde schinden, oder er muß wie der alte Cowboy Dodge einen ebenfalls alten, wilden Bullen verteidigen gegen Finch, der „immer den Boß herauskehrt“ und den Bullen zu Wurst machen will, weil er ihm die Rinderzucht verdirbt. Dann lieber eine fast menschenwürdige Kugel.

Die besten Geschichten aus dem Wilden Westen, hrsg. von Th. Jeier, Heyne-TB 2593, München 1981, 5,80 DM

## Taschenbücher zur Geschichte der USA

Fast alle Taschenbücher zur Geschichte der USA zeichnen sich durch systematische Verharmlosung des brutalen Expansionismus, der von Anfang an Hauptinhalt der US-Geschichte ist, aus. Der Herausgeber des Bandes der „Fischer Weltgeschichte“ z.B. findet nur „unter weltgeschichtlicher Perspektive ... bedauerlich, daß die Verdrängung und weitgehende Ausrottung der Indianer nicht ausführlicher behandelt werden konnte“, als ob sie nicht ein Hauptkapitel amerikanischer Nationalgeschichte wäre. Der Krieg, mit dem die USA 1848 die Hälfte des mexikanischen Staatsgebiets annex-

tierten, ist regelmäßig nur unter dem Gesichtspunkt des Konflikts zwischen Nord- und Südstaaten um die Ausdehnung der Sklaverei nach Westen behandelt. Daß es in den annexierten Gebieten Mexikaner gab, ist weder in der „Weltgeschichte“, die viel, freilich ziemlich ungeordnetes sozialgeschichtliches Material enthält, noch in dem – als Gesamtdarstellung brauchbarsten – Guggisberg mit einem Wort erwähnt. Näheres über Ziele und Verlauf des Sklavenaufstands unter Nat Turner sucht man überall vergeblich. Eine gewisse Ausnahme bildet das Buch von Jacobs u.a., das in einzelnen Kapiteln Unterdrückung und Widerstand der verschiedenen „Minderheiten“ behandelt. Über – berechtigter – moralischer Empörung kommt dabei leider die Darstellung der Produktions- und Lebensverhältnisse oft zu kurz, zumal die Dokumente der Originalausgabe in der Übersetzung fortgelassen wurden. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist in teils offener (Angermann), teils versteckter Polemik gegen US-Historiker geschrieben, die sich um die Aufdeckung der imperialistischen Interessen bemüht haben, die vom Kolonialkrieg gegen Spanien über die beiden Weltkriege schließlich zum „Kalten Krieg“ führten. Die Aggression gegen Indochina erscheint so, weil schließlich gescheitert, nur noch als „tragische Verstrickung“.

Guggisberg. Geschichte der USA. 2 Bde. Urban TB 209/210, 24,00 DM  
Fischer Weltgeschichte Bd. 30. Die Vereinigten Staaten von Amerika. 14,80 DM.

Angermann. Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. dtv 4007, 12,80 DM.

Jacobs u.a. Brüder, wollen wir uns unterwerfen, dtv 1047, 9,80 DM.

Kanada flüchten, nachdem die Weißen den großen Sioux-Aufstand in der Prärie Minnesotas 1882 niedergemetzelt hatten. „Beim Ausbruch des großen Aufstands glaubten wir, unsere Zeit sei gekommen, wußten wir doch, daß die Langmesser Streit unter sich wegen ihrer Sklaven hatten“, schreibt der Autor über diesen Aufstand, ohne sich dann jedoch weiter damit zu befassen. Er schildert stattdessen anschaulich und lebendig das gesellschaftliche Leben der Dakota, ihre Jagd auf Büffel, das Sammeln von Beeren und Früchten, die jährliche Ernte von wildem Reis, die Zuckergewinnung, ihre Feste, auf denen die ansonsten in Sippen und kleineren Jagdtrupps umherstreifenden Dakota sich alljährlich trafen. Der Leser erfährt Einzelheiten über religiöse Sagen der Dakota, über wichtige Tänze, die Arbeit der Medizinhäger, über die Rolle des „Rats der Alten“ und der „Lagerpolizei“. „Ohijesa“ ist keine Anklageschrift gegen die Indianermetzeleien und den Landraub der weißen Siedler – vielleicht, weil der Autor durch die frühe Flucht nach Kanada den US-Metzeleien wie auch dem langsamem Dahinsiechen in einem Reservat persönlich entkommen konnte. Eher ist das Buch eine Verteidigungsschrift – gegen das elende Lügengewäsch über angeblich „gute“ und angeblich „böse“ Indianer, mit dem die US-Bourgeoisie noch Jahrzehnte nach den großen Indianermassakern ihren Landraub und Völkermord zu rechtfertigen versuchte – und auch heute noch versucht.

C.A. Eastman, Ohijesa. Jugenderinnerungen eines Sioux-Indianers. Insel-Taschenbuch 519. 7,00 DM



Manitoschas Jagd

## Jugenderinnerungen eines Sioux

„Ohijesa“, das sind die Jugenderinnerungen eines Sioux-Indianers vom Stamm der Dakota, die dieser – inzwischen als „zivilisierter Wilder“ und Arzt unter Weißen lebend – 1902 herausgab. Angesichts des für ihn unausweichlichen Untergangs der indianischen Nationen in den USA wollte der Autor mit seinem Buch wenigstens die Erinnerung an das frühere Leben der Indianer Nordamerikas wachhalten.

Als kleines Kind mußte Ohijesa mit den Resten seiner Sippe vor US-Truppen nach British-Columbia ins heutige

## Berufsfußball

# Muß der DFB seine Praktiken ändern? Ein erster Erfolg

Am 1.7.76 unterschrieb der Fußballspieler Peter Dewinski beim Zweitliga-Verein Bonner SC einen auf zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrag bei einem monatlichen Gehalt vom rund 4000 DM. Ein Jahr später stellte der Bonner SC, trotz gültigen Arbeitsvertrages und ohne Kündigung, die Gehaltzahlungen ein. Der Deutsche Fußballbund DFB hatte dem Verein die Lizenz entzogen.

Am 31.5. 1981 wurde die bis dahin zweigeteilte zweite Liga zu einer einheitlichen zusammengezogen, von den 40 Zweitliga-Vereinen verloren 20 ihre Lizenz. Über 300 angestellte Fußballspieler wurden, wiederum vielfach trotz gültiger Zeitarbeitsverträge und ohne Kündigung, über Nacht arbeitslos. Für die Vereine, die nichts anderes sind als kapitalistische Unternehmen, ist der Lizenzverlust gewöhnliches Geschäftsrisiko, und nicht einmal ein kostspieliges. Sie sind fortan „gemeinnützig“ – und die Spieler aller Rechte aus ihren Arbeitsverträgen beraubt. Denn nach der Satzung des DFB, die unterschreiben muß, wer Fußballspielen berufsmäßig ausüben will, werden die zwischen Spieler und Vereinen abgeschlossenen befristeten Arbeitsverträge automatisch ungültig, wenn der Verein seine Lizenz verliert oder zurückgibt. Es bedarf nicht einmal der Kündigung.

Das heißt, es bedurfte nicht einmal der Kündigung. Denn immer weniger sind die Spieler bereit, sich einem Reglement zu unterwerfen, das ihnen bei aller hohen Entlohnung doch kaum mehr Rechte zuerkennt als dem Ball, den sie täglich bearbeiten. Peter Dewinski klagte mit Unterstützung der Deutschen Angestelltengewerkschaft DAG gegen den Bonner SC, und das Bundesarbeitsgericht mußte Anfang Juli die Praxis des DFB und seiner Bundesliga-Vereine für unzulässig erklären. Diese müssen somit auch nach Lizenzverlust bis zum Auslaufen des Vertrages zahlen.

Daß damit erst ein kleiner Erfolg gegen die Rechtlosigkeit der Berufsfußballer erzielt ist, macht erneut der Spielerhandel deutlich, der die neue Liga-Saison einleitet.

Da werden Spieler über die Vereinstheken geschoben, als seien sie nichts anderes als eines der üblichen Objekte, in denen die Bourgeoisie ihr Geld anzulegen lieben, Bilder, Schmuck oder Teppiche. Der VFL Bochum z.B. sanierte sich durch den Verkauf des Spielers Tenhagen, ohne sich um dessen Willen zu scheren, und tatsächlich hatte dieser nur die Wahl, sich verkaufen zu lassen oder arbeitslos zu melden. Umgekehrt haben die Spieler längst nicht die Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wem und wo sie wollen. Ein Spieler kann laut Lizenzspieler-Statut nach Ablauf seines Arbeitsvertrages nur wechseln, wenn sich der alte und der neue Verein über die „Transferentschädigung“ oder „Ablösesumme“ oder kurz über seinen Preis geeinigt haben. Andernfalls? Über zwei Jahre hinderte z.B. Tennis Borussia durch eine hohe Ablöseforderung einen Spieler daran, seine Arbeitskraft weiter als Fußballspieler zu verkaufen.

Zwar hat der DFB aufgrund wachsenden Widerstandes der Spieler im letzten Jahr eine Satzungsänderung vornehmen müssen. Danach kann der Spieler unabhängig von der „Transferentschädigung“ einen neuen Vertrag mit einem anderen Verein abschließen. Praktisch aber bleibt alles beim Alten. Denn ohne daß dieser nicht weiß, eine wie hohe Ablösesumme er letztlich zu zahlen hat, gibt er dem Spieler halt keinen Vertrag. Und an dem System der „Transferentschädigungen“ hält der DFB eisern fest. Denn die Vereine haben diese Regelung getroffen, um zu verhindern, daß die größten durch Zahlung höherer Gehälter die besten Spieler an sich ziehen, damit nicht nur kleinere Vereine aus dem Rennen werfen, sondern zugleich dem ganzen einträglichen Geschäft den Boden entziehen. Und das Ganze kostet sie, trotz der irrsinnigen Summen, wenig, denn im Schnitt finanzieren sie aus dem Verkauf von – häufig schon „abgeschriebenen“ – Spielern den Kauf von neuen, die sie dann wiederum abschreiben können. Aufgrund der Abschreibungsmöglichkeit kann z.B. der 1. FC Köln von der Kaufsumme von 2,5 Mio. für Tony Woodcock 1,6 Mio. durch Steuernachlaß wieder hereinholen.

Höchst erfreulich ist die Tatsache, daß die Berufsspieler sich gegen solche Praktiken zu wehren beginnen. Immerhin sind inzwischen 62% in der 1. Bundesliga in der DAG organisiert.

„Linke“ und „nationale Frage“

## Schon der Reaktion auf den Leim gegangen

Im Januar dieses Jahres erschien im Verlag Rowohlt das Taschenbuch „Die Linke und die Nationale Frage“ von P. Brandt und H. Ammon. Der Einband verspricht eine „Dokumentation zur Deutschen Einheit seit 1945“. (1)

Schon 1979 registrierte „Die Welt“: „Ein neues Schlagwort spukt durch die deutschlandpolitische Diskussion: ‚Linke nationale Politik‘. Bei den ‚Aschaffenburger Gesprächen‘ zum Thema der deutschen Einheit tauchte es mehrfach auf.“ Die Ahnenreihe dieser Unternehmung ist auch nicht gerade kurz. Der jüngste Parte von Brandt/Ammon ist der Publizist Sebastian Haffner. In dem obskuren „befreiungsnationalistischen“ Organ „Wir selbst, Zeitschrift für nationale Identität“ brütet er über dem Thema „Nation und Revolution“. Haffner: (2)

„Ganz naiv gefragt. Ist Nationalismus eigentlich etwas Schlechtes oder etwas Gutes? Halt, antworten Sie nicht so schnell. Sie könnten sich leicht in Widersprüche verwickeln. In Deutschland ist ja Nationalismus heute diskreditiert, ich weiß, und das aus gutem Grund. Aber wie ist das zum Beispiel mit dem baskischen Nationalismus? Sind Sie nicht etwa für die Eriträer in ihrem Kampf um Selbständigkeit? ... Fragen wir jetzt einmal ein bisschen anders, ein bisschen weniger naiv. Was ist der Gegenbegriff zu Nationalismus? Internationalismus? Durchaus nicht ... Nein, der wahre Gegensatz zu Nationalismus heißt Imperialismus. Die Alternative zu einer Welt der souveränen Nationen ist das universale Imperium.“

Solche Imperien sind nur die USA und die Sowjetunion. Die sind zwar „Friedensmächte“ in ihrem Herrschaftsbereich, aber sie entmündigen die Nationen. Deshalb: „Über eins müssen wir uns klar sein: Imperialismus ist eine ‚rechte‘ Idee, Nationalismus eine ‚linke‘.“

Die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Imperialisten und ihre Kriegsvorbereitungen geben dem Drang nach Versöhnung mit der eigenen Bourgeoisie das Argument: Abhängigkeit von und Bedrohung durch eine der beiden Supermächte als angebliche Ursache für innere Widersprüche, für Wirtschaftskrisen und Unterdrückung und als äußeres Hindernis für Fortschritt, Demokratie, Sozialismus oder demokratischen Sozialismus.

Westdeutsche Imperialisten und Arbeiterklasse als Partner der nationalen Befreiung. Statt Kaiser Wilhelms „Ich kenne nur noch Deutsche“ diesmal „Wir kennen nur noch unterdrückte Deutsche“, die sich in „Wiedervereinigung“ befreien sollen.

Die feine „nationale“ Art des westdeutschen Imperialismus hat dabei noch eine besondere Note. Man mag über Nation viel erzählen, nur ist offensichtlich, daß es sich dabei im Falle der westdeutschen Bourgeoisie um Ansprüche auf und Eingriffe in fremde Staatsgebiete handelt – auf jeden Fall das der DDR –, die sich als innere „nationale“ Angelegenheit tarnen können.

Ganz abgesehen davon, daß ein unter der Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie vereinigtes Deutschland an der Spitze Europas der Arbeiterklasse in Westdeutschland und in den europäischen Ländern und auch dem Weltfrieden gerade noch gefehlt hätte.

Haffner scheut sich ebensowenig wie seine linksnationalen Jünger, die bürgerliche Revolution gegen den Feudaladel in Europa und die Kämpfe um nationale Befreiung vom Imperialismus in den Ländern der Dritten Welt – beide fortschriftlich, weil sie sich gegen die Hemmnisse in der Entwicklung der Produktivkräfte richten – zur Legitimation einer Neuauflage imperialistischer Raubzüge unter der Fahne des Nationalismus zu mißbrauchen.

Nach dem Machtantritt der Bourgeoisie, mit dem Übergang zum Imperialismus, wird die Bourgeoisie selbst zum Haupthindernis der Entwicklung der Produktivkräfte und ordnet die „nationale Frage“ der Sicherung und Expansion ihrer Herrschaft unter. Die „Verwirklichung der Nation“ in und mit einem imperialistischen Staat wird zu einer reaktionären Zielsetzung, genauso wie es die Herstellung von Lebensraum für die „Rasse“ oder von Platz für den Familienclan wäre, obwohl es unterschiedliche Rassen ebenso gibt wie Familien und Nationen. (3)

Der neue „linke“ Nationalismus plätschert dabei aus zwei unterschiedlichen Quellen: 1. aus der Ecke der Sozialdemokratie als rosa getünchter Sozialchauvinismus – also Friede und Fortschritt und demokratischer Sozialismus als *nationale* Aufgabe, die durch Reformen zu verwirklichen sei, und 2. aus der Ecke des „sozialen“ Flügels der Faschisten, wo die *Befreiung der Nation* gegen die „Herrschenden“ die Lösung sozialer Interessen biete.

In der Dokumentation ist diese zweite Herkunft mit Henning Eichberg, dem Vertreter eines grünlich-ökologisch eingefärbten Faschismus vertreten, der sich ganz zu Unrecht als Linker herumbreibt. (4)

Befriedigt kann deshalb auch die faschistische Monatszeitung „Nation Europa“ feststellen:

„In der Dokumentation wird Henning Eichberg, der klügste Kopf der westdeutschen Nationalrevolutionäre, den Linken zugerechnet und folglich mit einem Beitrag zitiert. Kein Zweifel – wer echte Linksnationalisten sucht, findet sie in dem kleinen Kreis der Nationalrevolutionäre und im übrigen linken Spektrum erst ganz selten.“

Da wollen Brandt/Ammon abhelfen. Was sie in ihrer Einleitung vertreten – allerdings viel umständlicher als Haffner – ist:

Die „nationale Frage“ sei eine positive Aufgabe der Linken, denn die bürgerlichen Rechten haben „schon immer die nationalen Interessen mit den eigenen Besitz- und Machtinteressen identifiziert und die letzteren im Zweifelsfall vorangestellt“. Die „Spaltung Deutschlands“ sei eigentlich immer eine Lebensfrage der Linken gewesen, sie hätte das nur nicht wahrhaben wollen. – Die Spaltung Deutschlands habe den Kapitalismus gesichert, also müsse erst die Spaltung beseitigt werden, um zum Sozialismus zu kommen.

Vorher gibt's noch: „Rückzug der ausländischen Truppen, Ausscheiden aus beiden Paktsystemen, Umrüsten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee nach dem Vorbild rein defensiver Territorialverteidigungsstreitkräfte.“

Anerkennung der bestehenden Grenzen? Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges? Kein Wort davon, das könnte doch nur die raumgreifende links-nationale Befreiung aufhalten.

Und wo bitte soll die Nation enden? Bei den Grenzen von 1871, 1914, 1937, 1945? Was ist mit Österreich und der Schweiz?

Erübrigts sich zu sagen, daß eine für solche Zwecke erstellte Dokumentation abgrundtief schlecht werden muß. Von 1945 bis heute, von West nach Ost, von KPD, SED, SPD bis KPD/AO, von Schmidt zu Eichberg ist aus jeglichem historischen Zusammenhang Gerissenes so zusammengestopft, daß die nationale Frage dabei heraustropft.

Die Linke bisher „ohne Standpunkt“ zum Nationalismus?  
Von wegen – dagegen

Brandt/Ammon sehen die Sache mit der Linken und der nationalen Frage schon zu Ende der 60er Jahre so:

„Hinter dem Anti-Nationalismus und Anti-Antikommunismus, den in der intellektuellen Linken vorherrschenden Geisteshaltungen, stand jedoch auch die Erfahrung, daß die deutsche Frage in der Bundesrepublik über Jahrzehnte von den Rechten zu innenpolitischen Zwecken instrumentalisiert worden war. Die Anerkennung des status quo, einschließlich der Teilung Deutschlands, sollte der Rechten diese Waffe nehmen. Die Position der nationalen Enthaltsamkeit breite sich, nicht zuletzt über die jungssozialistischen Studenten und Oberschüler, seit 1968 in der SPD aus.“

Die Linke hätte also immer schon national gewollt, wenn sie gekonnt hätte. Das ging aber nicht, weil die Rechte am nationalen Drücker saß. Und heute, wo „die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt merklich jedoch deutschlandpolitische Zurückhaltung übt“ (Brandt/Ammon), da könnte die Linke aber richtig, wie sie immer schon gemußt hätte.

Geschichtsverdrehungen für die nationale Kinderstunde, wo doch genügend Leute die Tatsachen miterlebt haben, und außerdem ist es auch nachzulesen. (5)

Adenauers Politik der Westintegration und der Wiederaufgründung konnte die Kritik am Nationalismus für die Europa-Politik des westdeutschen Finanzkapitals ausnutzen. Gegen Osten trommelte die CDU/CSU gegen Kommunismus, für Roll-back und die Befreiung der besetzten Gebiete mit den Vertriebenenverbänden als Tonverstärker.

Zielstrebig verhinderte Adenauer die Annahme, ja nur Verhandlung der Vorschläge der Sowjetunion für einen Friedensvertrag mit Deutschland. Anfang der 60er Jahre erklärte Erhard nach Adenauers Abtritt das Ende der Nachkriegszeit für gekommen. Auf dem CDU-Parteitag 1965 verkündete er sein „Programm für Deutschland“, mit der „formierten Gesellschaft“ nach innen und ihrer Gültigkeit „für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker.“ Die nationalchauvinistische Propaganda der Reaktion feierte Urstände.

„Deutsche, wollt ihr ewig büßen?“, grölte die Bildzeitung, und im Bundestag hielt – neben Bundespräsident Gerstenmaier

– der Theologe Thielicke bedeutende deutschationale Ansprüchen mit Himmelsläuten: „Die Jugend wünscht etwas, wofür es sich lohnt, sein Leben einzusetzen“, und: „Eines dürfte feststehen, ich kann solange kein inneres Verhältnis zu meinem Staat haben, wie er mir nicht die organisatorische Form für dieses mein Vaterland ist.“ – Also muß dann wohl der Staat (die BRD) die Form des Vaterlandes (Deutschland, deutsche Nation) annehmen. Die nationalistische Propaganda der CDU/CSU und der Vertriebenenverbände schaffte der NPD den Spielraum für ihre Wahlerfolge nach der Krise 66/67 bei den Wahlen 1969.

Eines der nicht zu häufigen Verdienste der Linken in der BRD war es gerade, die nationalchauvinistische Strömung und die Propaganda der Reaktion kritisiert und bekämpft zu haben, und zwar mit nachweisbarem Erfolg. Die Frontstellung der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung und schließlich der Gewerkschaften gegen die neuerliche nationalchauvinistische Politik war eines der wesentlichen Bildungselemente der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der BRD Ende der 60er Jahre.

In der Gewerkschaftsbewegung zeichnete sich eine Abkehr von dem DGB-Programm von 1963 mit dem Ziel der Wiedervereinigung und Berlin als Hauptstadt ab. Beides wurde 1981 gestrichen.

Große Teile der liberalen bürgerlichen Intelligenz nahmen gegen den neu aufgelegten Nationalismus Stellung.

Nachweislich nahm die Bedeutung des Problems zweier deutscher Staaten ab in dem Maße, wie die Kritik an der Reaktion zunahm. Alle von der Bourgeoisie veranstalteten Meinungsumfragen weisen dies als Resultat bis heute aus.

Allerdings, die Linke hatte kein Konzept, wie der Wunsch in der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung in der BRD, daß endlich normale Verhältnisse zur DDR hergestellt werden wie zu anderen Staaten auch, in klare Forderungen gegen die Politik der westdeutschen Bourgeoisie zu fassen sei.

Dadurch gelang es der Bourgeoisie, die Kritik an der nationalchauvinistischen Propaganda und Politik der CDU/CSU auf die Mühlen der neuen Ostpolitik zu lenken, die zwecks Öffnung der Ostmärkte zwar von der SPD/FDP-Koalition durchgeführt wurde, aber bereits durch die CDU in Gang gesetzt war. Noch bevor die neue Ostpolitik unter Kanzler Brandt zur Blüte kam, erläuterte der CDU-Publizist und ehemalige Erhard-Berater Altmann ihre Ziele so:

„Eine spontane Willensbildung, eine Volksbewegung“ müsse entstehen, und: „Die Bundesregierung garantiert für das friedliche Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung ... solange, bis die DDR einem Gebäude gleicht, das von Termiten angefressen ist ... Denken Sie mal an den Kampfsport Judo. Man gibt nach, nicht wahr, um den anderen zu schlagen, nicht?“ (6)

Und vor allem, wenn das „Nachgeben“ nur ein propagandistisches ist, nicht?

„Linksnationalismus“ – ein Früchtchen aus nationaler Propaganda der Reaktion und neuer Ostpolitik

Dieses „Nachgeben“ bestand darin, daß jetzt die SPD/FDP-Koalition Menschenrechtspropaganda zur „Entkrampfung“ zwischen Ost und West betrieb und die CDU/CSU weiter offen nationalistischen Zunder gab.

Unter Menschenrechtsgesäusel wurde 1970 durch die SPD/FDP-Koalition der Grundlagenvertrag geschlossen, und gleichzeitig schrieb die westdeutsche Bourgeoisie mit der einseitigen Erklärung der Regierung zum Grundlagenvertrag und mit dem nachfolgenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts ihre Gebietsansprüche auf die Länder des östlichen Europa fest.

Die Propaganda der CDU/CSU, die SPD unter Brandt betriebe „Verzichtspolitik“, bestärkte zwar kurzfristig die Position der SPD, deren Ostpolitik als gegen die Reaktion gerichtet erscheinen mußte, hatte aber auch die Folge, daß die SPD zunehmend nationalere Töne in ihrer „Friedenspropaganda“ anschlug. Im Wahlkampf 1972 trat die SPD bereits mit Vorarbeiten für das „Modell Deutschland“ an. Gegen die Propaganda der CDU/CSU stellte sie: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.“

Zum Regierungswechsel Brandt–Schmidt, der gegenüber der imperialistischen Konkurrenz den Anspruch auf eine Führungsrolle als imperialistische Macht zwischen der Rivalität den USA und der SU dokumentierte, konnte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die folgende Zwischenbilanz ziehen:

„Da Diskussionsthemen wie Moden sich verschleissen, besteht Aussicht, daß die sich verstärkende konservative Gegenbewegung eine neue Phase stark realitätsbezogener Politik einleitet.“

In Sachen Nationalismus bemühte sich die Reaktion in der Tat seit Beginn der 70er Jahre um eine „realitätsbezogene“ konservative Paßform, die nicht einfach eine platte Neuauflage der chauvinistischen Propaganda der 60er Jahre sein konnte. Weit tiefer als bei Brandt/Ammon wurde da geschürt über Nation und wo sie herkommt und wo sie hingehört. Die Thyssen-Stiftung veranstaltete 1971 ein Forschungsprojekt mit namhaften bürgerlichen Historikern und Juristen zu: „Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip im 19. Jh.“

Im Bundestagswahlkampf 1976 scheiterte der Versuch der SPD, unter dem „Modell Deutschland“ offenen Sozialchauvinismus in der Arbeiterklasse breitzutreten.

Dafür lancierten 1977 reaktionäre Publizisten die Hitler-Frage, wissenschaftlich gestellt mit einem Film von J. Fest als Auftakt. Es folgte eine Flut von reaktionärem Bücherplunder. Dann wurde die Preußen-Frage wissenschaftlich gestellt, damit das rechte Mark in die deutschen Knochen käme. Ebenso wie bereits in den 60er Jahren bekamen auch jetzt die Faschisten neuerliches Oberwasser, ihre Propaganda für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wurde dreister, und faschistische Anschläge nahmen zu.

1977 konnte die Bourgeoisie endlich auch mehr als nur finanzielle Früchte der neuen Ostpolitik einsammeln. Der Aufruf bürgerlicher Opposition in der DDR proklamierte offen die Wiedervereinigung als Ziel zur sozialen Besserung drüber und hüben. Das, wo jede nationalistisch gefärbte Kritik in der DDR sich notwendigerweise unter Kuratel der westdeutschen Bourgeoisie stellt.

Von diesem Zeitpunkt datiert der Versuch, wenigstens Teile der Intelligenz in schwarz-rot-goldene Innerlichkeit zu verpacken. Im Windschatten der Reaktion hat die SPD die Kulturnation entdeckt, aus der wieder Staatsnation werden soll. Literaten wie Martin Walser entdecken die Frage „Was bin ich“ und finden tief in ihrem Inneren die Antwort „Ein Deutscher“ (7)

Während im Januar 1981 Brandt/Ammon alte Fragen neu stellen wollen, haben im gleichen Januar andere schon längst wieder alte Antworten auf neue Fragen gefunden. Gleichzeitig mit dem Erscheinen des Buches von Brandt/Ammon führten die deutschen Burschenschaften eine Arbeitstagung durch mit dem Thema: „Die Identitätskrise der Deutschen und die Notwendigkeit ihrer Überwindung“. Denn freilich kann eine solche Identitätskrise nur praktisch behoben werden. Auf dem Burschentag sprachen Publizisten, die seit Beginn der 70er Jahre an einer Neuförmung konservativer Gesellschaftskonzepte basteln.

Zu den Hoffnungen der Reaktion auf Brandt/Ammons etwas naive Betätigung auf einem Feld, wo sich die Reaktion nun wirklich besser auskennt, schreibt „Nation Europa“:

„Wenn die Masse der weitgehend entpolitisierten Bundesbürger von links und von rechts mit der nationalen Frage konfrontiert wird, dürfte die Rechnung derer kaum aufgehen, die hoffen, daß die Bundesdeutschen endgültig von der Nation Abschied nehmen ... Sie (die rechten Nationalisten) hätten dann vielleicht auch gute Aussichten, einmal zu ernten, was heute Linksnationalisten auf steinigem Boden säen.“

„Gibt es nun eine Nation oder nicht“, echot es aus dem Büchlein der Sämländer. Gibt es eine Schlachtkarte oder nicht, fragte der Metzger das Schaf. Ja, sagte das Schaf. Siehst Du, sagte der Metzger, was sein muß, muß sein.

Auf solche Schafsnasenlogik braucht sich die Linke nach dem, was gewesen ist, nicht einzulassen. Vielmehr könnte sie gerade wegen der Erfahrungen der letzten 15 Jahre einen nützlichen Beitrag für den Aufbau einer Front gegen die Reaktion leisten.

1) P. Brandt, Mitglied des Sozialistischen Büros, ist Assistent an der TU Berlin. H. Ammon, SPD-Mitglied, ist Studienrat an der FU Berlin.

2) Haffner schreibt u.a. als Kolumnist im „Stern“.

3) Siehe dazu die Schriften von Lenin und Stalin zur nationalen und kolonialen Frage. Sowie u.a. H. Kohn, Die Idee des Nationalismus, Ursprung und Geschichte bis zur französischen Revolution, Heidelberg 1950; H.G. Haupt, Nationalismus und Demokratie, Zur Geschichte der Bourgeoisie im Frankreich der Restauration, Frankfurt 1974; Graf v. Krockow, Nationalismus als deutsches Problem, München 1970. Bei Krockow wird deutlich, wohin es führt, wenn man sich „in kritischer Absicht“ auf die nationale Frage zum Zweck von demokratischem Sozialismus einläßt. Haffner nennt seinen Artikel: Unorthodoxe Gedanken zu Krockows Buch.

4) Eichberg war als Schüler bei Otto Strassers „Deutsch-Sozialer Union“ und ist seit Mitte der 60er Jahre mit der Bearbeitung eines „revolutionären Nationalismus“ beschäftigt. O. Strasser war der Bruder von Georg Strasser, dem Vertreter des nach ihm benannte Flügels in der NSDAP, und vertrat dessen Richtung. Der Kommunistische Bund hat frühzeitig auf die Rolle Eichbergs hingewiesen. Ganz zu Unrecht wird Eichberg dagegen in Schutz genommen. S. dazu: O. Dudek, H.G. Jaschke, Rechte von Rechts, Frankfurt 1981, und M. Jenke, Die nationale Rechte, erschienen bei Büchergilde Gutenberg 1967.

5) Zum Folgenden s. Reihe Arbeitshefte der Politischen Berichte

6) zitiert nach H. Jung und E. Spoo, Das Rechtskartell, Reaktion in der Bundesrepublik, München 1971

7) S. dazu J. Habermas, Hrsg., „Stichworte zur geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1, Nation und Republik, wo Habermas, Walser, Ehmke und andere dieser Richtung fröhnen.

# Beschäftigungsänderung April 80 auf Januar 81

Die inzwischen veröffentlichten Statistiken ermöglichen eine Untersuchung der Beschäftigung, wie sie sich vom April 1980 zum Januar 1981 entwickelt hat. Eine solche Untersuchung ist interessant, weil die in diesem Zeitraum stattgefundenen Entwicklung gegenwärtig aller Wahrscheinlichkeit nach sich noch fortsetzt und mithin nicht nur die Umstände der letzten Lohnbewegung sich erhellen, sondern auch Hinweise für die Problemstellung der Lohnbewegung 1982 sich ergeben können. Die Untersuchung, die Ergebnisse sind nebenstehend ausgeführt, ist auf den Organisationsbereich der IG Metall konzentriert, weil die Kampfführung der IG Metall die Abschlüsse dieses Frühjahrs insgesamt bestimmt hat.

Die Entwicklung der Beschäftigung war in diesem Zeitraum und in diesen Industriebereichen in doppelter Hinsicht uneinheitlich. Im Durchschnitt fand ein Beschäftigungsrückgang um 0,9% statt. Aber sowohl hatte der Büromaschinenbau 4,5% Beschäftigungszuwachs zu vermelden, wie im Bereich der Gießerei ein Rückgang um 4,3% zu verzeichnen war, um nur die Extreme zu nennen. Die Beschäftigungsänderung war also nach Branchen bereits recht unterschiedlich, aber nicht nur dies: Die Beschäftigungsänderung in den unteren Lohnklassen ergab rund 3% minus, während in den höchsten Lohnklassen erhebliche Ausweitung der Beschäftigung stattfand.

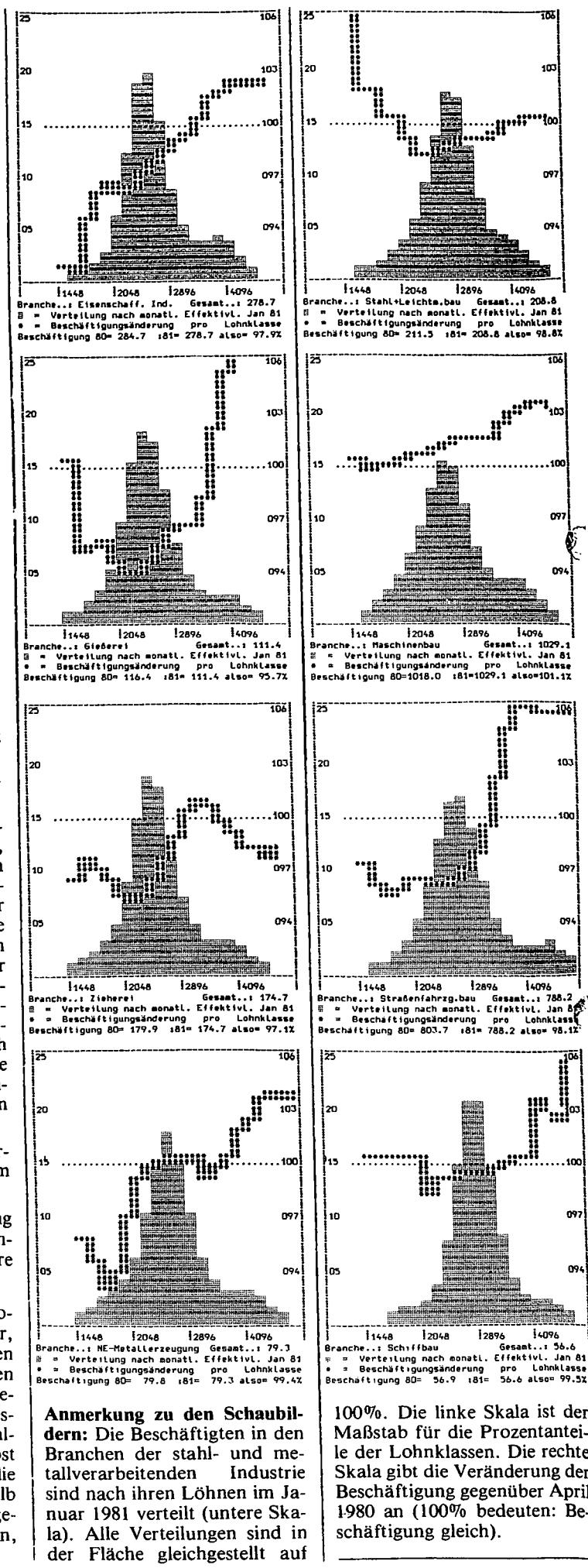
Die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung nach Branchen lässt vermuten, daß das Geschäft mit Ausrüstungen für die Kapitalisten sich in diesem Zeitraum noch flott entwickelte, während jener Teil der Produktion, der in den privaten Konsum abgesetzt wird, bereits unter Absatzschwierigkeiten zu leiden hatte. Der Rückgang in der Stahlindustrie beruht wiederum zum einen auf diesem selben Faktor, zum anderen aber auf einer Tendenz zur Ökonomisierung des flüssigen Teils des konstanten Kapitals, also der Rohstoffe und der Halbfabrikate in den entsprechenden Abnehmerindustrien.

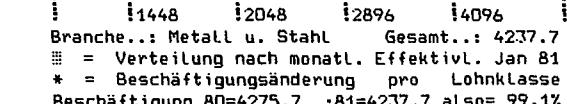
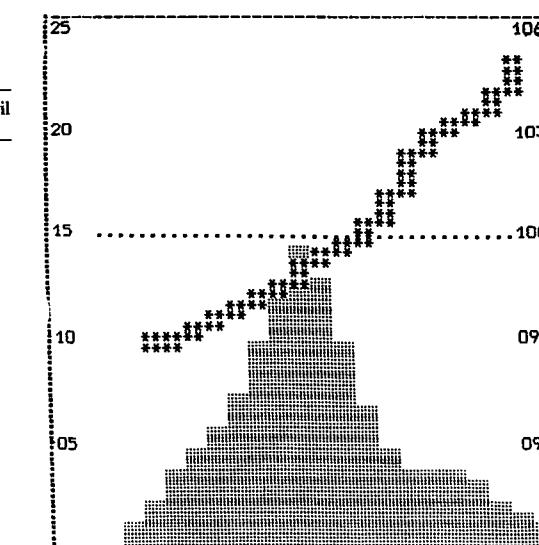
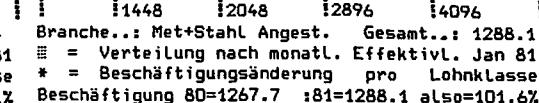
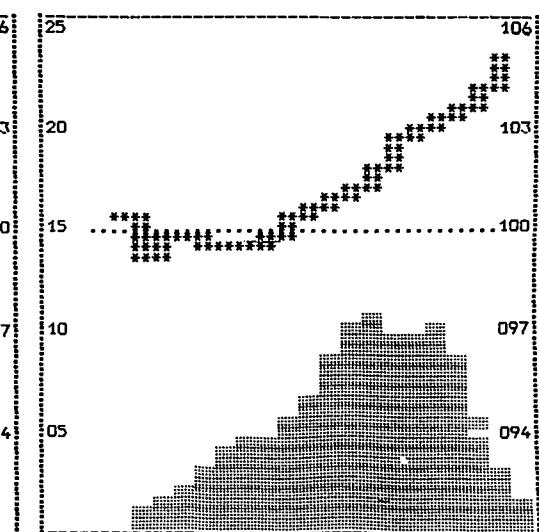
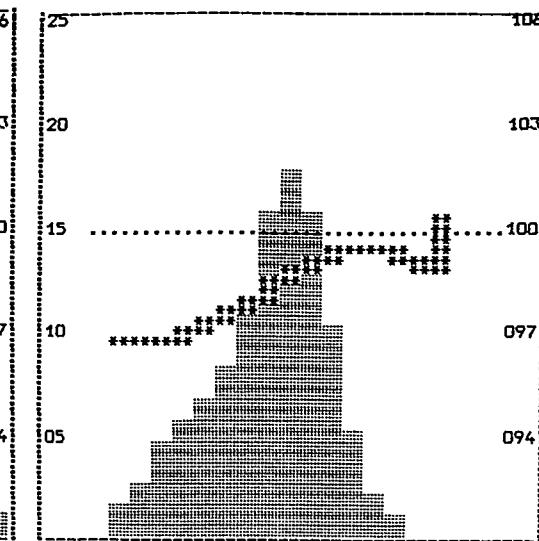
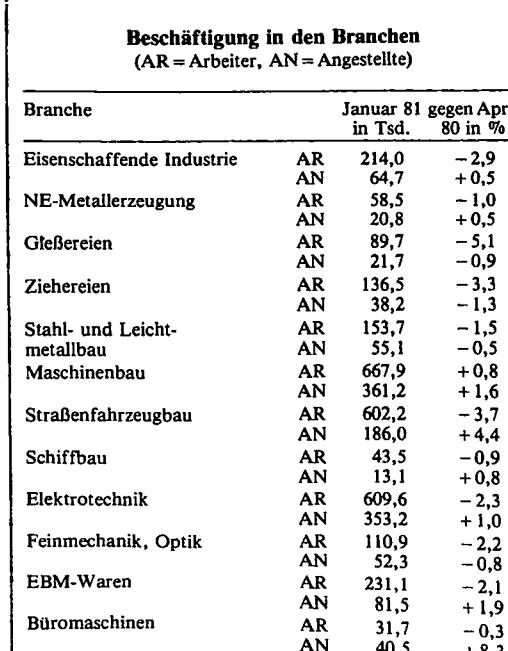
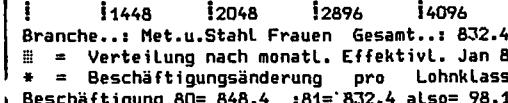
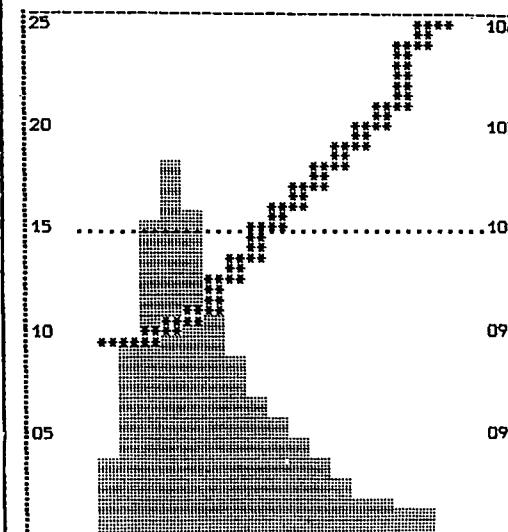
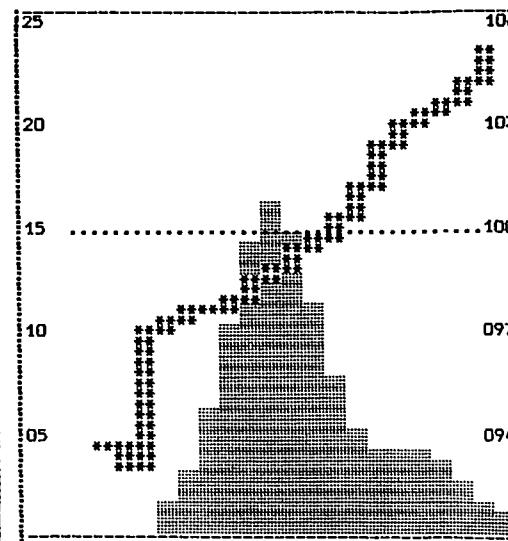
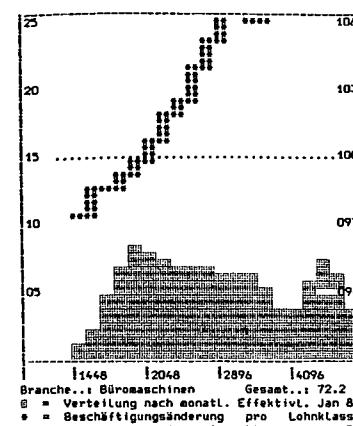
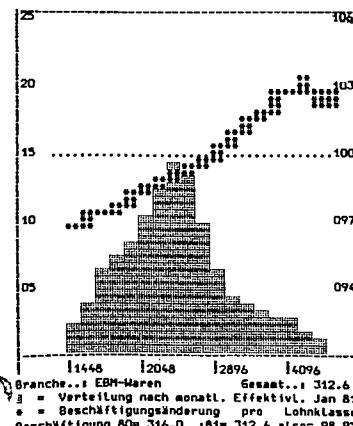
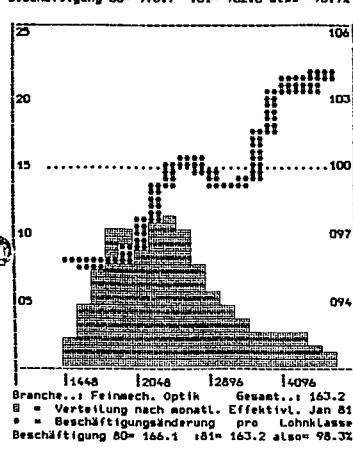
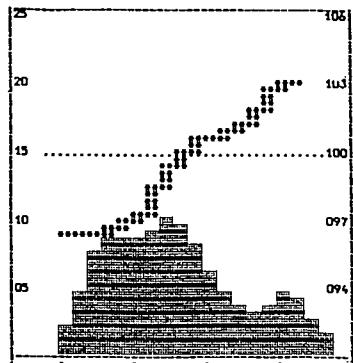
Von erheblicher Bedeutung für den Verlauf der Lohnbewegung mag der Umstand gewesen sein, daß der Entlassungsdruck, der den Beschäftigungsrückgang bewirkt, für die verschiedenen Lohnklassen sehr unterschiedlich gewesen ist. Metall- und Stahlindustrie zusammengenommen, ergibt sich, daß rund 80% der Gesamtbelegschaften in einer Lohnklasse beschäftigt waren, die durch Beschäftigungsrückgang bedrückt war, 20% hingegen in Lohnklassen, in denen die Beschäftigung ausgeweitet wurde. Der Durchschnitt von -0,9% stellt sich also nicht nur als unterschiedlich verteilte Belastung dar, sondern als Gemisch aus zunehmender und abnehmender Beschäftigung. Die aus den Schaubildern ersichtlichen Zahlen zeigen eine, jedenfalls für den doch kurzen Zeitraum von neun Monaten, sehr heftige Bewegung. Sie deuten einen Umschichtungsprozeß an. Für die feststellbare Tendenz, im unteren Bereich der Lohnskala zu entlassen, im oberen aber einzustellen, mögen zwei Gründe verantwortlich sein:

Erstens führt der Kapitalexport sowohl zu Beschäftigungsverlusten im Bereich der Produktion, wie eine Ausdehnung der im weitesten Sinne arbeitsvorbereitenden Tätigkeiten erfolgt.

Zweitens wird derselbe Vorgang auch durch die Einführung rechnergesteuerter Produktionen bewirkt, welche Personaleinsparungen bei der Produktion ermöglichen, aber ausgedehntere Arbeitsvorbereitungen verlangen.

Falls diese Annahmen zutreffen, wird der Umschichtungsprozeß noch eine geraume Zeit weiterlaufen. Zu beachten ist ferner, daß die Kapitalisten einen Teil des „neuen“ Personals aus den Abgängern von höherer Schule und Hochschule schöpfen, den anderen jedoch aus Facharbeitern. Allgemein rückgängige Beschäftigung verbindet sich mit nicht geringen Möglichkeiten, besser bezahlte Arbeiten zu erlangen. Da ferner der pro Kopf gezahlte Durchschnittslohn unter diesen Bedingungen steigt, selbst wenn die Entlohnung für jede einzelne Arbeit sinkt, können die Kapitalisten alsbald darauf hinweisen, daß Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate mit steigender Lohnsumme Hand in Hand gehen. Dies wird selbstverständlich für diejenigen nicht zutreffen, die in den unteren Lohnklassen verbleiben.





**Quellen für die Löhne: Löhne und Gehälter, Fachserie 16 Reihe 2.1 und 2.2. Quelle für die Beschäftigungsdaten: Produzierendes Gewerbe, Fachserie 4 Reihe 4.1.1; jeweils April 80 und Januar 81, Statistisches Bundesamt Wiesbaden.**

*Im nächsten Heft*

## Anti-Kriegstag

### Die Bewegung gegen Aufrüstung und Krieg am Wendepunkt

Werden sich die verschiedenen Strömungen, aus denen der Widerstand erwächst, die Gewerkschaften, die Kirchen, große Teile der Jugend, zu einer machtvollen Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen vereinen? Werden sie sich vereinen in der einen, unzweideutigen Absicht, die Kriegsvorbereitungen der eigenen Bourgeoisie zu durchkreuzen? Oder werden sie sich auf das „Angebot“ der Reaktion einlassen, anderen Vorleistungen abzu fordern?



## Soziales Netz

### „Privatisierung der Wechselfälle des Lebens“ – die neue Regierungsmasche

Immer dreister verlangen es die Kapitalisten: In der Krankenversicherung soll die Regierung nicht bloß für mehr Selbstbeteiligung stehen; die Lohnfortzahlung war schon lange zu viel! In puncto Rentenkürzung kann die Regierung beweisen, was in ihrem Programm steckt. Das Verfassungsgericht hat ja auch schon Hinweise genug gegeben. Und bei der Ar-

beitslosenversicherung soll die Regierung sich ruhig von Reagans Ratgebern eine Scheibe abschneiden: „Der eigentliche Grund für die Arbeitslosigkeit ist das Arbeitslosengeld.“

Die Kapitalisten wollen ein offenes Regierungsprogramm gegen die Sozialversicherung, die Haushaltsgesetzgebung 1982 soll den Auftakt liefern.



## Wohnungsnot

### Sanierungsvorhaben für Kiels Innenstadt



1400 Wohnungen sind in der Kieler Innenstadt seit 1968 vernichtet worden, Kaufhäuser, Banken, Versicherungen an ihre Stelle getreten. Den Abriß der zwei letzten Häuserfronten am Bahnhof, darunter zwei besetzte Häuser, plant die Stadt zum Herbst, um das Geschäftszentrum auszuweiten. Die Neue Heimat ist Besitzer der seit 10 Jahren brachliegen-

den Fläche. Obwohl „gemeinnütziges Unternehmen“ hat sie dort bislang keine einzige Wohnung errichtet, sondern beteiligt sich an der Räumung. Gegenüber 5000 wohnungssuchenden Haushalten verkündet CDU-Innenminister Barschel, in Kiel gebe es keine Wohnungsnot. Am 1.8.81 wird gegen Abriß und Spekulation demonstriert.

## SU – Türkei

### Westlicher Würgegriff schafft Sozialimperialisten Spielraum

Über eine Reihe von Wirtschaftsverträgen und Kreditabkommen hat sich die SU in der Türkei eingestellt. Der westliche Würgegriff um das Land eröffnet ihr neue Möglichkeiten. Die US-Basen in der Türkei bedrohen die SU. Andererseits schränkt die türkische Kontrolle über die Meerenge zwischen Schwarzen Meer und Mittelmeer, 1936 vertraglich geregelt, ihre Operationsmöglichkeiten im Mittelmeer und im Nahen Osten ein.



## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

## Nachrichtenhefte

- erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM
- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände
- Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517457

## Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

**Bestellungen sind zu richten an:**

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 517437